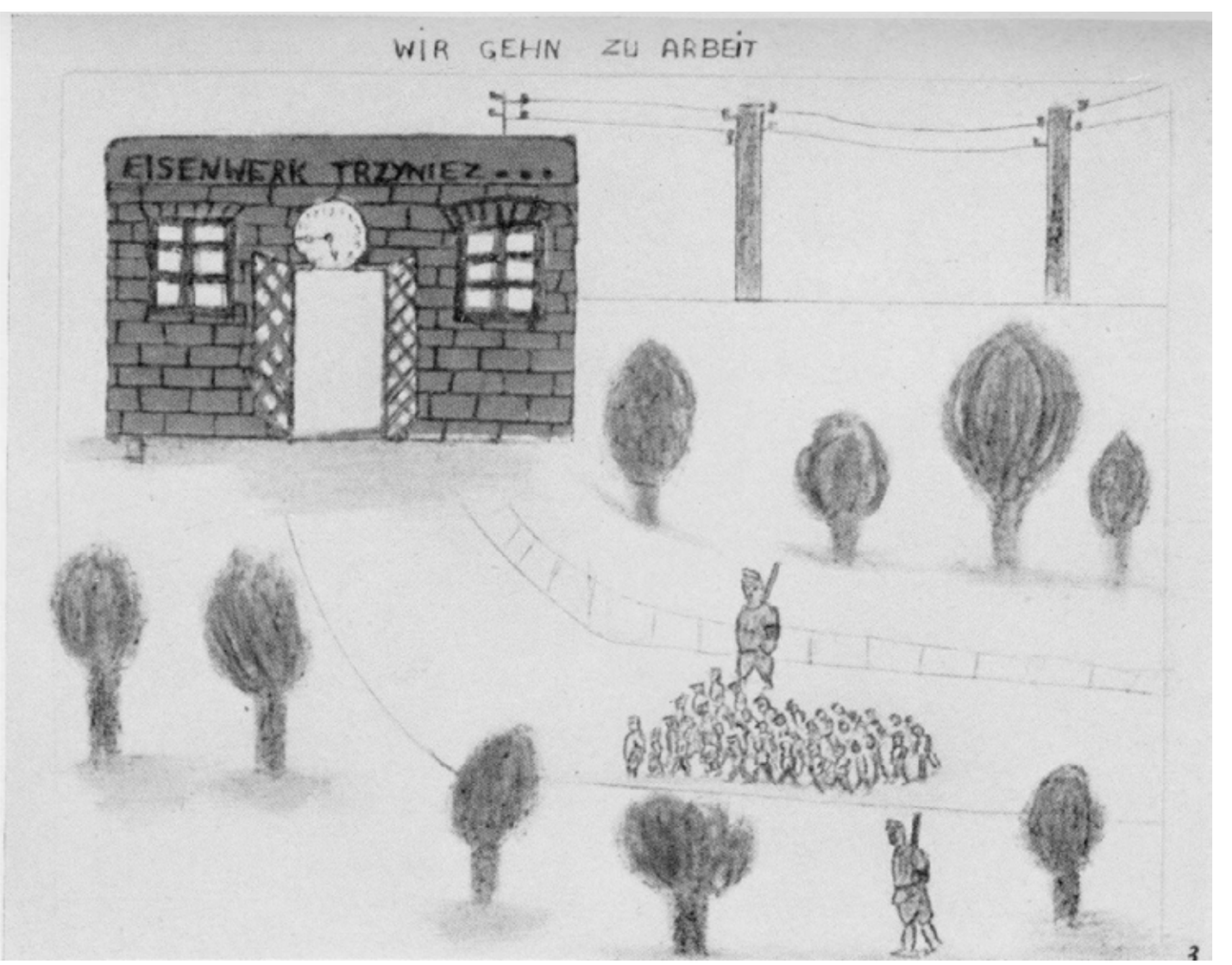
Zwangsarbeiter, Fremdarbeiter, Kriegsgefangene

Vergessen



Georg Luif

Titelbild: Zeichnung eines Arbeitslagers im Eisenwerk Třinec, Tschechei um 1943. Autor unbekannt. Gruppe von Gefangenen unter SS-Bewachung am Weg zur Arbeit,

Mattersburg, Mai 2022.

Das 70er Haus der Geschichten veröffentlicht zu seinen Ausstellungen begleitendes schriftliches Material. Dies dient einerseits als Dokumentation und andrerseits zum Nachlesen.

Das „70er Haus der Geschichten“ in Mattersburg, Hinterg.70 ist Informationsstelle, Archiv, Kontakt- und Ansprechort für diejenigen, die die Vergangenheit erforschen und daraus Fragen für die Zukunft stellen.

Impressum:

Herausgeber und Verantwortlicher:

Dr. Georg Luif, Hinterg. 70, 7210 Mattersburg.

Druck:

online Druck GmbH, Brown-Boveri-Straße 8, 2351 Wr. Neudorf

Mattersburg, Mai 2022

Inhalt

Zwangsarbeit - seine Formen und Ausprägungen

Einteilung der ZwangsarbeiterInnen 5
Organisation Todt (OT) 5
Merkmale der Zwangsarbeit 5
Militärische Aufrüstung erfordert Arbeitskräfte 6
Dimensionen der Zwangsarbeit 8
Anteil der ausländischen Arbeitskräfte 8
Arbeitsverwaltung organisiert die Zwangsarbeit 9
Diskriminierung 11
Vernichtungsformen 11
Deutschland - ein Staat voller Lager 12
Kriegsgefangenenlager 13
Konzentrationslager 13
Seuchenbekämpfung durch Tötung 13
Bewachung und Kontrolle 14
„Ordentliche Beschäftigungspolitik“ 17
Heimatkontakt 19

Europas Zwangssystem: Alle arbeiten für das Deutsche Reich

Protektorat Böhmen und Mähren 26
Schanzarbeit beim Südostwall 29
Niederlande (Reichskommissariat) 30
Frankreich 34
Dänemark 36
Luxemburg (Zivilverwaltung) 36
Polen 37
Serbien (Militärverwaltung) 42
Kroatien (NDH Staat) 43
Griechenland (Militärverwaltung) 45
Ostland (Reichskommissariat): Estland, Litauen, Lettland 48
Weißrussland (Generalkommissariat Weißruthenien) 49
Ukraine (Reichskommissariat) 50
Sowjetunion 53
Arbeitseinsatz Ostarbeiter 55

Flüchtlinge, Repatriierung und Wiedergutmachung

Österreich 64
Deutschland 65
Sowjetunion 66
Todesmärsche 68

Zwangsarbeit in Niederdonau (Niederösterreich und Nordburgenland)

Konzentrationslager Mauthausen 72
STALAG XVII A Kaisersteinbruch 73

Zwangsarbeit in Mattersburg

Beschlüsse des Gemeindetages Mattersburg 79
Gefangenenlager in Mattersburg 81
Bauarbeiten an der 20KV Leitung mit Kriegsgefangenen 83
Irmgard Grafl erinnert sich 84
Ungarischer Zivilarbeiter als Zeuge 86
„Displaced Persons“ aus Mattersburg 87

Glossar

Vorwort und Dank

ZwangsarbeiterInnen als eine der größten Opfergruppen des Nationalsozialismus finden lange Zeit in der geschichtlichen Wahrnehmung keine Beachtung. Erst in den 1990er Jahren - mehr als 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges - wird das Thema der Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg in Deutschland und dann auch in Österreich aufgegriffen. Es werden nun noch lebende Zeitzeugen befragt. Es wird auf die verschiedenen Zwangsarbeitergruppen aufmerksam gemacht.

In vielen Gemeinden des Burgenlandes und auch in Mattersburg werden eine große Anzahl von ZwangsarbeiterInnen beschäftigt. Sie kommen vor allem aus der Sowjetunion und Frankreich. In Mattersburg befinden sich drei Kriegsgefangenenlager. Ausländische Zivilarbeiter arbeiten vor allem in landwirtschaftlichen Betrieben.

Der Verfasser dieser Broschüre bedankt sich für Übersetzungen des französischen Textes bei Maga. Eva Laml. Dank auch an die Frau Strobl, die das Gespräch mit Irmgard Grafl ermöglicht hat. Ing. Docekal und Wolfgang Steiger konnten über die Lage und Situation der Lager in Mattersburg Licht in das Vergessene bringen.

Der Museums- und Kulturverein Kaisersteinbruch hat Fotos und Informationen über das Lager Stalag XVII A zur Verfügung gestellt. Insbesondere bedanken wir uns bei Frau Ava Pelnöcker.

Leider gibt es noch wenig Infomaterial über die Zwangsarbeit in Mattersburg. Wir hoffen, mit dieser Broschüre einen Anstoß zu geben, mehr über diese vergessene Zeit zu erfahren.

Frauen in der Rüstungsindustrie 1944
(Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1981-053-22A / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5483085)

Zwangsarbeit - seine Formen und Ausprägungen

Einteilung der ZwangsarbeiterInnen

Ausländische ZivilarbeiterInnen

ZivilarbeiterInnen kommen anfangs freiwillig und später unter Zwang und Gewaltanwendung in das Deutsche Reich. Sie werden aber auch zur Arbeit in ihrer Heimat oder in einem der besetzten Länder gezwungen. Die ZivilarbeiterInnen werden nach rassenideologischen Vorstellungen eingestuft. Dies bedeutet für die niedrig eingestuften ZwangsarbeiterInnen geringere Löhne, schlechtere Verpflegung und Quartiere. Auf der untersten Stufe werden „Ostarbeiter“ geführt.

Kriegsgefangene

Um die Gefahr von Aufständen und Unruhen zu verringern, werden Kriegsgefangene erst nach einiger Zeit zur Schwerarbeit herangezogen. Formal unterliegen sie dem Schutz der Genfer Konvention. Auch besteht die Furcht vor der Auswirkung auf einer reziproken Behandlung der eigenen, deutschen Kriegsgefangenen. Durch die zwangsweise Statusänderung von Kriegsgefangenen in Zivilarbeiter werden diese Probleme umgangen. So können sie entgegen der Genfer Konvention nun auch in der Rüstungsindustrie arbeiten.

Häftlinge (Sklavenarbeiter)

Die Häftlinge unterliegen keinem rechtlichen Schutz. Diese Gruppe kommt aus Konzentrations- und Arbeitserziehungslagern in Deutschland. In den eroberten Gebieten kommen dazu noch Ghettobewohner und Häftlinge jüdischer Arbeitslager. Die Häftlinge in den Konzentrationslagern leisten Zwangsarbeit unter erschwerten Bedingungen und ohne Möglichkeit zur Verbesserung der eigenen Lage.

Merkmale der Zwangsarbeit

- Arbeit nichtdeutscher Arbeitskräfte in Deutschland
- Zwangsregistrierung beim Arbeitsamt
- Arbeitsplatz ist Voraussetzung für den Erhalt von Lebensmittelkarten
- Arbeit von Häftlingen in unterschiedlichen Lagern in den besetzten Gebieten
- Anwendung oder Androhung von körperlicher Gewalt bei der Rekrutierung
- Zwang zur Arbeit durch Hunger und Massenterror
- Unterbringung in kasernenartigen Unterkünften
- Bewachung während der Arbeit
- Beschlagnahme von Lebensmittel
- Reglementierung des Wohnortes
- Niedrige Löhne im Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung wie Lebensmittel und Bekleidung

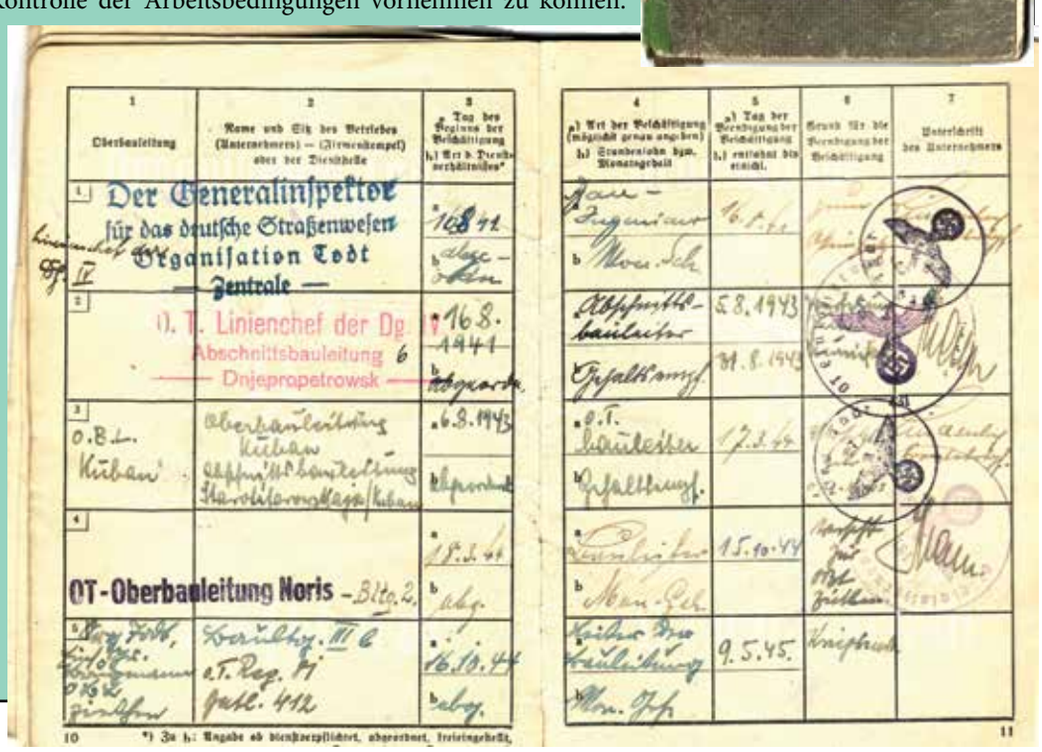
Langsames Arbeiten und fehlende Arbeitsdisziplin führen zur Unterbringung in einem Arbeitserziehungslager oder zur Zwangsarbeit in einem Konzentrationslager. Auf Sabotage oder Flucht erfolgt oftmals die Todesstrafe.

Organisation Todt (OT)

Die Organisation Todt als paramilitärische Bautruppe stellt eine Verbindung zwischen privaten Wirtschaftsunternehmen in den einzelnen Ländern und der staatlichen Zielsetzung der nationalsozialistischen Herrschaft her. Sie wird 1938 für den Bau des Westwalls gegründet und von Fritz Todt geführt. Nach seinem Tod 1942 übernimmt Albert Speer die Führung der OT.

Arbeitsbedingungen wie Löhne, Verpflegung und Sozialversicherung werden durch die OT-Zentrale und die Militärverwaltung vorgegeben. Aber auch die privaten Unternehmer haben Möglichkeiten, die Arbeitsbedingungen zu ändern, da die OT aus Personalknappheit kaum die Möglichkeit hat, die Kontrolle der Arbeitsbedingungen vornehmen zu können. Die Auslegung der Vorschriften liegen außerdem im Ermessen der Privatunternehmer. Die Bewachung der Baustellen und Arbeitslager werden vom OT-Schutzkorps, deutscher und lokaler Polizei durchgeführt. Die deutschen Unternehmer bringen zumeist nur Leitungspersonal zu den Bauvorhaben in den besetzten Gebieten. Die Organisation Todt stellt die Arbeitskräfte.

Im Laufe des Krieges kommt es aus mangelndem deutschen Personal zu einer Personalunion zwischen der deutschen bzw. lokaler Firmenleitung und den Funktionen der OT. Die staatlichen und privatwirtschaftlichen Organisationsstrukturen greifen ineinander.



Militärische Aufrüstung erfordert Arbeitskräfte

Einsatz von Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg

Schon während des Ersten Weltkrieges werden Kriegsgefangene in der Industrie und Landwirtschaft eingesetzt. Ausländischen Arbeitskräften wird die Rückkehr in ihre Heimat untersagt. Es kommt zu Zwangsrekrutierungen in den besetzten Gebieten. Mitte 1918 beschäftigt die deutsche Wirtschaft rund eine Million Ausländer und eine Million Kriegsgefangene. Dies erfolgt im Gegensatz zur Haager Landkriegsordnung von 1899, die Zwangsarbeitseinsatz von Zivilpersonen aus den eroberten Gebieten verbietet. Im Friedensvertrag von Versailles wird eine Entschädigung französischer und belgischer ZwangsarbeiterInnen festgelegt.

Reduktion der Ausländerbeschäftigung ab 1922

Nach dem Ersten Weltkrieg wird wegen des großen Arbeitskräfteangebotes, das durch die Rückkehr der Soldaten verursacht wird, die Ausländerbeschäftigung reduziert. Sie sinkt in Deutschland von 293.000 im Jahre 1921 auf 108.000 im Jahre 1932.

1933 beginnt die militärische Aufrüstung

1933 nach der Machtübernahme durch die nationalsozialistische Regierung setzt die Aufrüstung in Deutschland ein. Die Expansion der Rüstungsindustrie erfordert eine steigende Anzahl an Arbeitskräften. 1934 werden in Deutschland bereits rund 176.000 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Die SaisonarbeiterInnen dürfen aber nur vom 15.Feber bis 15.Dezember in Deutschland bleiben, damit keine dauerhafte Ansiedlung erfolgt. Um die Kosten der Aufrüstung zu reduzieren, werden die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Es wird ein Lohnstopp verfügt, die Gewerkschaften werden aufgelöst und in die Deutsche Arbeitsfront DAF integriert.

Anwerbung in Italien, Polen und Niederlande

Ab 1936 werden für die Landwirtschaft Arbeitskräfte durch zwischenstaatliche Verträge mit Italien, Polen und den Niederlanden angeworben. Im März 1938 arbeiten bereits rund 380.000 ausländische Arbeitskräfte im Deutschen Reich.

Bilaterale Abkommen mit Ungarn und Rumänien

Zur Deckung der notwendigen wirtschaftlichen Ressourcen werden bilaterale Abkommen mit südosteuropäischen Staaten geschlossen. Dabei sind günstigere Konditionen als mit anderen Industriestaaten zu erzielen. So werden aus Ungarn Lebensmittel und Rüstungsgüter, aus Rumänien Erdöl importiert. 40% bis 50% des Exportes dieser südosteuropäischen Länder geht nach Deutschland. Dies greift dem Konzept eines Lebensraumes für das Deutsche Reich im Osten vor.

Steigender Arbeitskräftemangel ab 1938

1938 werden für den Bau des Westwalls über 400.000 Arbeitskräfte benötigt. Arisierung, Ausschaltung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung bedeutet Verlust an Arbeitskräften und gleichzeitig erfordert der erweiterte Aufbau einer Rüstungsindustrie immer mehr Arbeitskräfte. Der Kriegsbeginn führt zur Einberufung von rund 3.4 Millionen Männern zum Kriegsdienst, die nun als Beschäftigte in der Produktion fehlen.

Kurzfristige Abhilfe durch Annektierungen

Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich schafft ein kurze Erleichterung für den Arbeitskräftebedarf, da von den österreichischen Arbeitslosen rund 100.000 in das Deutsche Reich verpflichtet werden. Auch die Annektierung des Sudetenlandes und die Besetzung der Tschechei erlauben den Zugriff auf Arbeitskräfte. Viele Personen migrieren zur Arbeit in das Deutsche Reich.

Verschärfte gesetzliche Maßnahmen

Es werden Aktionen gegen „Asoziale“ und „Arbeitsscheue“ durchgeführt. Die durchschnittliche Arbeitswoche wird auf 49 Stunden erhöht. Zur weiteren Beschaffung von Arbeitskräften werden im Sommer 1938 Justizgefangene zur Arbeit herangezogen. Ende 1938 werden arbeitslose Juden zum Arbeitsdienst verpflichtet. Im Feber 1939 wird eine Dienstverpflichtung auf unbestimmte Zeit eingeführt. Im März 1939 erfolgt die Eingliederung der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter in das Reichsarbeitsministerium, um so besseren Zugriff auf die Steuerung der Arbeitskräfte zu haben. Im September 1939 wird der Arbeitsplatzwechsel beschränkt. Einstellungen und Kündigungen können nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes erfolgen. Das Versicherungsprinzip der Arbeitslosenunterstützung wird abgeschafft. 1943 wird die generelle Verpflichtung der Frauen zum Arbeitseinsatz eingeführt.

Kriegsbeginn erfordert mehr Arbeitskräfte

Erst der Angriff auf Polen im September 1939 erfordert die Einberufung von Arbeitskräften aus den Betrieben. Die Vorbereitung des Russlandfeldzugs ab Sommer 1940 benötigt immer mehr ZwangsarbeiterInnen für die Rüstungsproduktion. Es zeigt sich bald, dass zur Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion allein durch freiwillige ausländische Arbeiter und polnische Kriegsgefangene der Arbeitskräftebedarf nicht gedeckt werden kann. Aus den angegliederten polnischen Gebieten werden Arbeitskräfte mittels Zwangsmaßnahmen verpflichtet. Es werden ganze Geburtsjahrgänge eingezogen. Auch durch Razzien wird versucht, die vorgegebenen Arbeitskraftquoten zu erreichen.

Arbeitskräfte als Kriegsbeute

Durch die militärische Eroberung von Frankreich und Polen kann nun auf diese Bevölkerung zugegriffen werden. So werden ab 1939 Kriegsgefangene aus Belgien, Frankreich, Polen und Jugoslawien eingesetzt. Im Mai 1941 werden bereits Richtlinien für die Beschäftigung von sowjetischen Kriegsgefangenen ausgearbeitet. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion werden Arbeitskräfte in den Vierjahresplan eingerechnet: 400.000 für die Landwirtschaft, 80.000 für die Bauwirtschaft, 10.000 für den Bergbau und 70.000 für die Rüstungsindustrie.

Kriegsgefangene aus Frankreich, England, Polen, Sowjetunion und andere werden als Arbeitskräfte verwendet. 1944 sind rund 2 Millionen Kriegsgefangene in Deutschland beschäftigt. Dazu kommen noch 500.000 italienische Soldaten. Die Arbeitsvermittlung der Kriegsgefangenen in den STALAG (Stammlager der Kriegsgefangenen) erfolgt durch das Arbeitsamt.

Einrichtung von Arbeitsbehörden

Die Arbeitsbehörden sind Teil der Zivil- oder Militärverwaltung. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Zuteilung zum lokalen Arbeitseinsatz und in der Rekrutierung für den Reichseinsatz. Durch Wehrmacht und Ordnungspolizei werden diese Rekrutierungen unterstützt. Die Versprechungen der Werbeaktionen wie guter Lohn, angemessene Ernährung und Überweisung von Lohnersparnissen führen anfangs zu freiwilligen Meldungen. Durch die Information über Nichteinhaltung der Verträge sinken die freiwilligen Meldungen. Es folgen dann zwangsweise Rekrutierungen, die den Widerstand zur Arbeitsaufnahme verstärken.

Polnische Arbeitskräfte werden diskriminiert

Vor allem die polnischen ZwangsarbeiterInnen leiden unter schlechter Ernährung, mangelnder medizinischer und hygienischer Versorgung. Diffamierungen und Misshandlungen seitens ihrer deutschen Kollegen und Vorgesetzten sind an der Tagesordnung. Die mangelhafte Ernährung setzt die Arbeitsleistung herab. Viele verlassen das Lager, um Nahrungsmittel zu erwerben. Falls sie ergriffen werden, werden sie in Arbeitserziehungs- oder Konzentrationslager gebracht.

Im März 1940 ergeht ein Erlass des Reichsführers SS Heinrich Himmler, die polnischen Arbeitskräfte außerhalb der für Deutsche geltenden Rechtsordnung zu stellen. Die polnischen Arbeiter müssen auf der rechten Brustseite ein aufgenähtes „P“ tragen, damit sie als polnische Arbeiter für jedermann erkennbar sind. Sie dürfen ihren Aufenthaltsort nicht verlassen, der Besuch von Veranstaltungen und Gasthäusern wird untersagt und Liebesbeziehungen mit Deutschen sind unter Todesstrafe verboten. Für polnische ArbeiterInnen ruhen ab 1943 die Familienheimfahrt und der Urlaubsanspruch.

Anwerbestellen in befreundeten Staaten

In befreundeten Staaten wie Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Albanien, Italien, Slowakei und Ungarn werden Anwerbestellen eröffnet. Die Arbeitskräfte werden mit Deutschen gleichgestellt und die Vorteile der Arbeit im Deutschen Reich angepriesen.

Arbeitskräfte aus besetzten Gebieten

In den militärisch besetzten Gebieten wie dem Protektorat Böhmen und Mähren, Polen, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Norwegen, Dänemark, Serbien und Sowjetunion werden Arbeitskräfte als zivile ZwangsarbeiterInnen dienstverpflichtet. 1944 sind rund 5 Millionen zivile ZwangsarbeiterInnen in Deutschland tätig. Kriegswichtige Industrien und Bergbau in Drittstaaten erhalten Arbeitskräfte zur Aufrechterhaltung und Ausweitung der Produktion.

Arbeitskräfte in den besetzen Gebieten

In den besetzten Gebieten müssen lokale Arbeitskräfte die Behörden und die Wirtschaft in Gang halten. Hier gibt es den Widerspruch zwischen der Anwerbung für die Beschäftigung in Deutschland und dem Bedarf an Arbeitskräften in den lokalen Betrieben. In den Ostgebieten werden Überlegungen angestellt, die Produktionen stillzulegen oder deutsche Firmen mit der Übernahme der Produktion zu beauftragen.

KZ-Häftlinge als Sklavenarbeiter

KZ-Häftlinge werden vorerst nicht als Arbeitskräfte angesehen. Der Arbeitseinsatz in den Steinbrüchen wird als Strafe verstanden. Erst 1942 werden im größeren Ausmaß KZ-Häftlinge in der Rüstungsproduktion eingesetzt. Ende 1944 arbeiten rund 480.000 KZ-Häftlinge bei der Organisation Todt und in Privatbetrieben.

Europäische Juden als Arbeitskräfte

Gegenüber den Juden wird der Arbeitseinsatz als ein Element der Diskriminierung gesehen. Die europäischen Juden arbeiten um 1942 vor allem in den polnischen Ghettos, KZ- und Zwangsarbeitslagern. Ab 1944 werden sie auch in Deutschland eingesetzt. Der Widerspruch zwischen der benötigten Arbeitskraft und dem ideologischen Ziel der Ermordung verschärft sich.

Zwangsmaßnahmen zur Rekrutierung

Das Scheitern der Blitzkriege gegen die Sowjetunion und Afrika erfordert eine erweiterte Rüstungsproduktion. Die Anwerbung von Freiwilligen in den besetzten Gebieten scheitert, sodass Gewalt zur Aushebung von Arbeitskräften angewendet werden muss, um die vorgesehenen Quoten zu erreichen. Es werden Verschärfungen der Strafbestimmungen beschlossen: Geldstrafen, Gefängnis oder Zuchthaus, Einweisung in Arbeitserziehungslager oder Konzentrationslager. Alle Ausländer erhalten nun eine Arbeitskarte.

Umschichtung und Rationalisierung

Durch Auskämm- und Stilllegungsaktionen bei kriegsunwichtigen Produktionsbetrieben kann deren Personal in die Rüstungsproduktion umgeschichtet werden. Auch die Rationalisierung durch Vereinheitlichung der Rüstungsprodukte ermöglicht es, die Produktion so zu steigern. So werden 1944 die größte Anzahl an Rüstungsgütern in Deutschland erzeugt.

Frauen in der Rüstungsindustrie und Wehrmacht

Jugendliche werden zu Land- und Ernteeinsätzen und hauswirtschaftlichen Diensten herangezogen. Mit Kriegsbeginn werden BDM Mädchen auch zu „Osteinsätzen“ verpflichtet. Sie sollen die leerstehenden Häuser in Polen für volksdeutsche Siedler vorbereiten. Sie sind im Reichsarbeitsdienst der weiblichen Jugend (RADwJ) organisiert. Im RAD wird für den Dienst an der „Volksgemeinschaft“ geworben. Für den Arbeitsdienst erhalten die Mädchen nur Taschengeld. Nach der Arbeit im RAD werden sie in den KHD (Kriegshilfedienst) verpflichtet, wo sie nun in Rüstungsbetrieben, bei der Wehrmacht oder in Verkehrsarbeiten für 6 Monate verpflichtet werden. Die Arbeitszeit beträgt 51 Stunden in der Woche. Ab Herbst 1943 werden die Mädchen und Frauen immer mehr zu militärischen Diensten wie Nachrichten-, Luftwaffen-, Schwestern- oder Flakhelferinnen herangezogen. Im Feber 1945 werden „Frauenbataillons“ aufgestellt.

Uniformierte ausländische Hilfskräfte

Der steigende Bedarf an Arbeitskräften erfordert auch für die militärischen Aufgaben eine Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften. Es werden dazu Organisationen gegründet bzw. verwendet. Dies ermöglicht auch ausländische Beschäftigte für militärische Dienstleistungen einzustellen.

Legion Speer

Die paramilitärische Legion Speer wird im September 1942 gegründet, die ausländischen Arbeitskräfte für militärische Transportdienste zur Verfügung stellt. Den größten Anteil stellen russische Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen.

Technische Nothilfe (TN)

Die Einheiten der TN müssen die Bombenschäden in den deutschen Städten beseitigen.

Hilfswillige (Hiwi)

Die Hilfswilligen werden von der Wehrmacht nach dem Einmarsch in die Sowjetunion für die Errichtung von militärischen Anlagen beschäftigt. Sie rekrutieren sich aus der Bevölkerung und russischen Kriegsgefangenen, die den Gefangenenlagern entrinnen wollen. Im weiteren Verlauf des Krieges werden sie auch zu militärischen Besatzungsaufgaben herangezogen.

Dimensionen der Zwangsarbeit

Während des Zweiten Weltkriegs arbeiten in Deutschland insgesamt rund 13 Millionen ausländische Arbeitskräfte. Die Aufschlüsselung nach Art der Zwangsarbeit zeigt folgendes Bild: 8,4 Millionen Zivilarbeiter, 4,1 Millionen Kriegsgefangene und 1,7 Millionen KZ-Häftlinge und „Arbeitsjuden". Die Gesamtanzahl ist durch den jeweiligen Statuswechsel der Zwangsarbeiter (Kriegsgefangener wird Zivilarbeiter oder Zivilarbeiter wird Häftling) höher. Die ZwangsarbeiterInnen arbeiten in allen Bereichen des Wirtschaftslebens. Vor allem sind sie in der Landwirtschaft und in der (Rüstungs-)Industrie beschäftigt. Sie finden sich aber auch im Handwerksbetrieb, im Privathaushalt, in der staatlichen Verwaltung und kommunalen Betrieben. Die Arbeitgeber sind vor allem große Unternehmen, die Betriebe der SS, die Organisation Todt, Landwirte und kinderreiche Familien. Durch Flucht, Tod, Rückkehr oder Einsatz in einem anderen Land bleiben letztendlich rund 7,5 Millionen Arbeitskräfte übrig.

Die Arbeitsämter vermitteln die ZwangsarbeiterInnen. Die Erfordernisse und Zahl der ZwangsarbeiterInnen werden durch den Vierjahresplan von Hermann Göring, dem Reichsarbeitsminister (Franz Seldte) und ab 1942 durch den Generalbeauftragten für den Arbeitseinsatz (GBA) Fritz Sauckel festgestellt.

Die ideologischen Vorstellungen vom slawisch-bolschewistischen „Untermenschen" und eines „judenreinen" Deutschlands werden durch die wirtschaftlichen Erfordernisse öfters hintangestellt. So wird im Dezember 1941die Direktive 39 erlassen, wonach der Arbeitsplatz von deutschen Arbeitern, die zur Wehrmacht eingezogen wurden, durch Kriegsgefangene ersetzt werden soll. So kommen ab 1941 die Ostarbeiter zum Einsatz und jüdische KZ-Häftlinge arbeiten ab 1944 im größeren Ausmaß in den Betrieben mit.

Ausländische ZwangsarbeiterInnen nach Herkunft im Deutschen Reich

Herkunftsland	ZwangsarbeiterInnen Periode 1939 bis 1945			ZwangsarbeiterInnen per September1944		
	Gesamt	Zivil	Kriegsgefangene	Gesamt	Zivil	Kriegsgefangene
Sowjetbürger	**4.725.000**	2.775.000	1.950.000	**2.758.312**	2.126.753	631.559
Polen	**1.900.000**	1.600.000	300.000	**1.688.080**	1.659.764	28.316
Franzosen	**2.335.000**	1.050.000	1.285.000	**1.254.749**	654.782	599.967
Italiener	**1.455.000**	960.000	495.000	**585.337**	158.099	427.238
Belgier	**440.000**	375.000	65.000	**253.648**	203.262	50.386
Niederländer	**475.000**	475.000	–	**270.304**	270.304	–
Tschechen	**355.000**	355.000	–	**280.273**	280.273	–
Serben	**210.000**			**37.607**	37.607	89.359
Kroaten	**100.000**	100.000	–	**60.153**	60.153	–
Slowaken	**100.000**	100.000	–	**37.607**	37.607	–
Dänen	**80.000**	80.000	–	**15.970**	15.970	–
Balten	**75.000**	75.000	–	**44.799**	44.799	–
Ungarn	**45.000**	45.000	–	**24.263**	24.263	–
Sonstige	**440.000**	440.000	–	**213.340**	**199.437**	13.903
GESAMT	**12.735.000**	8.430.000	4.095.000	**7.524.451**	5.773.073	1.840.728

Anteil der ausländischen Arbeitskräfte

Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung am 30.September 1944 beträgt rund 25%. Die Zuordnung einer Person als Ausländer ist manchmal ungenau, da durch Grenzverschiebungen und Eingliederung von Gebieten in das Deutsche Reich eine Person unterschiedlich zugeordnet wird. Aus der Tabelle ist klar ersichtlich, dass im Wehrdienst stehende deutsche Männer laufend durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden.

	Beschäftigte im Deutschen Reich nach Arbeitskategorien in Millionen					
Jahr	Deutsche Männer	Deutsche Frauen	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene	KZ und andere Häftlinge	Arbeitskräfte Gesamt
Mai 1939	24,5	14,6	0,3	–	–	39,4
Mai 1940	19,7	13,7	2,6	–	–	36,0
Mai 1941	18,3	13,4	2,9	1,4	–	36,0
Mai 1942	16,2	13,7	4,0	1,5	–	35,4
Mai 1943	14,8	14,1	6,1	1,6	–	36,6
Mai 1944	13,5	14,1	7,0	1,9	–	36,5
September 1944	12,8	14,2	7,4	1,5	0,5	36,4

aus https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegswirtschaft_im_Zweiten_Weltkrieg

Arbeitsverwaltung organisiert die Zwangsarbeit

Arbeitseinsatz statt Arbeitsvermittlung

Die Arbeitsvermittlung wird nun vom Arbeitseinsatz abgelöst. Der Einsatz der Arbeitskräfte erfolgt nach den Notwendigkeiten des Staates. Einberufungen zur Wehrmacht, Abwanderung und Abberufung in das Deutsche Reich führen zu einem Mangel an Arbeitskräften. 1938 wird die Dienstpflicht für Männer eingeführt. Die Dienstpflicht wird schon 1938 für den Westwallbau und die Einziehung von Arbeitskräften zur Wehrmacht benötigt. 1939 wird die Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels erlassen. 1943 werden auch Frauen zum Arbeitseinsatz verpflichtet.

Arbeitseinsatzdienststellen im Ausland

Mit befreundeten Staaten wie Slowakei, Ungarn, Kroatien werden Abkommen zur Vermittlung von Arbeitskräften geschlossen. Die dort bestehenden Arbeitsverwaltungen wie auch jene im Vichy-Frankreich, Griechenland, Protektorat Böhmen und Baltikum besitzen Spielräume gegenüber den deutschen Behörden bei der Vermittlung von Arbeitskräften in das Deutsche Reich.

Arbeitsverwaltung im Deutschen Reich

Um 1890 entstehen in Deutschland erste unentgeltliche Arbeitsvermittlungsbüros. Im Ersten Weltkrieg führt der Mangel an Arbeitskräften zur staatlichen Übernahme der Arbeitsvermittlung. Diese Arbeitsvermittlungen dienen vor allem dem militärischen Einsatz.

Nach dem Ersten Weltkrieg hat die Arbeitsverwaltung die Aufgabe, die Ausländerbeschäftigung zu reduzieren. Dafür entsteht der Begriff der Arbeitserlaubnis, der die Ausländerbeschäftigung reguliert.

1927 wird in Deutschland die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (RAfAuA) als selbstverwaltete Organisation gegründet. Sie übernimmt nun sowohl die Aufgaben einer Arbeitsvermittlung wie auch einer Arbeitslosenversicherung. Die privaten Stellenvermittler stellen ihre Arbeit ein. Gegen die Reichsanstalt, einer Errungenschaft der Sozialdemokratie, agitieren die Nationalsozialisten unter dem Schlagwort „Bonzenwirtschaft“.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Deutschland wird die Selbstverwaltung der Arbeitsvermittlung beendet. 1935 erhalten alle Arbeitnehmer bzw. Erwerbstätigen ein vom Arbeitsamt ausgestelltes Arbeitsbuch. Dies ermöglicht die Erfassung der Arbeitskräfte. Die Reichsanstalt wird nach dem Führerprinzip neu organisiert und 1938 in das Arbeitsministerium eingegliedert.

Arbeitsamt für Juden

In Wien wird 1939 in der Stolberggasse 42, 5.Bezirk eine Kontrollstelle für jüdische Arbeitslose eingerichtet (Ab 1942 wird hier ein Arbeitslager für russische ZwangsarbeiterInnen installiert). Dieses Arbeitsamt für Juden übersiedelt 1940 in die Hermanngasse 22, 7.Bezirk. Das eigene Arbeitsamt für Juden wird damit begründet, dass es Ariern nicht zumutbar ist, mit Juden gemeinsam bei einem Amt vorsprechen zu müssen.

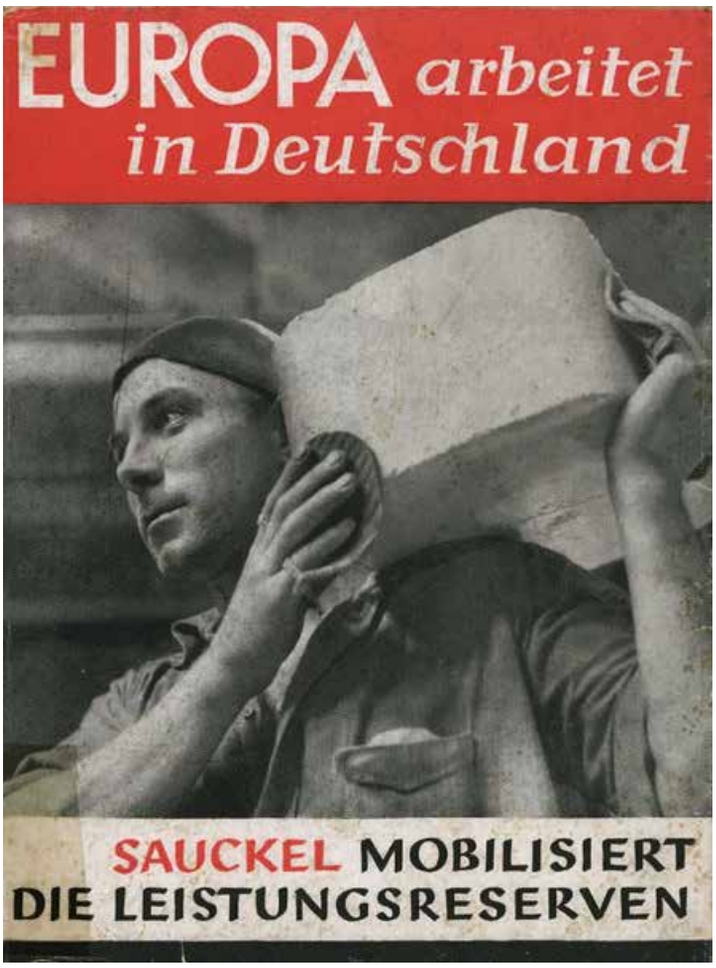
Arbeitsverwaltung in Österreich

In den 1880er Jahren entstehen auch in Österreich Stellenvermittlungseinrichtungen. Sie sind gewerblich organisiert oder werden von den Gewerbegenossenschaften oder Gewerkschaften geführt.

1898 wird in der Gemeinde Wien ein kommunales Arbeitsvermittlungsamt errichtet. 1917 wird eine Verordnung zur Regelung der Arbeitsvermittlung erlassen. Arbeitsvermittlung wird damit zur Kernaufgabe der Arbeitsmarktverwaltung. Ab 1918 wird die behördliche Struktur der Arbeitsmarktverwaltung paritätisch (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) besetzt. Neben der Aufgabe der Arbeitsvermittlung spielt auch die Arbeitslosenunterstützung eine wichtige Rolle. Für den Erhalt einer Arbeitslosenunterstützung muss ein Arbeitsbuch beigebracht werden. In den 1920er Jahren erfolgt eine Arbeitsmarktharmonisierung mit dem Deutschen Reich. Mit dem Inlandsarbeiterschutzgesetz werden Diskriminierungen gegenüber nichtdeutschen Ausländern eingeführt.

Mit der Machtübernahme des Austrofaschismus übernimmt der Minister für soziale Verwaltung die Leitung der Arbeitsmarktverwaltung. Es wird ein Arbeitsförderungsgesetz erlassen, wodurch eine Prämie für Erhöhung des Beschäftigungsstandes für Betriebe gewährt wird. Die Arbeitslosenunterstützung wird dagegen, genauso wie die Sozialversicherung insgesamt, drastisch gekürzt. Die Regierung betreibt aber kaum eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die gesetzten Maßnahmen dienen vor allem der Disziplinierung der Arbeitssuchenden.

Nach dem Anschluss an das Deutsche Reich wird von der Reichsanstalt eine Zweigstelle Österreich in Wien errichtet. 1940 wird diese Zweigstelle in vier Landesarbeitsämter Graz, Innsbruck, Linz und Wien überführt.



Generalbevollmächtigter Fritz Sauckel

Im März 1942 wird Fritz Sauckel zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ ernannt. Diese Behörde soll alle Maßnahmen des Arbeitseinsatzes und der Ausländerbeschäftigung koordinieren und verwalten. Sie versucht, dem Mangel an Arbeitskräften auch durch Rekrutierung von ausländischen ArbeiterInnen abzuhelfen und mit den rassenpolitischen Vorstellungen des Nationalsozialismus zu vereinen. Auch der Arbeitseinsatz von Arbeitskräften aus Feindstaaten und damit einhergehende sicherheitspolitische Bedenken müssen gelöst werden.

„Ich mache Sie, meine Arbeitseinsatzmänner, mit größtem Ernst darauf aufmerksam: Der Führer erwartet von uns und ich erwarte von Ihnen, daß die Transporte rollen. Von jetzt ab wird Ihre Arbeit nur noch gemessen und Ihre Bewährung nur noch gesehen an der Zahl der Tausenden Arbeiter, die täglich neu ins Reich kommen, denn das Reich hat sie notwendig.“

(Fritz Sauckel, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, in einer Rede vor Referenten und Arbeitseinsatz-Stableitern in Paris am 18.3.1944. Quelle: Bundesarchiv.de/zwangsarbeit/geschichte/auslaendisch/freiwillige/index.html)

1944 über 9 Millionen ausländische Arbeitskräfte

Gegen Ende des Jahres 1944 befinden sich über 9 Millionen ausländische Arbeitskräfte im Deutschen Reich. Davon sind 1,8 Millionen Kriegsgefangene. Den größten Anteil machen sowjetische Kriegsgefangene aus, die rund 34% aller Kriegsgefangenen stellen.

1. Feld - RVW

Arbeitsamt Stuttgart

Geschäftszeichen: 5782.28 IIc
(Bei Antwort anzugeben)

Stuttgart, den 9. August 1943
Stadt der Auslandsdeutschen
Schmale Straße 11 Postschließfach 429
Fernsprecher 28556, 28641, 28741
Postscheckkonto Stuttgart 331 62
Reichsbankgirokonto Stuttgart Nr. 5/153

Bescheinigung.

Der Firma Daimler-Benz A.-G., Sindelfingen
wird bescheinigt, dass ihr am 28. Juli 1943

Dreiundfünfzig Osterbeiter,
Hundertsechszehn Osterbeiterinnen und
Neunundvierzig Kinder

zugewiesen wurden.

Im Auftrag:

Zuweisung von ZwangsarbeiterInnen durch das Arbeitsamt Stuttgart an Daimler Benz 1943.
(Quelle: commons.wikimedia.org/wiki/File:Mercedes-Benz_forced_labour_allocation_card_9_aug_1943_stuttgart_IMG_4832.JPG)

Diskriminierung

Die slawischen Völker werden als „rassisch minderwertig“ angesehen. In den von Deutschland besetzten Gebieten Polens und der Sowjetunion sind öffentliche Einrichtungen wie Straßenbahnen, Züge, Parks den Deutschen - der „arischen Herrenrasse“ - vorbehalten. Ebenso wird ihnen der Zugang zu Luftschutzbunkern verwehrt.

Die Umsetzung der verordneten diskriminierenden Behandlung am Einsatzort geht in der Landwirtschaft langsamer vor sich als in der Industrie. Immer wieder gibt es Kritik der Sicherheitsorgane: Die deutsche Landbevölkerung habe, beispielsweise durch die gemeinsame anstatt getrennte Einnahme der Mahlzeiten, zu engen Kontakt zu den Polen und sei ihnen gegenüber zu wohlwollend eingestellt, was sich negativ auf die deutsche Volksseele auswirke.

In einer vergleichsweise besseren Situation stehen die Angehörigen der so genannten „befreundeten“ Staaten, also der Slowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, Albaniens und Italiens bis zu seiner Kapitulation im Sommer 1943 und für die im Reich arbeitenden Kroaten. Sie haben als in den meisten Fällen freiwillig gekommene Arbeiter die Möglichkeit, Deutschland nach Ablauf eines Vertragszeitraums zu verlassen. Unter Hinweis auf diese Option ist es ihnen möglich, einen gewissen Einfluss auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu nehmen, so dass man bei ihrem Einsatz nur bedingt von Zwangsarbeit reden kann.

Diskriminierungsskala

Die ZwangsarbeiterInnen werden durch die Gestapo und Reichsführer SS 1942 in einer nach Nationen gereihten Skala diskriminiert:

1. „Germanisches Brudervolk“ (Flamen, Dänen, Norweger, Briten)
2. Befreundete oder verbündete souveränen Staaten wie Italien, Slowaken, Ungarn, Spanien oder Bulgarien
3. Franzosen und Belgier
4. Serben und Griechen
5. Protektoratsangehörige nichtdeutscher Abstammung
6. Balten
7. Weißrussen und Ukrainer
8. Polen
9. Ostarbeiter aus Weißruthenien oder der Ukraine
10. Sowjetbürger, Juden

Vernichtungsformen

Der Mord an der jüdischen und sowjetischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg erfolgt nicht nur durch Waffen und Gas. Deren Tötung wird auch durch Hunger und Mangelernährung praktiziert. So zielt die Belagerung von Leningrad auf die Vernichtung der Bewohner durch Aushungern ab. Viele sowjetische Kriegsgefangene werden durch Mangelernährung getötet.

Der Nationalsozialismus zielt daraufhin ab, KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und die Bevölkerung in Osteuropa (vor allem in der Sowjetunion) durch forcierte Zwangsarbeit zu vernichten. Dies wird vor allem durch den fehlenden Arbeitsschutz, geringe Ernährung und Schwerarbeit erreicht. So sterben von den rund 5 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen an die 3 Millionen durch Hunger, Schwerarbeit in Steinbrüchen und Bergwerken, Unfällen und Misshandlungen.

Deutschland - ein Staat voller Lager

In den Jahren von 1933 bis 1945 überzieht das nationalsozialistische Regime ganz Europa mit einem komplexen System an Unrechtsstätten. Neben den Konzentrations- und Vernichtungslagern werden unter Bezeichnungen wie „Arbeitserziehungslager“, „Jugendschutzlager“ oder „Polizeihaftlager“ Stätten errichtet, in denen die Lebensbedingungen kaum anders als in den Konzentrationslagern sind. Es werden rund 980 KZ, 30.000 Arbeitslager inklusive der Außenlager, 1150 jüdische Ghettos, 1000 Kriegsgefangenenlager und 500 Zwangsbordelle gezählt.

Lager der Gestapo, Polizei und Justiz

AEL - Arbeitserziehungslager (Straflager)

Neben der Schutzhaft und der Vorbeugehaft entsteht die Arbeitserziehungshaft als ein drittes Element nationalsozialistischer Repressionspolitik. Ab 1940 werden diese Lager von der GESTAPO errichtet und dienen der Disziplinierung vor allem der ZwangsarbeiterInnen. Es gibt rund 200 dieser Lager. Etwa 500.000 Personen werden bis 1945 dort inhaftiert.

Jüdische Arbeitsbataillone

Die jüdischen Arbeitsbataillone entstehen in mit dem NS-Staat verbündeten Ländern in Südosteuropa - vor allem in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn. Sie sind wandernde Zwangsarbeitslager.

Haftanstalten der Gestapo und Orpo

Ab 1933 werden die Haftstätten der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und der Ordnungspolizei (Orpo) neben den Konzentrationslagern die zentralen Orte des Terrors und der Repression gegen die politischen Gegner des NS-Regimes.

Haftanstalten und Straflager der Justiz (Deutschland)

Zwischen 1933 und 1945 sind im Deutschen Reich mehrere Millionen Menschen in den Vollzugsanstalten der Justiz, Gefängnissen, Untersuchungsgefängnissen, Zuchthäusern, Gerichtsgefängnissen und Strafgefangenenlagern inhaftiert.

Polizeihaftlager und Polizeigefängnisse (in besetzten Gebieten)

Polizeihaftlager, die in den besetzten Gebieten eingerichtet werden, stehen teils unter der Zivilverwaltung wie in den Niederlanden, Norwegen, den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine, teils stehen sie unter Militärverwaltung wie in Frankreich, Belgien, Serbien und Griechenland.

„Jugendschutzlager“

Widerständige, „schwer erziehbare“ oder „arbeitsscheue“ Kinder und Jugendliche werden in Konzentrationslager unter Verwaltung des Reichssicherheitshauptamts eingewiesen.

Lager für Sinti und Roma

Im Unterschied zur „Zigeunerpolitik“ vor 1933 zielt die nationalsozialistische Politik nicht auf Anpassung, sondern auf den gesellschaftlichen Ausschluss und letztlich die Vernichtung der Sinti und Roma.

Sonstige Lager

Zum Teil sind nur ungenaue Aussagen über die konkrete Zuordnung einzelner Lager innerhalb des nationalsozialistischen Lagersystems möglich, da viele Haftstätten und Lager im Laufe der Jahre einen Funktionswandel erleben oder verschiedene Funktionen zugleich erfüllen.

Lager der SS

KZ - Konzentrationslager mit Außenlager

Das System der Konzentrationslager in Europa umfasst zwischen 1936 und 1945 insgesamt 24 Hauptlager und über 1.000 Außenlager. Die Einweisung in ein KZ dient bei Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen als Disziplinierungsmaßnahme. Daneben gibt es Vernichtungslager (Chelmno, Sobibor, Belzec, Treblinka, Majdanek und Auschwitz-Birkenau), die technisch ausgerüstet werden, fabriksmäßig Massentötungen durchzuführen. In Österreich besteht das KZ Mauthausen mit 48 Nebenlagern (zum Beispiel in Wiener Neustadt, Hirtenberg, Wiener Neudorf). Die KZ unterstehen der SS, die mit den Häftlingen einen Wirtschaftsbetrieb zu deren Ausbeutung betreibt.

ZAL - Zwangsarbeitslager für Juden (Judenlager)

Mit dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften in der Rüstungsindustrie und anderen kriegswichtigen Wirtschaftszweigen im Verlauf des Zweiten Weltkrieges gewinnt die ökonomische Ausbeutung der jüdischen Arbeitskraft an Bedeutung.

Lager der Wehrmacht

FRONTSTALAG (Front Stammlager)

Hinter der Front werden die Kriegsgefangenen in Lagern gesammelt.

DULAG (Durchgangslager)

Hinter der Front werden die Kriegsgefangenen in einem Durchgangslager registriert und zusammengefasst, was durch die große Anzahl von Gefangenen nur teilweise möglich ist. „DULAG Luft“ ist das Durchgangslager für Soldaten der Luftwaffen.

STALAG (Stammlager)

Kriegsgefangene der Mannschaft und Unteroffiziere werden Stammlagern, sogenannten Kriegsgefangenenlagern (KL), zugeteilt. Je nach den Anforderungslisten der Arbeitsämter werden sie einem Außenlager, Arbeitsbataillon, Arbeits- oder Außenkommando oder Firmenlager zugeordnet. Die Belegung der Lager beträgt durchschnittlich 30.000 Gefangene, wobei rund 80% davon in Arbeitskommandolagern und Zweiglagern untergebracht sind. Im Wehrkreis XVII (Niederdonau, Oberdonau, Wien) befinden sich die Lager Kaisersteinbruch, Gneixendorf, Pupping, Edelbach und Gänserndorf.

OFLAG (Offizierslager)

Die Offiziere werden in einem eigenen Lager untergebracht. Sie werden nicht zur Zwangsarbeit herangezogen. Russische Offiziere werden aber nicht in die Offizierslager einquartiert. Die Lager beherbergen durchschnittlich 1000 Offiziere.

MARLAG (Marinekriegsgefangenenlager)

Kriegsgefangenenlager von Schiffsbesatzungen, die unter der Verwaltung der Kriegsmarine stehen.

MILAG (Marine-Interniertenlager)

Lager für zivile Seeleute der Handelsschiffahrt.

ILAG - Internierungslager (Zivilarbeitslager)

Diese Lager sind zur Internierung von Personen aus feindlichen Staaten vorgesehen. Ab 1943 werden auch die italienischen Soldaten vorerst dort interniert.

HEILAG - Heimkehrerlager

Diese Lager werden als Quarantänelager und Rehabilitationslager für Heimkehrer benützt.

Kriegsgefangenenlager			
im Wehrkreis XVII - (Wien, Niederdonau, Oberdonau)			
Lager Nr.	Ort	heutiger Ort	Zeit
Dulag I	Bruck a.d. Leitha?	Bruck a.d. Leitha	
Dulag XVII	Edelbach-Döllersheim	Allentsteig (Edelbach-Döllersheim)	9.1939-10.1939
Dulag J	Kaisersteinbruch	Bruckneudorf (Kaisersteinbruch)	9.1939-10.1939
Dulag K	Gneixendorf	Krems a.d. Donau (Gneixendorf)	9.1939-10.1939
Dulag	Edelbach-Döllersheim	Allentsteig (Edelbach-Döllersheim)	10.1939
Heilag XVII A	Gänserndorf	Gänserndorf	9.1941-6.1942
Oflag XVII A	Edelbach-Döllersheim	Allentsteig (Edelbach-Döllersheim)	6.1940-1945
Res-Laz II A	Wien	Wien	
Stalag XVII	Edelbach-Döllersheim	Allentsteig (Edelbach-Döllersheim)	9.1939-10.1939
Stalag XVII A	Kaisersteinbruch	Bruckneudorf (Kaisersteinbruch)	10.1939-2.1945
Stalag XVII B	Gneixendorf	Krems a. d. Donau (Gneixendorf)	10.1939-3.1945
Stalag XVII C	Edelbach-Döllersheim	Allentsteig (Edelbach-Döllersheim)	10.1939-6.1940
Stalag XVII D	Pupping	Pupping	10.1941
Stalag 357	Neusiedl	Neusiedl am See	6.1941-9.1941
Stalag 398 (XVIII B)	Pupping	Pupping	3.1943-1945
aus http://www.moosburg.org/info/stalag/laglist.html			

Konzentrationslager

Periode 1933-1936: Politische Gründe

Kurz nach Hitlers Machtergreifung wird 1933 das Lager Dachau errichtet. Es dient der Inhaftierung von Personen aus politischen Gründen. Dachau wird zum Begriff und Synonym der politischen Abschreckung. Die Konzentrationslager kommen unter die Leitung der SS.

Periode 1936-1942: Ausweitung

Ab 1936 entstehen dauerhafte Konzentrationslager. Neben politischen dienen auch rassistische und soziale Gründe zur Einweisung: Sachsenhausen 1936, Buchenwald 1937, Flossenbürg 1938, Frauenlager Ravensbrück 1938, Mauthausen 1938 nach dem Anschluss von Österreich.

Durch den Kriegsbeginn kommt es zu einem starken Anstieg der Häftlingszahlen. 1939/40 entstehen neue Konzentrationslager wie Neuengamme, Natzweiler, Groß-Rosen, Stutthof und Auschwitz. Es werden bei den Konzentrationslagern in kleinem Maßstab Wirtschaftsbetriebe errichtet.

Periode ab 1942: Todesmühle mit Zwangsarbeit

Es kommt zum systematischen Einsatz von KZ Häftlingen als ZwangsarbeiterInnen. Es werden keine SS-Wirtschaftsbetriebe errichtet, sondern in KZ-Außenlagern werden Rüstungsbetrieben gegen ein tägliches Häftlingsentgelt von 2 bis 6 Reichsmark Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Ab 1943 werden wirtschaftliche Überlegungen gegenüber der Ermordung in den Vordergrund gestellt. So verstärken sich ab 1943 die Deportationen von Häftlingen zur Zwangsarbeit.

Seuchenbekämpfung durch Tötung

Die Verantwortlichen setzen beim Bau des Südostwalles die üblichen Mittel zur Seuchenbekämpfung wie Fleckfieber bei den ZwangsarbeiterInnen ein: Isolierung der Kranken in eine Baracke ohne medizinische Versorgung und Nahrungsmittel oder/und Erschießung. Ebenso werden Geschwächte und nicht mehr Arbeitsfähige ermordet, damit an Nahrungsmitteln eingespart werden kann.

Kriegsgefangenenlager in Siedlce, Polen 1942
(Quelle: Fotoalbum von Albert Sommer, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=49504883

Bewachung und Kontrolle

Die Lager der ZwangsarbeiterInnen werden aus mehreren Gründen bewacht:

- Unterbindung von Fluchtversuchen
- Kontrolle des Verkehrs von ZivilarbeiterInnen mit Kriegsgefangenen und Ortsbewohnern
- Verhinderung von Spionage, Sabotage und Aufruhr

Bei der Bewachung werden rassisch-nationalistische Unterscheidungen gemacht. Permanent bewacht werden russische, italienische und jüdische Lagerinsassen. Polnische ZwangsarbeiterInnen werden für die Landwirtschaft, französische eher für die Industriearbeit als geeignet angesehen.

Fehlendes Bewachungspersonal

Für die Bewachung sind bei Kriegsgefangenen die Wehrmacht, bei zivilen Arbeitskräften die Ortspolizei zuständig. Die ZwangsarbeiterInnen werden auch am Weg zu und von der Arbeit überwacht. Durch die steigende Anzahl der ZwangsarbeiterInnen mangelt es bald am nötigen Personal. So werden Zivilpersonen als Hilfspolizisten angelobt. Die DienstgeberInnen erhalten erweiterte Bewachungs- und Bestrafungsrechte. Durch diese Lockerungen können auch ZwangsarbeiterInnen in Streusiedlungen eingesetzt werden. Bei den jüdischen ZwangarbeiterInnen aus Ungarn übernimmt ein Judenpolizist (Jupo) die Verantwortung.

Kontrolle

Auf innerbetrieblicher Ebene hat der Werksschutz die Aufgabe, die Arbeitsleistung und das Verhalten der ZwangsarbeiterInnen zu kontrollieren. Bei Fehlverhalten von ausländischen Arbeitskräften wird die Gestapo verständigt, die die Festnahme vollzieht. Bei Kriegsgefangenen ist die Wehrmacht im Stammlager für Festnahmen verantwortlich. KZ-Häftlinge unterstehen der SS. Die Arbeitsämter führen Strafverfahren gegen die ZwangsarbeiterInnen durch.

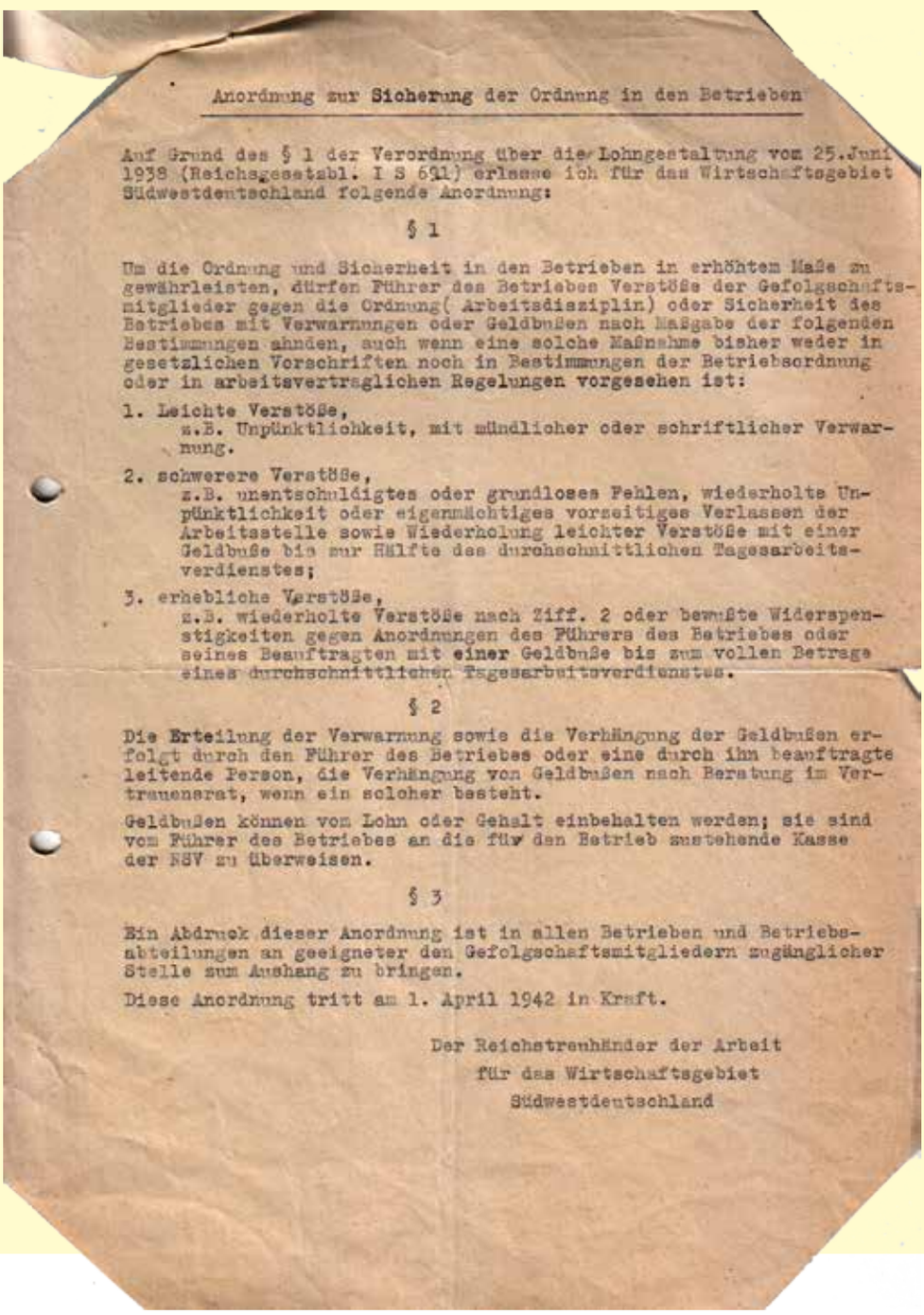
Denunziation als soziale Kontrolle

Durch die Denunziation werden vor allem verbotene Kontakte mit ZwangsarbeiterInnen den Behörden mitgeteilt. Für die ZwangsarbeiterInnen ist aber die Denunziation wie Schwarzschlachten ein Druckmittel gegenüber ihren DienstgeberInnen, um ihre Lage zu verbessern.

Bestrafung

Zur Durchsetzung der Zwangsarbeit und Regeln für die ZwangsarbeiterInnen werden drakonische Strafen verhängt. Sie dienen zur Abschreckung und sollen den Willen der ZwangsarbeiterInnen brechen. Es wird ein Netzwerk des Terrors errichtet, um die Arbeitskräfte zu disziplinieren: Geld- und Freiheitsstrafen, öffentliche Demütigungen wie das Abschneiden der Haare bei Frauen, Hinrichtungen vor Publikum, Massenexekutionen und Einweisung in ein Arbeitserziehungslager (AEL) zur „Sonderbehandlung“.

Die Strenge der Strafen wird aber durch den steigenden Mangel an Arbeitskräften gemildert, damit keine Arbeitskräfte aus dem Arbeitsprozess abgezogen werden. Auch die fehlenden Haftmöglichkeiten reduzieren das Strafmaß. Die Strafmaßnahmen bestehen in Niederdonau im September 1943 in Belehrung und Verwarnung (15%), kurzfristiger Polizeihaft (78%), Arbeitserziehungslager (3,6%) und Konzentrationslager (2,6%).



Anordnung zur Sicherung der Ordnung in den Betrieben

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Lohngestaltung vom 25.Juni 1938 (Reichsgesetzbl. I S 691) erlasse ich für das Wirtschaftsgebiet Südwestdeutschland folgende Anordnung:

§ 1

Um die Ordnung und Sicherheit in den Betrieben in erhöhtem Maße zu gewährleisten, dürfen Führer des Betriebes Verstöße der Gefolgschaftsmitglieder gegen die Ordnung(Arbeitsdisziplin) oder Sicherheit des Betriebes mit Verwarnungen oder Geldbußen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ahnden, auch wenn eine solche Maßnahme bisher weder in gesetzlichen Vorschriften noch in Bestimmungen der Betriebsordnung oder in arbeitsvertraglichen Regelungen vorgesehen ist:

1. Leichte Verstöße,
   z.B. Unpünktlichkeit, mit mündlicher oder schriftlicher Verwarnung.
2. schwerere Verstöße,
   z.B. unentschuldigtes oder grundloses Fehlen, wiederholte Unpünktlichkeit oder eigenmächtiges vorzeitiges Verlassen der Arbeitsstelle sowie Wiederholung leichter Verstöße mit einer Geldbuße bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes;
3. erhebliche Verstöße,
   z.B. wiederholte Verstöße nach Ziff. 2 oder bewußte Widerspenstigkeiten gegen Anordnungen des Führers des Betriebes oder seines Beauftragten mit einer Geldbuße bis zum vollen Betrage eines durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes.

§ 2

Die Erteilung der Verwarnung sowie die Verhängung der Geldbußen erfolgt durch den Führer des Betriebes oder eine durch ihn beauftragte leitende Person, die Verhängung von Geldbußen nach Beratung im Vertrauensrat, wenn ein solcher besteht.

Geldbußen können vom Lohn oder Gehalt einbehalten werden; sie sind vom Führer des Betriebes an die für den Betrieb zustehende Kasse der NSV zu überweisen.

§ 3

Ein Abdruck dieser Anordnung ist in allen Betrieben und Betriebsabteilungen an geeigneter den Gefolgschaftsmitgliedern zugänglicher Stelle zum Aushang zu bringen.

Diese Anordnung tritt am 1. April 1942 in Kraft.

Der Reichstreuhänder der Arbeit
für das Wirtschaftsgebiet
Südwestdeutschland

Paul Kunze - Collection G.&C. Franke.
(Quelle: https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=67737456)

Zwangsarbeit von Juden in Mogilew, Russland
(Quelle: Bundesarchiv, Bild 101I-138-1083-26 / Kessler, Rudolf / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5476223)

Zwangsarbeit von Juden in Mogilew, Russland.
(Quelle: Bundesarchiv, Bild 101I-138-1084-05 / Kessler, Rudolf / CC-BY-SA 3.0 / CC BY-SA 3.0 DE https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)

BEKANNTMACHUNG

über die Erfassung der Juden zur Zwangsarbeit.

Durch Verordnung von 26. X. 1939. ist für die im Generalgouvernement ansässigen Juden mit sofortiger Wirkung der Arbeitszwang eingeführt worden. In Ausführung dieser Verordnung bestimme ich Folgendes:

§ 1.

Alle männlichen Juden vom vollendeten 12. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr, haben sich unverzüglich bei den am Sitz des Bürgermeisters der zuständigen Sammelgemeinde gebildeten Judenrat zwecks Erfassung zu melden. Die Zuständigkeit des Judenrates erstreckt sich auf den gesamten Bereich der Sammelgemeinde. Der Erfassung unterliegen auch die getauften Juden.

§ 2.

Mit sofortiger Wirkung wird allen arbeitszwangspflichtigen Juden (vgl. § 1.) untersagt, in ihrem Besitz befindliches berufliches Handwerkzeug einschliesslich Maschinen und Zubehör ohne schriftliche Genehmigung des Kreishauptmanns in Sanok zu verkaufen, zu verpfänden oder sonst darüber zu verfügen. Des Weiteren ist jedes Fortschaffen oder das Verbergen dieses Handwerkszeugs verboten. Schon der Erwerb des Besitzes ohne Eingentumsübergang an solchem Handwerkszeug ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt.

§ 3.

Vom 1. 1. 1940 ist es allen, in der Kreishauptmannschaft ansässigen Juden untersagt, ihren Wohnsitz oder ihre ständige Unterkunft ohne schriftliche Genehmigung des Kreishauptmanns, über die Gemeindegrenze ihres bisherigen Wohnsitzes hinaus, zu verlegen, oder sich über die Gemeindegrenze hinaus unter Aufgabe ihres dauernden Wohnsitzes oder ihrer ständigen Unterkunft, auf die Wanderschaft zu begeben.

§ 4.

Alle in die Kreishauptmannschaft einwandernden oder eingesiedelten Juden haben sich unverzüglich, nachdem sie in der Kreishauptmannschaft Unterkunft genommen haben, spätestens aber 24 Stunden nach Betreten der Kreishauptmannschaft, bei dem Bürgermeister des Unterkunftsortes anzumelden und den für den Unterkunftsort zuständigen Judenrat von ihrem Zuzug zu unterrichten.

§ 5.

Mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren wird jeder arbeitszwangspflichtige Jude bestraft:
a) der sich nicht sofort zur Erfassung beim zuständigen Judenrat meldet,
b) der unwahre oder unvollständige Angaben über seine Person macht,
c) der Arbeitsunfähigkeit oder geringe Arbeitsfähigkeit vortäuscht,
d) der sich des Besitzes seines beruflichen Handwerkszeugs entledigt.

Sanok, den 7. März 1940

Der Kreishauptmann:
Dr. SCHAAR.

Bekanntmachung über die Erfassung der Juden zur Zwangsarbeit im Generalgouvernement Polen, 7. März 1940
(Quelle: Superikonoskop - Own work, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=20677064)

„Ordentliche Beschäftigungspolitik“

Bezahlung in Deutschland

Der durchschnittliche Wochenlohn eines Arbeiters in Deutschland beträgt von 1939 bis 1941 rund 43 RM. Dies bedeutet rund 170 EUR umgerechnet zu Kaufkraftäquivalenten. Ein Facharbeiter erhält 53 RM, ein ungelernter Arbeiter 38 RM. Frauen erhalten geringere Löhne: Facharbeiterinnen 25 RM und Ungelernte 24 RM. Die ZwangsarbeiterInnen aus Polen erhalten rund 50-80% des Lohnes der Deutschen, die OstarbeiterInnen 40%. Sie erhalten Lebensmittelkarten mit reduzierter Zuteilung. Es mangelt an Schuhwerk und Bekleidung.

Bezahlung in besetzten Gebieten

Die ArbeiterInnen in Weißrussland erhalten 1941 0,60 und 1,50 Rubel je Stunde, Angestellte zwischen 130 und 800 Rubel monatlich (Umtauschkurs 1:10). Juden und Frauen erhalten 80% des Gehalts. In der Ukraine bekommen ArbeiterInnen 1942 zwischen 0,70 und 2,50 Rubel je Stunde. Volksdeutsche verdienen 150% und Frauen 80% dieser Summen. Auf den Lebensmittelkarten werden 1200 Gramm Brot pro Woche für Arbeiter zugeteilt. Alle anderen Bevölkerungsgruppen leben von 550 Gramm Brot pro Woche.

Zuteilung von Lebensmitteln in Deutschland

In der Landwirtschaft werden den Kriegsgefangenen und OstarbeiterInnen 2375 Gramm Brot, 500 Gramm Fleisch/Fett und 100 Gramm Margarine wöchentlich zugeteilt. Sie erhalten keine Sonderzuteilungen.

Gesetzlicher Bruttomonatslohn Niederdonau 1940 - 1944

Kategorie (Zahlen in Reichsmark mit freier Unterkunft und Verpflegung ohne Zuschläge)	Männer	Frauen	
inländische Arbeitskräfte			
Qualifizierte Arbeitskräfte 1940 (Großknecht oder -magd)	42 - 56	32-42	Abzüglich Sozialversicherung und Lohnsteuer
Normal-Arbeitskräfte 1940 (Hausknecht oder -magd)	37 - 49	25-33	
Stall-Hilfspersonal 1940	25 -33		
ausländische Zivilarbeitskräfte			
polnische Arbeitskräfte 1940 (keine Leistungszulage)	23,50	15	Abzüglich Sozialversicherung und Lohnsteuer
polnische Arbeitskräfte 1944 (Leistungszulage bis 11,-)	24	19	
„Ostarbeiter“ 1942 (keine Leistungszulage)	16,50 - 24,50	9 - 13,50	Kein Lohn sondern Entgelt. Statt Lohnsteuer eine Ostarbeiterabgabe. Ab 1944 Gleichstellung mit polnischen Arbeitskräften
- Auszahlungsbetrag 1942	12 - 16,50	7,50 - 10,50	
„Ostarbeiter“ 1943 (Leistungszulage möglich)	19,50 - 28,50	12 -15	
- Auszahlungsbetrag 1943	18 - 24	12 - 15	
Kriegsgefangene			
Kriegsgefangene 1940(keine Leistungszulage)	20,80		Kollektiver Überlassungsvertrag mit dem Deutschen Reich. Auszahlung erfolgt in Lagergeld. Es ist ein Anteil für die Stalag zu entrichten. Landwirtschaftliche Betriebe zahlen keine zehnprozentige Pauschalsteuer.
Kriegsgefangene 1941 (Leistungszulage bis 5,20)	20,80		
- Auszahlungsbetrag für westliche und serbische 1941	18,20		
- Auszahlungsbetrag für polnische 1941	13		
- Auszahlungsbetrag für sowjetische 1941	5,20		
Kriegsgefangene 1943 (Leistungszulage bis 20% bzw. 7,50)	18,20		
- Auszahlungsbetrag für nichtpolnische und -sowjetische	18,20		
- Auszahlungsbetrag für polnische	13		
- Auszahlungsbetrag für sowjetische	9,10		
jüdische Arbeitskräfte (Leistungszulage bis 15%, Leistungsabzug bis 50%, fiktiver Lohn da keine Auszahlung an Arbeitskräfte)	23,50	15	Auszahlung an Länderbankkonto des Ältestenrat der Juden in Wien verwaltet von der SS. Dienstgeberanteil von 3.- zur Krankenversicherung

Quelle: Zwangsarbeit in der Landwirtschaft Seite 200ff

Postkarten aus dem Lager Prinzendorf

René Bouvet, Zwangsarbeiter bei der Firma Autoried in Prinzendorf/Zaya (Lager), N.D. 12 A Deutschland, schreibt an seine Tante Madame Alexandre Jamet- Mercier in Route de Champmotteux à Gironville, Seine et Oise, France

Kanadarenette ist ein Winterapfel und stammt aus Frankreich oder England. Die Sorte ist seit 1771 bekannt.

Postkarte

Absender: R. Bouvet firma Autoried.
PRINZENDORF a/Zaya (Lager)
N.D. (12A) Deutschland

Le 10 Avril 1944

Ma chère Tata
Comme tu peut t'en apercevoir j'ai changé la date, qui d'abord était du 26 mars. Ce n'est qu'un retard. et si, comme moi, vous ne recevez rien d'allemagne, cela ne se verra même pas. Je te remercie de ta lettre que j'ai reçue le 22. C'est la dernière que j'ai reçue de France. Je te remercie aussi des 5 pommes qui sous le dernier colis étaient intactes. Je les ai réservées pour les Pâques et les fêtes de Pâques. Ce n'est de Pierre et du mien c'était sans

Madame Alexandre Jamet-Mercier
route de Champmotteux
582
à Gironville
7948 - 51 31 - Seine et Oise
FRANCE

contre dit des Rénette je crois les meilleures. Nous les avons bien savourées. De ma réserve il ne m'en reste qu'une petite vingaine car ces jours derniers nous avons été obligés d'en manger un peu plus que notre ration car quelques unes s'avançaient. Enfin nous en aurons bien profités et ces petits desserts [1 pomme en nous deux chaque jour – quand nous y pensons car à cette allure nous n'aurons pu tenir jusqu'à cette date] furent les bienvenus bien accueillis et surtout assez rare pour ici. Il y a aussi une réserve qui s'épuise peu à peu ce sont les bonbons. et Dieu sait si nous les ménageons aussi. Cependant nous ne allons pas jusqu'à partager un petit en deux !!
Ici le temps commence à devenir un peu meilleur : et au chantier, à certaines heures on enlève sa veste. sans oublier qu'en Avril on ne se découvre pas d'un fil » ceci pour vous rappeler que je veille sur moi. et que je tiens à rentrer intact. Même si je dois revenir en pleine chaleur avec mon grand "Barda" d'ailleurs c'est pourquoi dans les deux colis à vos parents j'ai envoyé mon capuchon et ma [illegible]
Je suis allégé de cette quitte. mais je pense toujours à toi avec le manque de place m'oblige à restreindre les sujets qui autrement, te prouveraient que je suis toujours ton cher petit neveu René qui t'embrasse bien fort.

10.April 1944

Meine liebe Tante!

Wie du sehen kannst, habe ich das Datum geändert, ursprünglich war es der 26. März. Das ist nur eine Verspätung, und wenn ihr, wie ich, nichts aus Deutschland bekommt, wird man das nicht einmal bemerken. Ich danke dir für den Brief vom 9., den ich am 22. erhalten habe. Es ist der letzte, den ich aus Frankreich bekommen habe. Ich danke dir auch für die fünf Äpfel, die im letzten Paket unversehrt geblieben sind. Ich habe sie für den Palmsonntag und die Osterfeiertage aufgehoben. Pierres und meiner Meinung nach waren die Canadarenetten unbestritten die besten. Wir haben sie wirklich genossen. Von meinem Vorrat bleiben mir nur noch etwa zehn, denn in den letzten Tagen waren wir gezwungen, ein wenig mehr als unsere Ration zu essen, da einige zu verderben begannen. Letztendlich werden wir sehr davon profitiert haben, und diese kleinen Desserts (ein Apfel für uns beide pro Tag – wenn wir daran denken: in diesem Tempo hätten sie nicht bis jetzt gereicht) waren willkommene Extras, die hier sehr rar sind. Ein anderer Vorrat geht nach und nach zur Neige, nämlich die Bonbons, und Gott weiß, dass wir sie uns wirklich aufsparen. Aber wir gehen nicht so weit, eines in zwei Hälften zu teilen!

Hier beginnt sich das Wetter zu bessern und auf der Baustelle ziehen wir uns manchmal die Jacke aus, ohne zu vergessen, dass man im April, wie das Sprichwort sagt, kein einziges Kleidungsstück ablegen sollte. So viel, um euch zu vergewissern, dass ich auf mich aufpasse und darauf Wert lege, unversehrt nach Hause zurückzukommen, selbst wenn ich in der größten Hitze mit meinem großen „Barda“ (Marschgepäck) zurückkehren werde. Deshalb habe ich in meinen letzten Paketen an meine Eltern meinen Kapuzenmantel und meinen Arbeitskittel geschickt. Ich muss jetzt aufhören, aber ich denke immer an dich, der Platzmangel zwingt mich jedoch, die Themen zu beschränken, die dir aber andernfalls beweisen würden, dass ich noch immer dein lieber kleiner Neffe René bin, der dich herzlich umarmt.

Absender: René Bouvet - fa Autriat.
PRINZENDORF / ZAYA (Lager)
Wohnort, ggf. Zustell- oder Leitpostamt
N-D 12A Deutschland
Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk od. Postschließfachnummer

Le 5 Juin 1944

Ma Chère Tata

Cela fait aujourd'hui ma 10e carte que j'écris plus la lettre à mes parents. D'ailleurs, bien qu'il n'y ait à peine un mois que je t'en envoie une autre il me semble qu'il y a plus longtemps. Mais c'est de tes nouvelles qui me manque.
Ne t'attends pas à de grandes nouvelles car, pour Gironville, c'est mon 5e courrier. Bien que le colis ne me soit pas parvenu je te remercie des pommes ainsi que celles

Postkarte

Reçu 19 juin

PRINZENDORF/Zaya 5.VI.44

Deutsches Reich

Madame Alexandre Jamet-Mercier
route de Champmotteux
à Gironville
Seine et Oise
Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk oder Postschließfachnummer
FRANCE

Heimatkontakt

Die ZwangsarbeiterInnen kommunizieren mit den Angehörigen über Briefe oder Karten. Zumeist ist es wichtig, ein Lebenszeichen zu geben. Für die Polen und Ostarbeiter wird diese Möglichkeit aber beschränkt. Es wird die Zensur eingeführt. ZwangsarbeiterInnen aus der Sowjetunion können zweimal im Monat eine Karte senden. Sowjetischen Kriegsgefangenen ist jegliche Korrespondenz und Paketverkehr verboten. Französische ZwangsarbeiterInnen können unbegrenzt Briefe und Pakete und alle zwei Monate ein Paket bis maximal 20 kg erhalten. Ihre Briefe dürfen höchstens 4 Seiten umfassen und in einer von zwölf Sprachen verfasst sein. Die französischen Kriegsgefangenen dürfen nur zwei Briefe und Karten im Monat schicken. Ungarische JüdInnen können mit ihren Angehörigen keinen Kontakt halten.

5. Juni 44

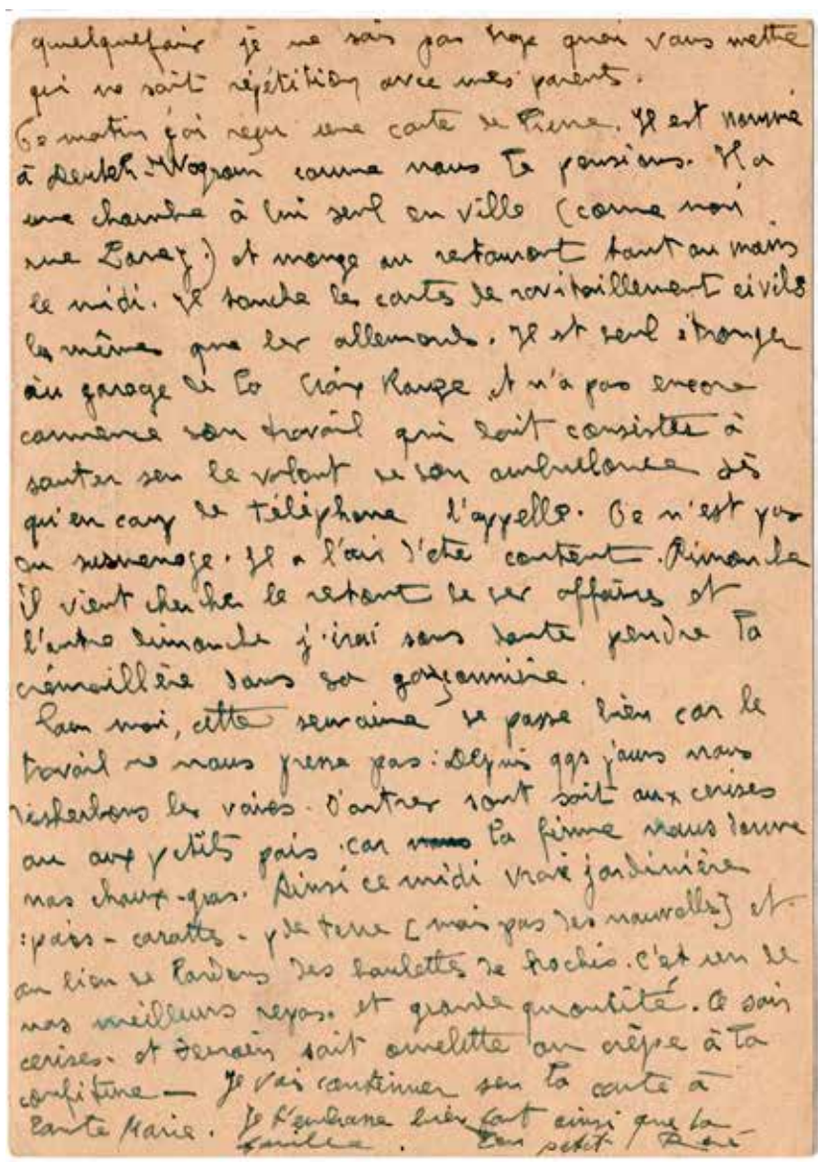
Meine liebe Tante!

Das ist nun die zehnte Karte, die ich schreibe, dazu kommt der Brief an meine Eltern. Obwohl es kaum einen Monat her ist, seit ich dir geschrieben habe, erscheint mir der Zeitraum viel länger. Aber mir fehlt eine Nachricht von dir.

Erwarte keine großen Neuigkeiten, immerhin ist es meine fünfte Post nach Gironville. Obwohl ich das Paket nicht bekommen habe, danke ich dir für die Äpfel, ebenso für jene im Paket, das hoffentlich bald kommen wird - und unbeschädigt. Trotz des Verlustes blieben mir noch einige Äpfel, um Pfingsten zu feiern, als das Wetter glücklicherweise herrlich war. Ich bin ganz geruhsam in der Baracke geblieben und war nicht wirklich trübsinnig; heute werde ich es schon eher sein, weil Pierre mich verlassen wird. Die Zeit wird mir lang vorkommen. Während der Arbeit denkt man kaum daran, auch während der Ruhepausen grübelt man nicht nach, denn sie scheinen ziemlich kurz: Müdigkeit, Hitze, Toilettenbesuch und andere Kleinigkeiten, die wir übrigens ziemlich oft ausfallen lassen. Es gibt auch viel zu lesen, Bücher ebenso wie Zeitungen, aus denen wir von den Bombardements erfahren, aber noch nichts von der Landung der Alliierten. Noch so ein Monat wie dieser ohne etwas und die letzten Hoffnungen werden geschwunden sein. Das wird allzu sehr zur Gewohnheit!

Ich beende mein Schreiben in der Hoffnung, dir bald auf deinen Brief, den ich so ungeduldig erwarte, antworten zu können. Versuche dich bis zum Winter nicht von deiner Katze zu trennen, damit du mir, wenn es zu kalt wird, ihr Fell schicken kannst. Das wäre nützlicher, als sie zu bestrafen oder zu schlagen. Ich wünsche euch eine gute Apfel- und Erdbeerernte; erntet möglichst viele Kirschen, Pflaumen und Zuckerrüben, um wieder Zucker zu machen.

Ich umarme dich ganz fest Dein kleiner Neffe René.


quelque fois je ne sais pas trop quoi vous mettre qui ne soit répétition avec mes parents.
Ce matin j'ai reçu une carte de Pierre. Il est nommé à Deutsch-Wagram comme nous le pensions. Il a une chambre à lui seul en ville (comme moi rue Zaraz) et mange au restaurant tant au matin le midi. Il touche les cartes de ravitaillement civils la même que les allemands. Il est seul étranger au garage de la Croix Rouge et n'a pas encore commencé son travail qui doit consister à sauter sur le volant de son ambulance dès qu'on coup de téléphone l'appelle. Ce n'est pas un surmenage. Il a l'air d'être content. Dimanche il vient chercher le retour de ses affaires et l'autre dimanche j'irai sans doute prendre la crémaillère dans sa garçonnière.
Pour moi, cette semaine se passe bien car le travail ne nous prend pas : depuis qqs jours nous vidons les vases d'autres sont soit aux cerises ou aux petits pois car la ferme nous loue nos champs-pas. Ainsi ce midi vraie jardinière : pois - carottes - je tire [mais pas des nouvelles] et au lieu de fraises des haulettes de frochis. C'est un de mes meilleurs repas. et grande quantité. Ce soir cerises. et demain soit omelette ou crêpe à la confiture — Je vais continuer sur la carte à Sainte Marie. Je t'embrasse bien fort ainsi que la famille. Ton petit René

Absender: René Bouvet fils Antoine
PRINZENDORF/ZAYA (Lager) 638
Wohnort, auch Zustell- oder Leitpostamt
N-M 124 Deutschland
Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk od. Postschließfachnummer

Ecrit en français

Le 14 Juillet 44

Ma Chère Tata,

Maintenant c'est moi qui ai du retard à te répondre car depuis ma dernière carte du 5 juin j'ai reçu 2 lettres de toi : du 30 Mai le 22 juin et du 21 juin le 1 juillet. J'avais l'intention d'écrire toutes mes cartes [parents et amis] au début de ce mois comme au début de l'autre mais le temps et les événements ne m'ont guère donné le courage. Et puis moi aussi

Postkarte

15 15 Deutsches Reich

PRINZENDORF ZAYA 14.VII.44 17 b

A

Madame Alexandre Jamet-Mercier
route de Champmotteux
678
à Gironville.
Seine et Oise
Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk oder Postschließfachnummer
FRANCE.

14. Juli 44

Meine liebe Tante!

Jetzt bin ich es, der dir mit Verspätung antwortet, denn seit meiner letzten Karte vom 5. Juni habe ich zwei Briefe von dir erhalten: den vom 30. Mai am 22. Juni und den vom 21. Juni am 1. Juli. Ich hatte die Absicht, alle meine Karten Anfang Mai zu schreiben (an Eltern und Freunde) - wie zu Beginn des letzten Monats, aber die Zeit und die Ereignisse haben mich entmutigt. Außerdem weiß ich manchmal nicht so recht, was ich euch schreiben soll, ohne zu wiederholen, was ich schon meinen Eltern geschrieben habe.

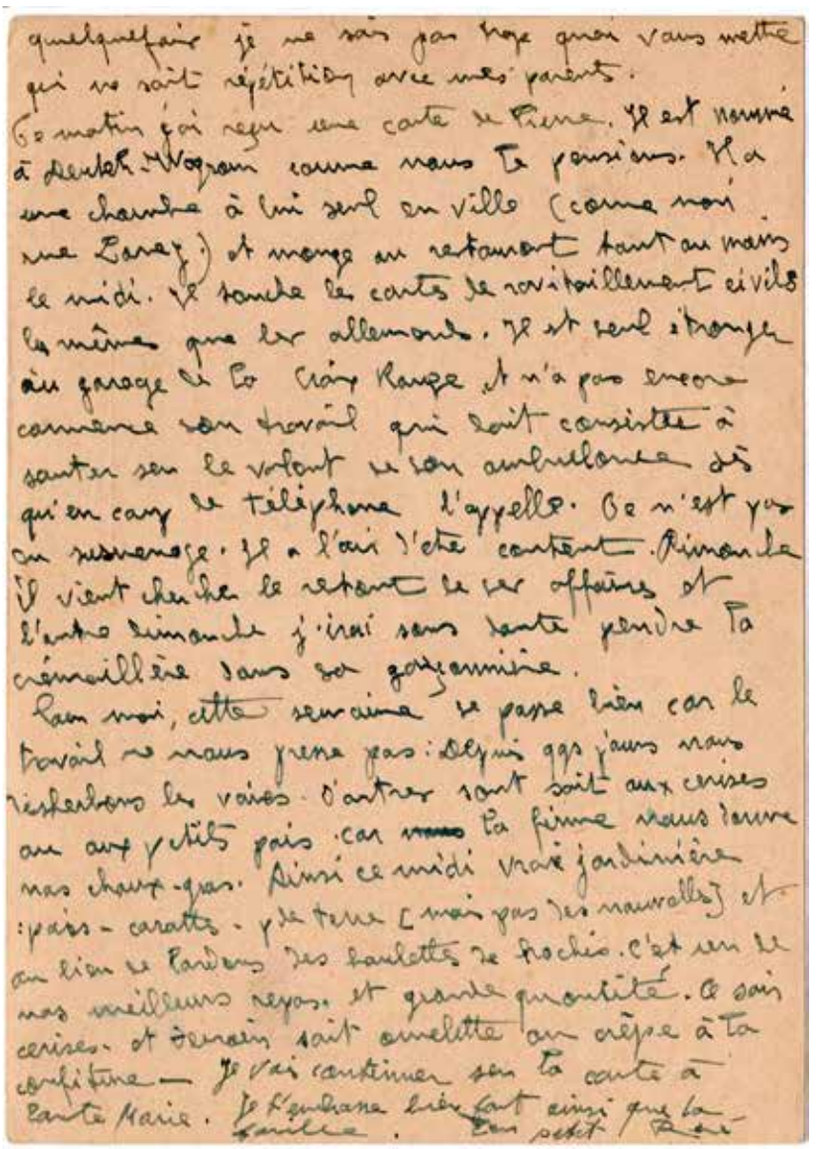
Heute Morgen habe ich eine Karte von Pierre bekommen. Er ist in Deutsch Wagram stationiert, wie wir vermutet haben. Er hat ein eigenes Zimmer in der Stadt (wie ich in der rue Lavay), isst im Restaurant, zumindest zu Mittag, und bekommt zivile Lebensmittelkarten – dieselben wie die Deutschen. Er ist der einzige Ausländer in der Garage des Roten Kreuzes, hat seine Arbeit allerdings noch nicht begonnen. Sie besteht wohl darin, hinter das Lenkrad seines Ambulanzwagens zu springen, sobald er einen Anruf erhält. Er überarbeitet sich wahrlich nicht. Er wirkt zufrieden. Sonntag holt er seine restlichen Sachen ab und am Sonntag darauf werde ich wahrscheinlich zu ihm fahren, um seine Garçonnière einzuweihen.

Meine Woche verläuft angenehm, die Arbeit stresst mich nicht: Seit einigen Tagen befreien wir die Straßen vom Unkraut. Andere sind bei der Kirschen- oder Erbsenernte. Die Firma schaut auf uns. Heute Mittag gibt es Gemüseallerlei: Erbsen und Karotten, Kartoffeln (aber nicht von den frischen) und statt Speckstreifen faschierte Laibchen. Das ist eine der besten Mahlzeiten und von höchster Qualität. Am Abend gibt es Kirschen und morgen entweder ein Omelett oder eine Crêpe mit Marmelade.

Ich werde auf der Karte an Tante Marie weiterschreiben.

Ich umarme dich und die/ deine Familie ganz fest!

Dein kleiner René



quelquefois je ne sais pas trop quoi vous mettre qui ne soit répétition avec mes parents.
Ce matin j'ai reçu une carte de Pierre. Il est nommé à Deutsch-Wagram comme nous le pensions. Il a une chambre à lui seul en ville (comme moi rue Lavay) et mange au restaurant tant au moins le midi. Il touche les cartes de ravitaillement civile les mêmes que les allemands. Il est seul étranger au garage de la Croix Rouge et n'a pas encore commencé son travail qui doit consister à sauter sur le volant de son ambulance dès qu'un coup de téléphone l'appelle. Ce n'est pas un surmenage. Il a l'air d'être content. Dimanche il vient chercher le restant de ses affaires et l'autre dimanche j'irai sans doute prendre la crémaillère dans sa garçonnière.
Chez moi, cette semaine se passe bien car le travail ne nous prend pas : depuis qqs jours nous ressarclons les vaches d'autres sont soit aux cerises ou aux petits pois car la ferme nous loue nos champs-gas. Ainsi ce midi vrai jardinière : pois - carottes - pommes de terre [mais pas des nouvelles] et au lieu de lardons des boulettes de hachis. C'est un de nos meilleurs repas. Et grande quantité. Ce soir cerises et demain soit omelette ou crêpe à la confiture — Je vais continuer sur la carte à Tante Marie. Je t'embrasse bien fort ainsi que la famille. Ton petit René

Bezirksbeauftragter Ostmark
des Hauptringes Eisenerzeugung
beim Reichsminister für
Rüstung und Kriegsproduktion.

Kapfenberg, den 18.11.44.
Böhler-Edelstahlwerke.

Dr.C./W.

An die

Mitgliedswerke der
Reichsvereinigung Eisen
im Südost - Bezirk.

Verwaltungsdirektion
Eingang: 20 DEZ. 1944

Betrifft: Arbeitszeiterhöhung - Arbeitszeitvergleich.

Mein mit Rundschreiben vom 4.7.1944 an die Eisen schaffende Industrie des Südost-Bezirkes gerichteter Appell, die Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben in Anpassung an den Nordwest-Bezirk mit 1.8.44 zu erhöhen, hatte folgendes Ergebnis:

Werk:	durchschnittliche effektive Arbeitszeit zum Stichtag 31.5.	durchschnittliche effektive Arbeitszeit zum Stichtag 31.8.	Arbeitszeiterhöhung in %
K.J.G., Asling	9,2 Std.	9,3 Std.	+ 1 %
Kestag, Perlach	9,45 "	10,- "	+ 6 %
Schmidhütte, Krems	8,65 "	9,1 "	+ 5 %
R.H.G.Alpine, Donawitz	8,65 "	9,6 "	+11 %
Vogel & Noot, Wartberg	8,35 "	9,1 "	+ 9 %
Böhler, Kapfenberg	9,75 "	9,75 "	0
Schoeller, Ternitz	9,- "	9,8 "	+ 9 %
" Mürzzuschlag	8,75 "	9,1 "	+ 4 %
Joh. Pengg, Thörl	9,35 "	10,1 "	+ 8 %
Schmidhütte, Liezen	9,5 "	10,4 "	+ 6 %
Styria, Judenburg	8,7 "	8,8 "	+ 1 %
R.H.G., Linz	10,25 "	10,25 "	0
Eisenwerke Oberdonau, Linz	10,6 "	10,6 "	0
Stahlwerk Streiteben	9,15 "	8,5 "	- 7 %

Anliegend erhalten Sie das graphische Ergebnis des Arbeitszeitvergleichs. Dieser zeigt nunmehr, daß in den beiden Bezirken durchschnittlich annähernd gleiche Arbeitszeiten verfahren werden.

In Arbeitskräften ausgedrückt hat die Arbeitszeiterhöhungsaktion 1417 männliche Arbeitskräfte gebracht.

Die zuständigen Dienststellen werden unter einem von den vorstehenden Ergebnissen unterrichtet, damit diese auch als Maßstab bei der Beurteilung der Notwendigkeit von Arbeitskräfteanforderungen verwertet werden.

Heil Hitler!

1 Beilage.

10.000. I. 44. Putrich & Sohn, Wien V., Wiedner Hauptstr. 106. Q/0537.

Arbeitszeiterhöhung der täglichen Arbeitszeit in der eisenerzeugenden Industrie in der Ostmark
(Quelle. Dokumentationsarchiv der voestalpine AG)

Europas Zwangssystem: Alle arbeiten für das Deutsche Reich

Von Bennet Schulte - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, (https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=11652008)

Rassisch-ideologische Vorstellungen

Die rassisch-ideologischen Vorstellungen der nationalsozialistischen Regierung schaffen einen Konflikt mit dem Bedarf an Arbeitskräften. Die Steigerung der Rüstungsproduktion und die Erhaltung und Erhöhung des Personalstandes der Wehrmacht führen zu gesteigerter Nachfrage nach Arbeitskräften. Die ideologische Vorstellung der Bevölkerung von einer „reinen Rasse“ und „Reinerhaltung des deutschen Blutes“ verhindern vorerst die Beschäftigung von nicht-arischen Arbeitskräften im Deutschen Reich. Die Propaganda von einem „judenreinen“ bzw. „reinrassischen Staat“ kann aber ab 1942 nicht mehr durchgehalten werden. Ohne Zwangsarbeit und Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften wäre die Rüstungsproduktion zusammengebrochen. Um das Konzept eines reinrassigen Staates zu erhalten, werden die ZwangsarbeiterInnen in Lagern untergebracht und vor der Zivilbevölkerung abgeschottet. Der Grad der Abschottung wird nach einer Diskriminierungsskala erstellt. Auch Überlegungen zur Eindeutschung von „rassisch wertvollen“ Bevölkerungsgruppen werden angestellt.

Arbeitskräfte in den besetzten Gebieten

Die Besetzungen ermöglichen den Zugriff auf die dringend benötigten Arbeitskräfte. Aber die Verpflichtung zum Dienst im Deutschen Reich bedeutet gleichzeitig eine Reduzierung der Arbeitskräfte in den besetzten Gebieten. Dies führt gleichzeitig zu einer Erschwernis der Rüstungsproduktion und Probleme bei der Gewinnung der dringend benötigten Rohstoffe aus den besetzten Gebieten.

Wirtschaftspolitik in den Ostgebieten

Das Ziel der Nationalsozialisten ist vorerst, die Ostgebiete zu deindustrialisieren. Alle brauchbaren Industrieanlagen werden abtransportiert und in das Deutsche Reich gebracht. Durch den steigenden Bedarf an Industriegütern wird aber ab 1940 von dieser Politik abgegangen und nun den in den besetzten Gebieten vorhandenen Betrieben Aufträge der Wehrmacht erteilt. So können nun die vorhandenen Arbeitskräfte in den besetzten Gebieten unter schlechteren Arbeitsbedingungen eingesetzt werden. Die Produktionskosten liegen weit unter den Produktionskosten im Deutschen Reich. Durch die schlechten Arbeitsbedingung (schlechte Ernährung, Erschöpfung) sinkt aber in der Folge die Arbeitsproduktivität.

Die Formen der Ausbeutung der westeuropäischen Länder besteht im direkten Raub durch die Wehrmacht und Kommissionen nach der Besetzung, die Auferlegung von Besatzungskosten, Bezahlung von Lieferungen mit einem vorteilhaften Clearingsystem für Deutschland, Auftragserteilung unter diktierten Bedingungen, Festsetzung eines für Deutschland günstigeren Wechselkurses und Deportation von Arbeitskräften nach Deutschland.

Nach dem Generalplan Ost wird das Siedlungsgebiet für die Deutsche Bevölkerung ausgedehnt. Ostland (1941-1945), Ukraine (1941-1944), Moskowien (niemals besetzt) und Kaukasien (niemals besetzt) sind die neuen Siedlungsgebiete.

Deutsches Propagandaplakat zeigt die Besiedlung des eroberten Polens insbesondere des Warthegaus durch die Siedler aus sowjetischen Gebieten mit „Heim ins Reich“ Vorstellungen. Sie sollen beim Aufbau eines großdeutschen Reiches mitwirken. (Wikimedia)

Österreich

Die Einverleibung Österreichs bringt 1938 eine kurze Phase der Entspannung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. In devisenschonender Weise können zusätzliche Arbeitskräfte aufgebracht werden. Der Reichsarbeitsdienst wird eingeführt.

Industrieexpansion

In Österreich selbst kommt es zu einer Expansion der Industrieproduktion. Österreichischen Industriebetrieben werden durch deutsche Firmen wie die Hermann-Göring-Werke, IG-Farben, Krupp und Henschel übernommen. Durch die Übernahme der Creditanstalt erhalten deutsche Unternehmen Zugriff auf deren Industriebeteiligungen. Im Juni 1939 beginnt die Serienproduktion der Wiener Neustädter Flugzeugwerke. Industriebetriebe wie Böhler, AEG, Elin erhalten Aufträge für die Erzeugung von Kriegsgüterprodukten. Energie wird durch den Ausbau der Wasser- und Dampfkraftwerke zur Verfügung gestellt. Die Erdölproduktion erreicht 1944 1,2 Millionen Tonnen.

Arbeitskräftemangel

Der Abzug von rund 100.000 Arbeitskräften in das Deutsche Reich und die Aufrüstung erfordern bald mehr Arbeitskräfte. Es entsteht schon 1939 Arbeitskräftemangel vor allem in der Land- und Bauwirtschaft. Die Situation verschärft sich, als Männer in die Wehrmacht eingezogen werden. Durch den Kriegsbeginn wird die Industrieproduktion weiter ausgebaut. Ab 1942 werden wegen den beginnenden Luftangriffe Teile der Produktion aus Deutschland nach Österreich verlagert.

Arbeitskräfteersatz durch Fremdarbeiter, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene

Um die fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen, kommen vorerst angeworbene oder unter Zwang verpflichtete Arbeitskräfte aus Polen, Slowakei, Tschechien, Italien und Jugoslawien nach Österreich. Später werden Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit nach Österreich verpflichtet. Vorerst werden diese ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft eingesetzt. Im März 1941 sind 38,5% der ausländischen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und 44% in der Bauwirtschaft tätig. Wohnlager für Ostarbeiter werden in Wien ab 1942 errichtet.

Zwangsarbeit in der Landwirtschaft

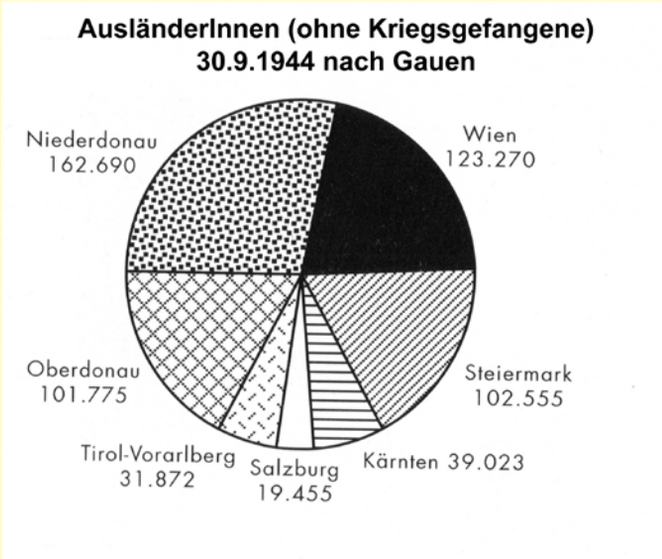
Die Lagerunterkünfte sind in landwirtschaftlichen Gebieten einfach gehalten. So gibt es weder ordentliche Heizungen, Waschmöglichkeiten oder Toiletten. Die Grundversorgung ist gleich wie in den städtischen Lagern. Es gibt aber den Vorteil, dass die Landbevölkerung einen besseren Zugang zu Lebensmitteln hat und so können die ZwangsarbeiterInnen Zuwendungen in Naturalien erhalten.

Ungarische Juden als Arbeitskräfte

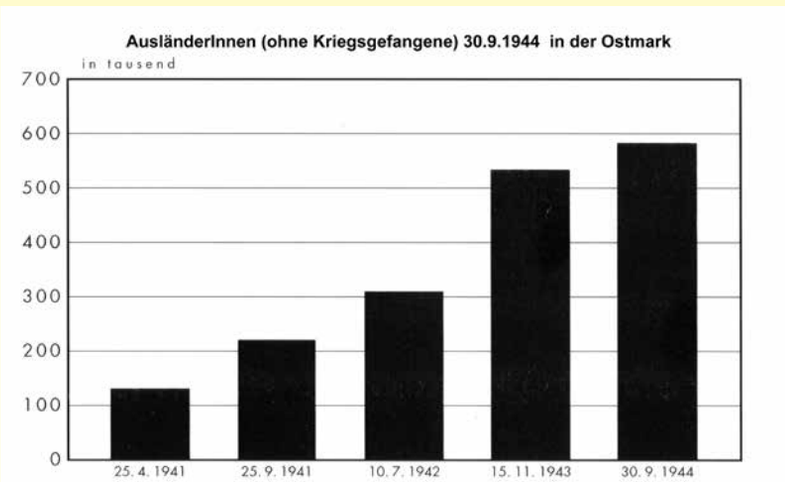
1944 werden rund 14.700 ungarische Juden in Wien und Niederdonau für Räumungsarbeiten nach Bombenangriffen bereitgestellt. Die Gemeinde Wien ist der größte Arbeitgeber und beschäftigt Juden im E-Werk und auf den landwirtschaftlichen Gütern. Ein Teil der Arbeitskräfte wird in Strasshof ausgewählt und dann zu den Arbeitsplätzen gebracht. Ein anderer Teil wird in Lager in Wien überstellt und im Arbeitsvermittlungszentrum (1100 Gänsbachergasse) untergebracht. Die Lage ist durch die Nähe zum Ostbahnhof und zu den Fabriken im 10. und 11. Bezirk günstig.

Mangelsituation

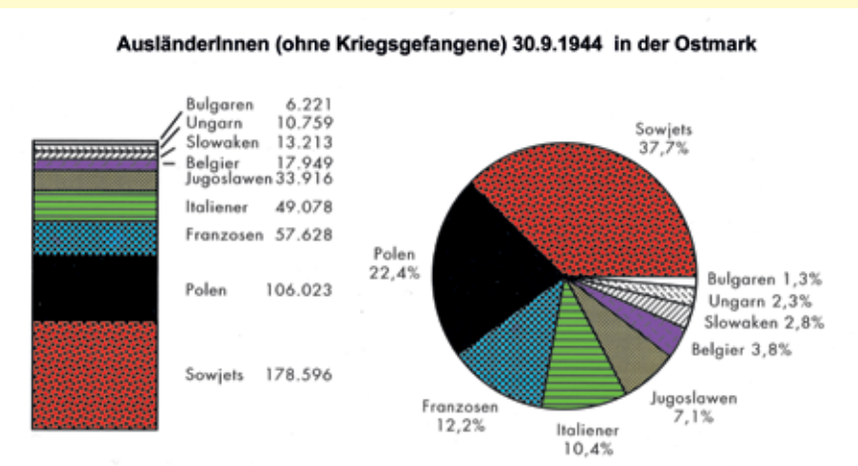
Mangel herrscht neben der Ernährung auch an Kleidung, Schuhwerk und Medikamenten. Die Sichtbarkeit der Lebenssituation der ZwangsarbeiterInnen erregt Mitleid der Bevölkerung. Von den nationalsozialistischen Führern wird der Abzug dieser ZwangsarbeiterInnen gefordert.



aus Freund Florian: Kriegswirtschaft, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich Seite 109



aus Freund Florian: Kriegswirtschaft, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich Seite 108



aus Freund Florian: Kriegswirtschaft, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich Seite 108

Norwegen (Reichskommissariat)

Mit dem deutschen Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940 und der Kapitulation Norwegens am 10.Juni 1940 werden diese Gebiete dem Deutschen Reich eingegliedert. Als Reichskommissär wird Josef Terboven eingesetzt. Die gefangenen norwegischen Soldaten werden als „germanisches Brudervolk“ aus der Gefangenschaft entlassen. Die Waffen SS kann rund 6000 Männer für die 5.Panzerdivision Wiking anwerben.

Vidkun Quisling, Führer der faschistischen Partei „Nasjonal Samling“ (Nationalversammlung der Nationalen Romantischen Faschistischen Partei), wird im Februar 1942 als Ministerpräsident einer Kollaborationsregierung durch Terboven eingesetzt.

1943 werden aber wie im Falle der Niederlande norwegische Offiziere als Geiseln in Lagern in Deutschland festgesetzt.

Propagandapostkarte der Nasjonal Samling 1942

Unterhalt der Besatzungsarmee

Die deutsche Besatzungsarmee von rund 300.000 Mann bei weniger als 3 Millionen Bevölkerung muss von Norwegen versorgt und eine entsprechende Anzahl von Arbeitskräften für deutsche Rüstungsvorhaben zur Verfügung gestellt werden. Es werden große Küstenbefestigungsanlagen errichtet. Die Arbeitsbedingungen der Arbeiter verschlechtern sich. Die Lebensmittel werden rationiert. 1941 kommt es zum „Milchstreik“, da keine Milch mehr verteilt wird. Die Arbeiter verlassen den Arbeitsplatz. Die Führer der Gewerkschaften werden hingerichtet. Die Nasjonal Samling übernimmt den noch bestehenden Gewerkschaftsverband.

Ausländische ZwangsarbeiterInnen

Von den rund 200.000 norwegischen Industriearbeitern sind 150.000 bei deutschen Bauvorhaben beschäftigt. Daher werden aus Norwegen keine ZwangsarbeiterInnen nach Deutschland verschickt. Für den Bau von militärischen Infrastruktureinrichtungen wie den Bau der Nordlandbahn kommen 1941 sowjetische und polnische Kriegsgefangene zur Unterstützung nach Norwegen. Auch jugoslawische ZwangsarbeiterInnen werden verpflichtet. Die Nordlandbahn wird bis Dunderland ausgebaut. Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Errichtung der Marinebasis in Trondheim. Bis 1944 arbeiten rund 100.000 sowjetische, 4.000 jugoslawische und 1.600 polnische Kriegsgefangene in Norwegen. Insgesamt sterben rund 16.500 Zwangsarbeiter, davon rund 14.000 sowjetische Kriegsgefangene in den Lagern. Es werden rund 620 Gefangenenlager errichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wird der Einsatz und Geschichte dieser Zwangsarbeiter „vergessen“.

Eingliederung in die Großraumwirtschaft

Die Rohstoffvorkommen wie Kupfer, Schwefel, Eisenerz, Nickel, Aluminium sind für Deutschland kriegswichtig. Norwegen ist vorgesehen, Teil Groß-Germaniens und einer europäischen Großraumwirtschaft unter deutscher Führung zu werden.

„Front gegen den Bolschewismus - Auf welcher Seite stehst du?“ Plakat des norwegischen Staates

Quisling besucht im Herbst 1943 ein SS-Lager, das norwegische Soldaten für die Ostfront ausbildet. (Quelle: Wikimedia)

Zusammenarbeit mit Deutschland

Staatsunternehmen wie NSB (Eisenbahn), Statens veivesen (Straßenbaubehörde), Norsk Hydro (Energie) arbeiten mit den deutschen Behörden zusammen. Ihr ökonomisches Interesse an günstigen Arbeitskräften führt zu Kooperationen mit den Besatzern und deutschen Firmen. Die Organisation Todt übernimmt 1942 die Leitung aller Bauprojekte. Sie wird mit über 90.000 Mitarbeitern zum größten Unternehmen in Norwegen.

Protektorat Böhmen und Mähren

Im Münchner Abkommen von 1938 wird die Tschechoslowakei in das Sudetenland und in einen Reststaat (Protektorat Böhmen und Mähren) geteilt. Die Folge ist eine tiefe Wirtschaftskrise im Reststaat. Die hohe Arbeitslosigkeit wird durch die Flucht von Tschechen aus dem Sudetenland und die Demobilisierung der tschechischen Armee noch verstärkt.

Arbeitskräfte und kein Devisenabfluss

Das Protektorat stellt den siebtgrößten Rüstungsproduzenten der Welt dar. Für Deutschland ist die Annexion der Resttschechei vor allem von Bedeutung, um erfahrene Arbeitskräfte für die deutsche Rüstungsindustrie zu rekrutieren. Außerdem besteht keine Notwendigkeit, Devisen für die Arbeit zur Verfügung zu stellen. Außenpolitische Rücksichtnahme ist nicht erforderlich.

Übernahme der Industrie und Banken

Die tschechischen Industriebetriebe und ihre Verbindungen mit der Wirtschaft in Südosteuropa wie die Prager Banken werden von deutschen Firmen wie IG Farbenindustrie nach der Besetzung übernommen.

Eindeutschung der tschechischen Bevölkerung

Der böhmisch-mährische Raum soll dem Deutschen Reich eingegliedert werden. Voraussetzung dafür ist die Verdeutschung derjenigen Tschechen, die eindeutschungsfähig sind. Zur Eindeutschung werden verschiedene Maßnahmen ergriffen: Enteignung von Grund und Boden, Ansiedlung von volksdeutschen Bauern, Schädigung von tschechischen Kleingewerbetreibenden, Anstellung von deutschen Beamten in den Ministerien, Deutsch als alleinige Amtssprache, Schließung von tschechischen Schulen und rassenmäßige Untersuchungen mit Röntgenwagen zur Selektion der Bevölkerung.

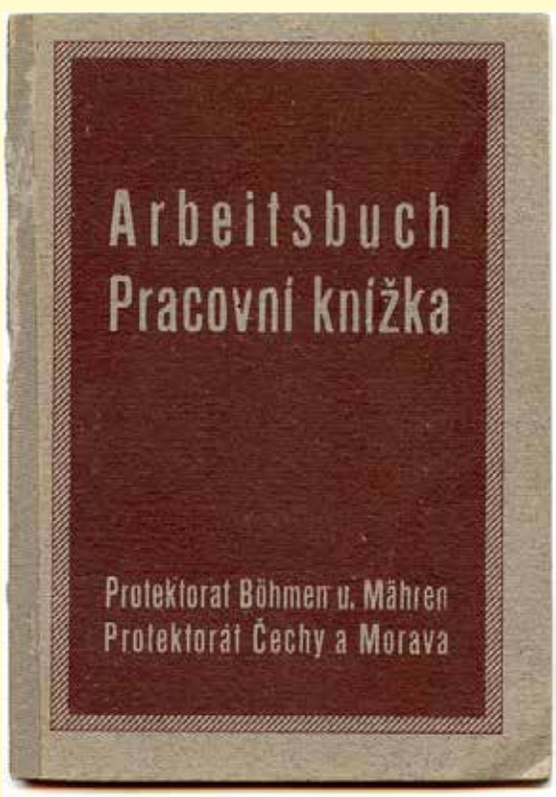
Anwerbung von Arbeitskräften

Nach der Besetzung des Reststaates können von April bis Juni 1939 70.000 Tschechen für eine Arbeit in Deutschland angeworben werden. Von 1939 bis 1942 werden rund 327.000 Personen in das Deutsche Reich verpflichtet. Es wird wirtschaftlicher Druck in Form des Verlustes der Arbeitslosenunterstützung auf Arbeitslose ausgeübt, die sich weigern, eine Arbeit in Deutschland anzunehmen.

Verschärfung der Rekrutierung

Die schlechten Arbeitsbedingungen in Deutschland und der gesellschaftliche Boykott der Fremdarbeiter durch die tschechische Bevölkerung führen zu einem Rückgang der Freiwilligen. Der wirtschaftliche Druck wird durch Geldbußen erhöht. Durch behördlichem Zwang wie dem Instrument der Dienstverpflichtung und der Einführung des Arbeitsbuches wird versucht, Arbeitswillige für das Deutsch Reich zu bekommen. Um Vertragsbrüche zu verringern und die Rückkehr in das Protektorat zu verhindern, werden 10 Arbeitserziehungslager (AEL) errichtet.

Einführung des Rechtsverkehrs in der Tschechei nach der Besetzung 1939
(Quelle Wikimedia)



Bekanntmachung.

Mein Beauftragter für den Arbeitseinsatz führt am Montag den 29. April 1940 in Kremsier, beim Arbeitsamt um ½ 8 Uhr früh

eine Anwerbung von männlichen [illegible]

Arbeitskräften zur Arbeitsaufnahme im Altreich (Deutschland) durch.

Geschäftsmäßige fachliche Arbeitskräfte, deren letzter Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig gelöst worden ist, können sich zur Anwerbung für gut bezahlte Arbeit im Altreich (Deutschland) melden.

Arbeitsbücher sind zur Werbung mitzubringen.

Landwirtschaftliche Kräfte und Jugendliche unter 18 Jahren werden nicht angenommen.

Die Reise zum Arbeitsplatz und die Verpflegung während der Reise sind inbegriffen.

VYHLÁŠKA.

Můj zmocněnec pro zprostředkování práce bude dne 29. dubna 1940 v Kroměříži u úřadu práce v 8 hodin ráno najímati mužské pracovní síly [illegible]

pro práci v Německu (stará říše).

Nezaměstnaný český dělník, který svůj pracovní poměr řádně rozvázal, může se hlásiti o lépe placenou práci do Německa (stará říše).

Pracovní listiny nutno s sebou přinésti.

Zemědělští dělníci a osoby mladší 18 let nebudou přijati.

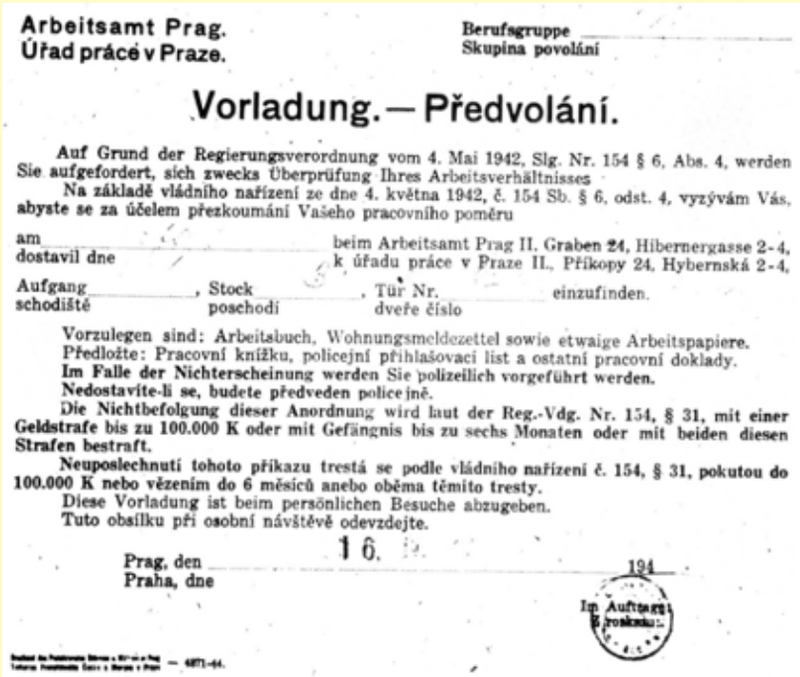
Cestovné až na místo pracovní a stravování po dobu jízdy je bezplatné.

Der Oberlandrat in Kremsier
König

Bekanntmachung über Anwerbung von Arbeitskräften 1940
(Quelle: Im TotaleinsatzSeite 61)

Tschechische Betriebsschließungen

Ab Herbst 1942 werden ganze Geburtsjahrgänge zum Dienst in der deutschen Kriegsindustrie verpflichtet. Der Widerstand verstärkt sich einerseits durch die tschechische Industrie, anderseits auch durch die betroffenen Jugendlichen. Daher werden neben den Jahrgängen 1921 und 1922 auch die Jahrgänge 1918 bis 1920 herangezogen. So gelingt es, rund 70.000 Tschechen zu deportieren. Die Folge sind die Schließungen von Handwerksbetrieben und kleineren Firmen in der Tschechei. Zusätzlich werden nicht kriegswichtige Betriebe geschlossen. Für die tschechischen Rüstungsbetriebe wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 72 Stunden erhöht. Ende 1944 werden Arbeitskräfte für den Stellungs- und Schanzenbau rekrutiert. Tschechen werden für den Bau am Südostwall in Niederösterreich, am Neusiedlersee und an der Donau zwangsverpflichtet.



Arbeitsamt Prag.
Úřad práce v Praze.

Berufsgruppe _____
Skupina povolání

Vorladung. — Předvolání.

Auf Grund der Regierungsverordnung vom 4. Mai 1942, Slg. Nr. 154 § 6, Abs. 4, werden Sie aufgefordert, sich zwecks Überprüfung Ihres Arbeitsverhältnisses
Na základě vládního nařízení ze dne 4. května 1942, č. 154 Sb. § 6, odst. 4, vyzývám Vás, abyste se za účelem přezkoumání Vašeho pracovního poměru

am _____ beim Arbeitsamt Prag II, Graben 24, Hibernergasse 2-4,
dostavil dne _____ k úřadu práce v Praze II., Příkopy 24, Hybernská 2-4,

Aufgang _____, Stock _____, Tür Nr. _____ einzufinden.
schodiště _____ poschodí _____ dveře číslo _____

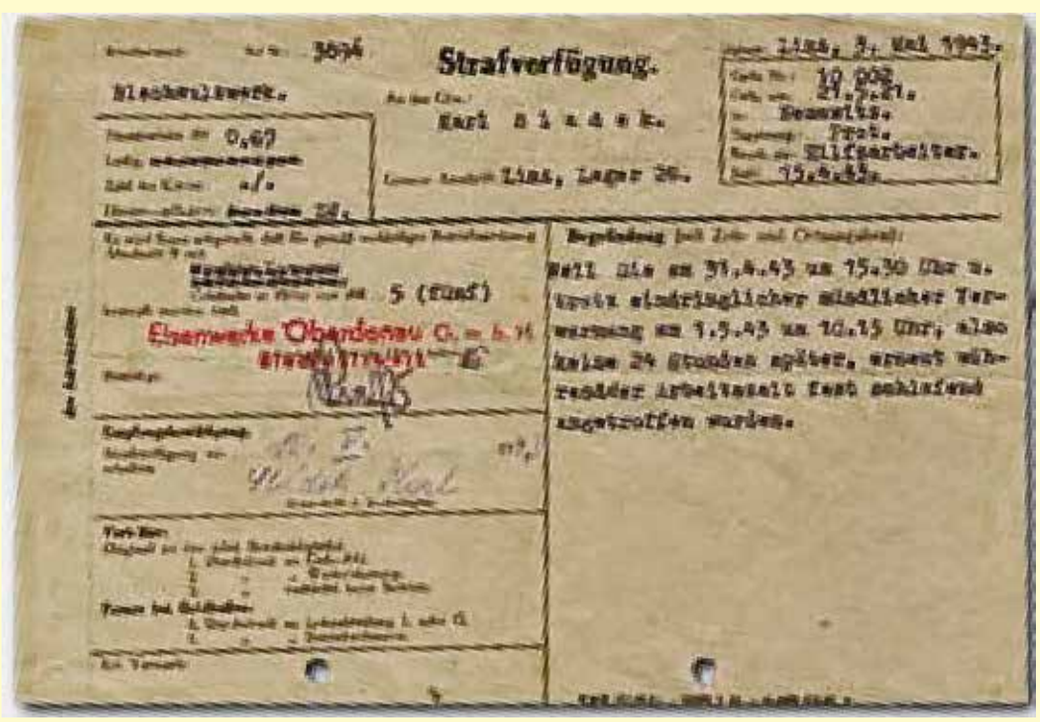
Vorzulegen sind: Arbeitsbuch, Wohnungsmeldezettel sowie etwaige Arbeitspapiere.
Předložte: Pracovní knížku, policejní přihlašovací list a ostatní pracovní doklady.
Im Falle der Nichterscheinung werden Sie polizeilich vorgeführt werden.
Nedostavíte-li se, budete předveden policejně.
Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird laut der Reg.-Vdg. Nr. 154, § 31, mit einer Geldstrafe bis zu 100.000 K oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit beiden diesen Strafen bestraft.
Neuposlechnutí tohoto příkazu trestá se podle vládního nařízení č. 154, § 31, pokutou do 100.000 K nebo vězením do 6 měsíců anebo oběma těmito tresty.
Diese Vorladung ist beim persönlichen Besuche abzugeben.
Tuto obsílku při osobní návštěvě odevzdejte.

Prag, den 16. 194
Praha, dne

Im Auftrag:
Úroskau:

Arbeitskräfte für die lokale Rüstungsproduktion

Die Tschechei ist ein stark industrialisiertes Gebiet und besitzt auch eine bedeutende Rüstungsindustrie. Der starke Abfluss der Arbeitskräfte nach Deutschland führt ab 1939 dazu, polnische Kriegsgefangene einzusetzen. Sie werden aus dem Status als Kriegsgefangene mit der Auflage entlassen, weiter als Zivilarbeiter in der Tschechei zu arbeiten. Die ersten französischen Kriegsgefangenen kommen im Juni 1940 an. Da das Protektorat bis 1943/44 von Luftangriffen verschont bleibt, wird die Rüstungsproduktion ausgeweitet. Im Frühjahr 1944 beträgt die Zahl der arbeitenden Kriegsgefangenen rund 70.000 Personen, wovon 27.000 Russen und 20.000 Franzosen sind.



Strafverfügung.

Haftbescheinigung für den tschechischen Arbeiter Karl Bladek, der während der Arbeit in den Eisenwerken Oberdonau schlafend angetroffen wird und in das Polizeigefängnis Linz Lager 26 eingeliefert wird.
(Quelle: Im Totaleinsatz Seite 98)

Jüdische Bevölkerung

Im Protektorat leben 1939 rund 118.000 Juden. Im Juli 1940 werden 60 Prozent der männlichen Juden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Am häufigsten arbeiten die Juden im Straßenbau und in der Forst- und Landwirtschaft. Im Oktober 1941 wird das Ghetto in Theresienstadt gegründet. In Außenstellen werden die Juden zu verschiedenen Arbeiten eingeteilt. Im September 1943 werden die Außenstellen aufgelöst. Stattdessen werden Sonderlager eingerichtet. Im Sudentengau wird ein Netzwerk aus Außenlagern der Konzentrationslager errichtet. Im Jänner 1944 erhält die Auto Union AG die Untertags-Produktion für ihr Motorenwerk in Litomerice. Es werden rund 17.000 KZ Häftlinge für den Bau und 700 in der Motorenproduktion eingesetzt. Bis zu Kriegsende sterben dort rund 4500 KZ-Häftlinge an den Arbeitsbedingungen.

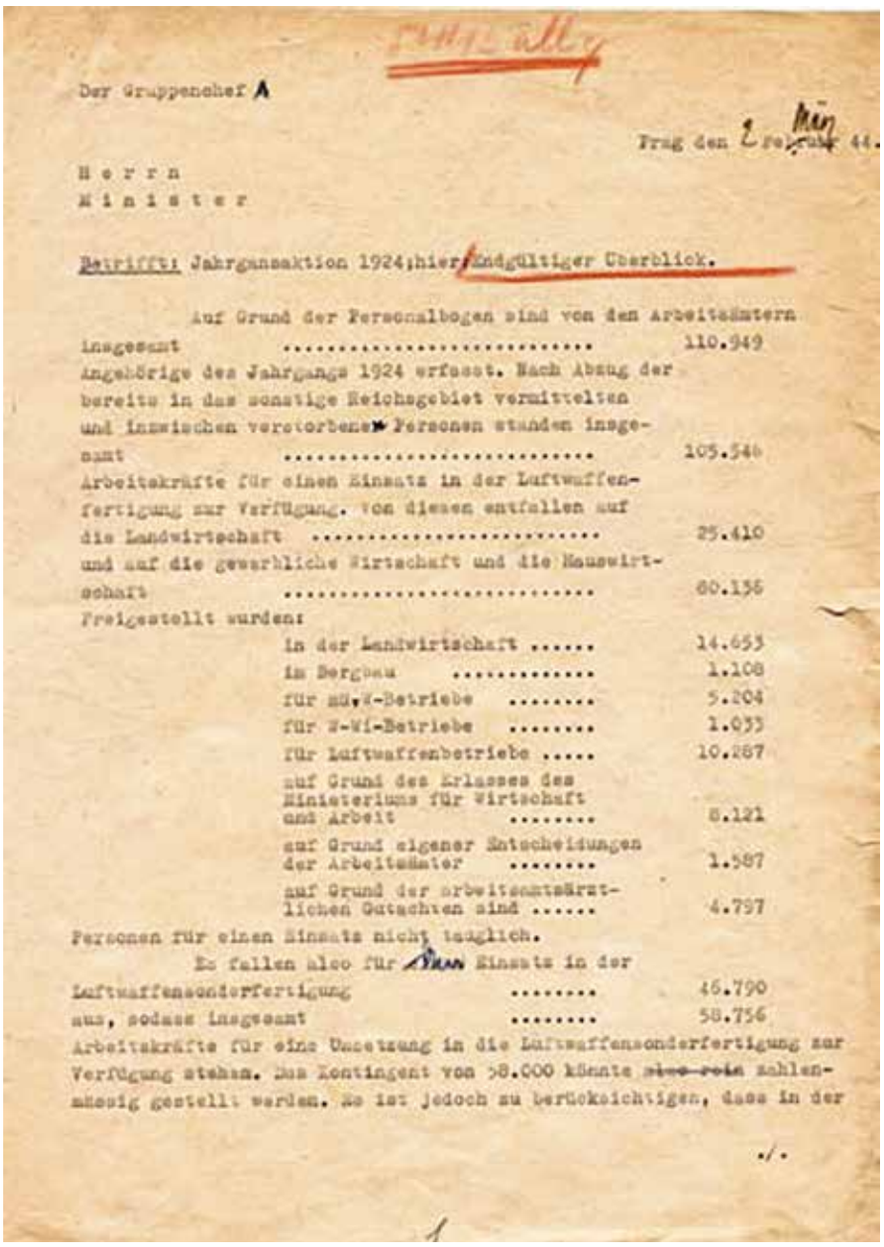
Erinnerung von Gloria Rabar Čondrić an Wiener Neustadt

„Der erste alliierte Angriff erfolgte am 13. August 1943 und zielte auf Wiener Neustadt. Die Wiener Neustädter Flugzeugwerke und die Rax-Werke sowie die Arbeiterbaracken wurden getroffen: 185 Tote, 30 Vermisste, 150 Schwer- und 700 leichter Verletzte in den WNF-Hallen, 28 Tote und 70 Verletzte bei den Rax-Werken waren die Bilanz. Die Arbeiter wurden zu Obdachlosen“. An den Schrecken und an den Verlust der persönlichen Habseligkeiten durch den Brand der Baracken erinnerte sich auch Gloria Rabar Čondrić, die als Partisanin mit einem großen, um die 500 Personen umfassenden Häftlingstransport aus Mauthausen nach Wiener Neustadt kam: *„Eines Tages, als wir in der Kolonne ins Lager zurückkehrten, war da gar kein Lager mehr. … Mit den Baracken ist alles verbrannt, was dort uns gehört hat. Was uns blieb, waren die Holzpantinen an den Füßen und die schmutzige Arbeitskleidung am Körper.“*

(Quelle Grünfelder S 163ff)

Propaganda Plakat im Protektorat ruft zur Arbeit in der Deutschen Industrie auf :„Auch ich gehe arbeiten."- I já půjdu pracovat. (Quelle:: Im Totaleinsatz Seite 72)

Identifizierungsmarke tschechischer ZwangsarbeiteerInnen bei den Wiener Neustädter Flugzeugwerken (Quelle: Im Totaleinsatz Seite 83)



Der Gruppenchef A

Prag den 2 Mär 44.

H e r r n
M i n i s t e r

Betrifft: Jahrgangsaktion 1924;hier: Endgültiger Überblick.

Auf Grund der Personalbogen sind von den Arbeitsämtern

insgesamt	110.949
Angehörige des Jahrgangs 1924 erfasst. Nach Abzug der bereits in das sonstige Reichsgebiet vermittelten und inzwischen verstorbenen Personen standen insgesamt	105.546
Arbeitskräfte für einen Einsatz in der Luftwaffenfertigung zur Verfügung. Von diesen entfallen auf die Landwirtschaft	25.410
und auf die gewerbliche Wirtschaft und die Hauswirtschaft	80.136
Freigestellt wurden:	
in der Landwirtschaft	14.653
im Bergbau	1.108
für mW-Betriebe	5.204
für W-Wi-Betriebe	1.033
für Luftwaffenbetriebe	10.287
auf Grund des Erlasses des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit	8.121
auf Grund eigener Entscheidungen der Arbeitsämter	1.587
auf Grund der arbeitsamtsärztlichen Gutachten sind	4.797

Personen für einen Einsatz nicht tauglich.

Es fallen also für einen Einsatz in der

Luftwaffensonderfertigung	46.790
aus, sodass insgesamt	58.756

Arbeitskräfte für eine Umsetzung in die Luftwaffensonderfertigung zur Verfügung stehen. Das Kontingent von 58.000 könnte ~~also rein~~ zahlenmässig gestellt werden. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass in der

./.

Ergebnis der Rekrutierung des Jahrgangs 1924 für den Arbeitseinsatz - ausgearbeitet vom Protektoratsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Quelle: Im Totaleinsatz Seite 75)

Tschechische Kapelle im Lager Arsenal in Wien 1943 (Quelle: Im Totaleinsatz Seite 87)

Bei einem Luftangriff verletzter tschechischer Zwangsarbeiter bei Firma Steyrer Daimler Puch in Graz (Quelle: Im Totaleinsatz Seite 89)

Propagandapostkarte für den Eintritt in die Technische-Nothilfe (Quelle: Im Totaleinsatz Seite 98)

Schanzarbeit beim Südostwall

Der Gauleiter für Niederdonau Hugo Jury fordert für den Befestigungsbau ausländische Arbeiter an. Es wird die Entsendung von tschechischen Jungbauern angeordnet, damit die Rüstungsproduktion nicht behindert wird. Die vorgesehene Anzahl von 10.000 Jugendlichen kann nicht erreicht werden, da ein Teil der Gemusterten den Arbeitszwang trotz hoher Strafen nicht antritt. Die Transporte gehen vom 10. bis 17.Dezember zum Neusiedlersee, wo sie Panzersperren über die Länge von 35 km errichten müssen. Die Unterbringung erfolgt in ungeheizten Scheunen. Es fehlt an sanitären Einrichtungen und die Verpflegung ist mangelhaft. Die ärztliche Betreuung ist kaum vorhanden. Bis zum Jänner 1945 müssen 782 Schwerkranke in das Protektorat zurück geschickt werden. Es sterben 10 tschechische Jungbauern. Die Arbeiten werden bis Mitte Feber 1945 durchgeführt. Auch in Mähren werden ab Mitte Dezember 1944 Schanzarbeiten angeordnet.

ARBEITSAMT KÖNIGGRÄTZ
ÚŘAD PRÁCE V HRADCI KRÁLOVÉ.

G Z
J ZK 709-9/12-44.

Verpflichtungsbescheid — **Výměr o přikázání**

auf Grund der Regierungsverordnung vom 4. Mai 1942 Slg. Nr. 154/42, über Massnahmen zur Lenkung der Arbeitskräfte, Abschnitt Dienstverpflichtung.

podle vlád. nař. ze 4. května 1942, č. 154/42 Sb., jimž se činí některá opatření o řízení práce, část přikazovací.

Herrn / Panu Valenta Josef, geb.30.5.1923

in / v Aujest Sylvar 2

Arbeitsbuch Nr. 9528124/8084 — Strasse / ulice

Berufs-Gruppe H 1420 — bei / u Horschitz

Sie werden hiermit für die begrenzte Zeit von / Přikazujete se tímto na určitou dobu od 16.12.1944 zur Dienstleistung / do práce

als / jako Hilfsarbeiter bei / u dem Leiter des Südostwalles

in / v Engerau verpflichtet. Sie haben sich pünktlich am / Jste povinen hlásiti se do práce přesně dne

Uhr / hod. 13 zur Abfahrt auf dem Bahnhof in / k odjezdu na nádraží v Westromierach / Ostromír einzufinden.

Die Arbeitsbedingungen sind Ihnen bekanntgegeben. Die im gleichzeitig ausgehändigten sozialrechtlichen Merkblatt enthaltenen Bestimmungen gelten eingeräumt.

Der Verpflichtungsbescheid ist unentgeltlich nach Erhalt dem Sicherungs Betriebsführer bei Dienstantritt dem neuen Betriebsführer vorzulegen.

Ein Nichtbefolgung oder Verletzung der Ihnen auferlegten Verpflichtungen werden auf Grund des § 38 der Regierungsverordnung vom 4. Mai 1942 mit einer Geldstrafe bis zu 100.000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten oder diesen beiden Strafen geahndet.

Pracovní podmínky jsou Vám známy. Ustanovení obsažená v sociálně právním poučení, které Vám bylo současně doručeno, platí ohledně.

Přikazovací výměr zůstává dnem po obdržení dosavadním vedoucímu závodu, při nastoupení služby pak novému vedoucímu závodu.

Porušení ukázaných Vám povinností budu trestána podle § 38 vládního nařízení ze 4. května 1942 pokutou do 100.000 korun nebo vězením do šesti měsíců anebo oběma těmito tresty.

Königgrätz, den / Hradec Králové, dne 9.12. 1944

Dienstsiegel / Úřední razítko

I.A. Unterschrift. — Podpis.

Den Empfang des Verpflichtungsbescheides bestätigt: / Potvrzuji příjem přikazovacího výměru.

Horschitz den / dne 12. XII. 1944

Unterschrift. — Podpis.

Auch im Falle der Verweigerung der Unterschrift ist die Dienstverpflichtung vorhanden. / Přikázání do práce jest závazné, i kdyby byl podpis odepřen.

234

Verpflichtungsbescheid für Schanzarbeit.am Südostwall ((Quelle: Im Totaleinsatz Seite 103)

230 004 081

STELLUNGSBAU NIEDERDONAU
Einsatzkommando Böhmen u. Mähren

Standort Neusiedl

geboren am 4.6.23 in Rakino
ist Angehöriger der 10.000 jungen Schanzarbeiter aus Böhmen und Mähren und war beim

Bau des Südostwalles

im Gau Niederdonau vom 15.11.44 bis 14.12.44 eingesetzt.

Einsatzleiter.

1306

Tschechische Schanzarbeiter bei Halbthurn Jänner 1945 (Quelle: Im Totaleinsatz Seite 103)

Niederlande (Reichskommissariat)

Durch die Massenarbeitslosigkeit in den 1930er Jahren in den Niederlanden und die Arbeitsnachfrage im deutschen Reich durch deren Aufrüstung arbeiten im Jahre 1938 bereits rund 40.000 Niederländer in Deutschland.

Nach der Kapitulation der niederländischen Regierung am 15. Mai 1940 werden die niederländischen Kriegsgefangenen auf Anordnung von Hitler entlassen. Die Niederländer gehören nach Ansicht der nationalsozialistischen Ideologen den „germanischen Brüdervölkern“ an. Auch wird nach den Blitzkriegen kein Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften gesehen. Der eingesetzte Reichskommissar Seyss-Inquart kann sich auf faschistische Parteien wie die niederländische Nationaal Socialistische Beweging (NSB) unter Mussert, den VlaamschenNational Verbond (VNV) unter Staf de Clerq und den Rexisten unter Léon Degrelle stützen..

Arbeitsaufnahme in Deutschland

Nach der Besetzung wird eine Kampagne für Arbeitsaufnahme in Deutschland von den niederländischen Arbeitsbehörden gestartet. Die vorerst lokalen Arbeitsämter werden mit September 1940 in ein zentrales niederländisches Reichsarbeitsbüro zusammengefasst. Im Frühjahr 1942 arbeiten bereits rund 227.000 Niederländer in Deutschland.

Einführung des Arbeitszwanges

Die verstärkten Rüstungsanstrengungen in Deutschland erfordern immer mehr Arbeitskräfte. Um den Import von Arbeitskräften zu steigern, wird der Arbeitszwang beschlossen und die „Nederlandse Arbeidsfront“ gegründet. So wird erreicht, dass weitere 163.000 Niederlander eine Arbeit in Deutschland aufnehmen.

Niederländer der besetzten Gebiete

Mit dem heutigen Tage habe ich die oberste Regierungsgewalt im zivilen Bereich in den Niederlanden übernommen.

Die Großmut des Führers und die Kraft der deutschen Wehrmacht machten es möglich, daß schon wenige Tage nach der durch die frühere Führung der Niederlande heraufbeschworenen Katastrophe eine Ordnung des öffentlichen Lebens wieder hergestellt wird, die in den gewohnten Gang der Dinge nur soweit eingreifen wird, als die besonderen obwaltenden Verhältnisse dies erfordern.

Als Reichskommissar werde ich die oberste Regierungsgewalt im zivilen Bereich in den unter dem Schutz der deutschen Truppen stehenden niederländischen Gebieten ausüben, um die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben sicherzustellen. Ich werde alle Maßnahmen auch gesetzgeberischer Art treffen, die notwendig sind, um diesen Auftrag zu erfüllen. Es ist mein Wille, hierbei das bisher geltende niederländische Recht möglichst in Kraft zu belassen, zur Ausübung der Verwaltung die niederländischen Behörden heranzuziehen und die Unabhängigkeit der Rechtsprechung zu wahren. Ich erwarte hingegen, daß alle im aktiven Dienst stehenden niederländischen Richter, öffentliche Beamte und Angestellte meine diesen Zwecken dienenden Anordnungen gewissenhaft befolgen werden und das niederländische Volk mit Verständnis und Beherrschung dieser Führung folgt.

Die niederländischen Soldaten haben sich im Kampf gut geschlagen. Die niederländische Zivilbevölkerung hat sich den kämpfenden Truppen gegenüber ordentlich benommen. Es liegt nichts vor, was uns hindern könnte, einander mit Achtung zu begegnen.

Das deutsche Volk ficht unter seinem Führer den Entscheidungskampf um Sein oder Nichtsein aus, den ihm der Haß und Neid seiner Feinde aufgezwungen hat. Dieser Kampf gebietet dem deutschen Volk, alle seine Kräfte einzusetzen, und gibt ihm das Recht, alle ihm erreichbaren Mittel heranzuholen. Dieses Gebot und Recht der Not wird auch auf die Lebensführung des niederländischen Volkes und seiner Wirtschaft einwirken. Ich werde aber darum besorgt sein, daß das dem deutschen Volk blutnahe niederländische Volk nicht in ungünstigere Lebensbedingungen verfällt, als es die gegebene Schicksalsgemeinschaft und der Vernichtungswille unserer Feinde in dieser Zeit nötig machen.

Ich habe als Reichskommissar die Reichsinteressen in den unter dem Schutz der deutschen Truppen stehenden niederländischen Gebieten zu wahren, und ich werde sie wahren. Das niederländische Volk wird in Erfüllung der Aufgaben, die sich aus dem gemeinsamen Schicksal ergeben, sein Land und seine Freiheit für die Zukunft zu sichern vermögen.

Den Haag, den 29. Mai 1940.

gez. Seyß-Inquart.

Nederlanders in het bezette gebied

Met ingang van heden heb ik de opperste leiding van de regeringszaken en het burgerlijk gezag in Nederland aanvaard.

De grootmoedigheid van den Führer en de kracht van het Duitsche leger hebben het mogelijk gemaakt, dat reeds eenige dagen na de door de vorige regeering bezworen katastrophe de orde van het openbare leven zal kunnen worden hersteld, en in den gewoonen gang van zaken slechts zal ingegrepen worden, als bijzondere gebeurtenissen dit eischen.

Als Rijkscommissaris zal ik de opperste leiding in het burgerlijk gezag uitoefenen voor de onder bescherming der Duitsche troepen staande Nederlanders, om de openbare orde te handhaven.

Ik zal alle maatregelen treffen, ook wettelijke, die noodig zijn, dezen opdracht te vervullen. Het is mijn wil hierbij het Nederlandsche recht zooveel als mogelijk te eerbiedigen, tot uitoefening van het bestuur de Nederlandsche autoriteiten te raadplegen en de onafhandelijke rechtspraak te eerbiedigen. Ik verwacht daartegenover, dat alle in actieven dienst staande rechters, openbare ambtenaren en beambten mijne verordeningen streng zullen opvolgen en het Nederlandsche Volk met verstand en zelfbeheersching den toestand aanvaardt.

De Nederlandsche soldaat heeft zich in den strijd dapper gedragen. De Nederlandsche burgerbevolking heeft zich tegenover de strijdende troepen ordelijk gedragen, zoodat niets ons kan hinderen elkaar met achting en eerbied te bejegenen.

Het Duitsche Volk vecht onder de leiding van zijnen Führer den strijd om zijn bestaan, den strijd die hem was opgedrongen door den haat en nijd zijner vijanden.

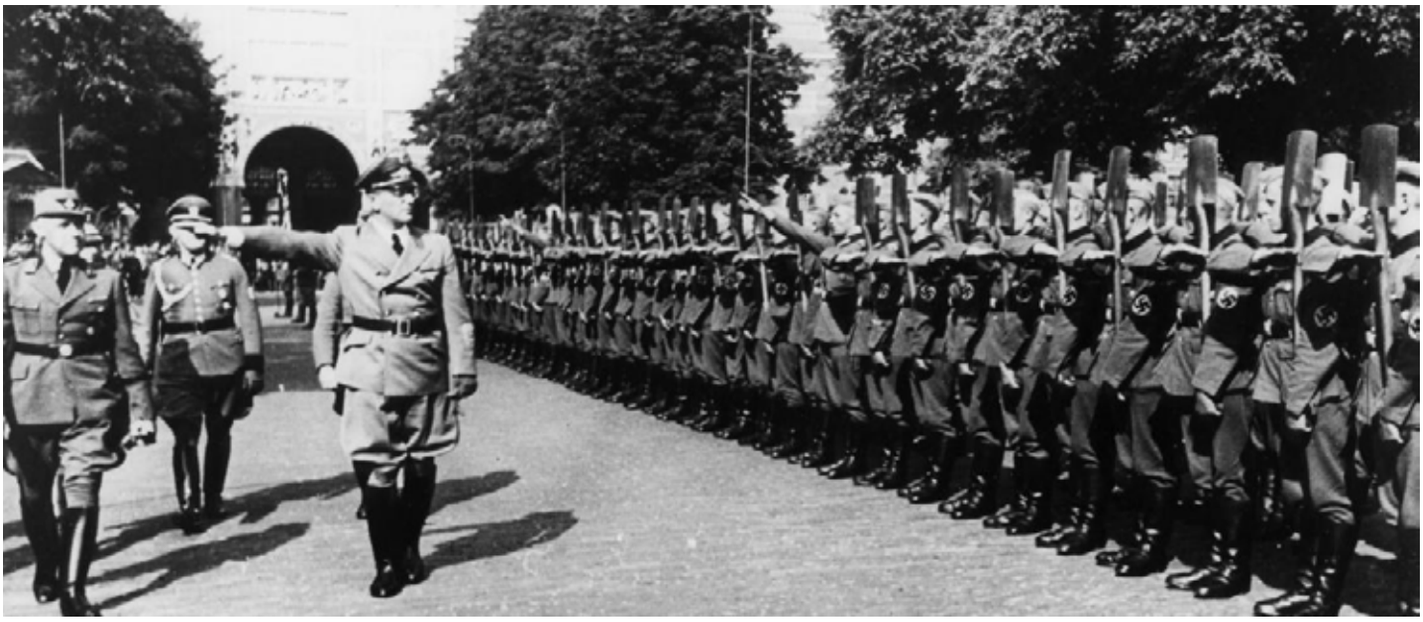
Deze strijd gebiedt het Duitsche Volk al zijne krachten in te spannen en geeft hem het recht alle middelen te gebruiken om zijn doel te bereiken. Deze plicht en noodzakelijkheid zal ook van invloed zijn op het openbare leven van het Nederlandsche Volk. Ik zal daarom zorgen, dat het Nederlandsche Volk als van gelijken bloede als het Duitsche Volk niet in ongunstiger levensvoorwaarden zal vervallen, zooals de noodlottige omstandigheden en den vernietingswil van onze vijanden in deze tijden zulks noodzakelijk maken.

Ik heb als Rijkscommissaris de Rijksbelangen in de onder Duitsche bescherming staande Nederlandsche gebieden te handhaven en zal ze ook handhaven. Het Nederlandsche Volk zal in vervulling der opgaven, die ontstaan zijn door het gemeenschappelijke lot, zijn land en zijne vrijheid voor de toekomst kunnen verzekeren.

Den Haag, den 29 Mei 1940

gez. Seyß-Inquart.

Niederländische Kriegsgefangene 1940



Seyss-Inquart vor der Parade niederländischer Arbeitdienstler

Studenten als Zwangsarbeiter

Studenten müssen eine Loyalitätserklärung gegenüber der Besatzungsmacht abgeben. Falls sie das nicht machen, werden sie zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt.

Kollaboration

Es melden sich bis zu 25.000 Mann niederländischer Freiwilliger für den Militärdienst bei der Wehrmacht. Ziel dieser Freiwilligen ist vor allem der Kampf gegen den Bolschewismus.

Widerstand und Razzien

Immer mehr arbeitsfähige Niederländer verweigern, eine Arbeit in Deutschland anzunehmen. Es kommt zu umfangreichen Streiks. Die deutschen Behörden führen die „Durchkämmung" von Betrieben und Razzien durch. So werden im November 1944 50.000 Männer bei einer Razzie in Rotterdam verhaftet und deportiert.

Geiselnahme gegen Widerstand

Mit der Kriegsentwicklung und dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften werden 1942 die niederländischen Offiziere festgenommen und in ein Offizierslager verbracht. Sie werden aber vorerst nicht als Kriegsgefangene betrachtet, sondern als Geiseln behandelt, um den Widerstand gegen das Regime zu brechen.

NED. BINNENLANDSCHE STRIJDKRACHTEN
Interior military forces of the Netherlands

Bij deze wordt verklaard dat
This is to certify that

11070

Naam
Surname

Voornaam
Christian name

Persoonbewijs No.
Identity-card

Adres
Address

Behoort tot
Belongs to

Onderdeel
Armyunit

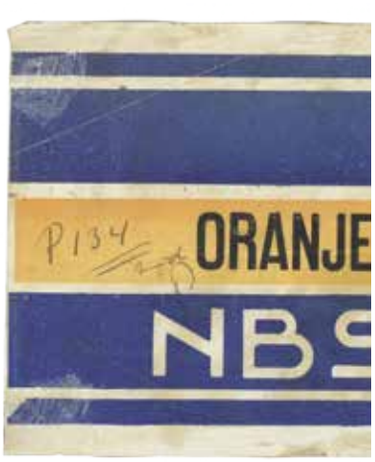
Functie- Rang
Function- Grade

De Gewestelijke Cdt. v. d. Onderland (G.O.D.)
The Regional Commander „Onderland" (G.O.D.)

Op last
By Order

Datum van afgifte
Date of issue

1944



Armband und Ausweis der niederländischen Widerstandsbewegung. Der Name NBS ist die Abkürzung für Interne Militärische Streitkräfte der Niederlande. Sie werden von der niederländischen Exilregierung in London befehligt.
(Quelle: https://proxy.europeana.eu/90402

Zerstörung des Einwohnermeldeamtes in Amsterdam

Soldaten als Zivilarbeiter

Es werden ab 1943 auch die ehemaligen und entlassenen niederländischen Soldaten in Kriegsgefangenenlager im Deutschen Reich deportiert und zur Zwangsarbeit verpflichtet. Niederländer und Juden, die vor dem Arbeitseinsatz untertauchen, werden von einem Teil der Bevölkerung und niederländischen Partisanen versteckt. Mehrere Streiks setzen die Besatzungsorgane unter Druck. Eine Widerstandsgruppe vernichtet bei einem Angriff auf das Einwohnermeldeamt Amsterdam 800.000 Einwohnerkarten. Dies erschwert die Rekrutierung von Zwangsarbeitern.

Rekrutierung

Der Reichskommissar für die Niederlande verschärft die Rekrutierungsmaßnahmen für Zivilarbeiter ab Februar 1941 bis Herbst 1944. Die Zahl der im Deutschen Reich arbeitenden Niederländer beträgt im Gesamtzeitraum des Zweiten Weltkriegs 475.000 Personen.

Wirtschaftliche Kooperation

Die einheimischen Unternehmer verlieren ihre Import- und Exportmärkte. Die Verbindungen zu den Kolonien sind unterbrochen. Die niederländische Industrie stellt sich daher bald auf die deutsche Kriegswirtschaft ein. 1944 produziert bereits die Hälfte der niederländischen Industriekapazität für Deutschland.

Belgien (Militärverwaltung)

Belgische Arbeitskräfte werden bereits im Ersten Weltkrieg auf Druck der deutschen Rüstungswirtschaft zur Arbeit nach Deutschland deportiert.

Nach der Kapitulation der belgischen Armee am 28.Mai 1940 werden die belgischen Kriegsgefangenen in Flamen und Wallonen unterteilt. Die Flamen als „germanisches Brudervolk“ werden dann bis zum 31.März 1941 aus der deutschen Kriegsgefangenschaft entlassen. Die Kohlengruben, die Hütten- und Stahlwerke bringen dem Deutschen Reich für die Kriegswirtschaft benötigte Rohstoffe.

Kollaborationsorganisationen

Die Besatzung stützt sich auf Rex et Duits-Vlaamse Arbeidsgemeenschap (DeVlag), die von militanten Katholiken gegründet wurde. Sie lehnen eine Demokratie ab und träumen von einem neu errichteten Belgien innerhalb eines deutschen Europas. Die Partei DeVlag basiert auf den Ideen des internationalen Faschismus. Sie strebt Dietsland an; ein Staat der aus Flandern und Niederlande besteht.

Freiwillige Meldungen von Arbeitswilligen

Die Besatzungsmacht kann sich auf ein bereits 1935 gegründetes zentrales Nationale Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenamt stützen. Die Arbeitsverwaltungen in Belgien (Office National du Travail) setzen vorerst vorwiegend auf freiwillige Meldungen von Arbeitswilligen. Es wird im Juni 1940 mit den belgischen Behörden eine Übereinkunft getroffen, dass Belgier nicht zum Arbeitseinsatz in Deutschland gezwungen werden. Freiwillige sollen auch nicht in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden. Bis zum Frühjahr 1941 verpflichten sich rund 190.000 Belgier freiwillig zur Arbeit in Deutschland. Daran hält sich die deutsche Verwaltung aber nur bis 1942.

Streik

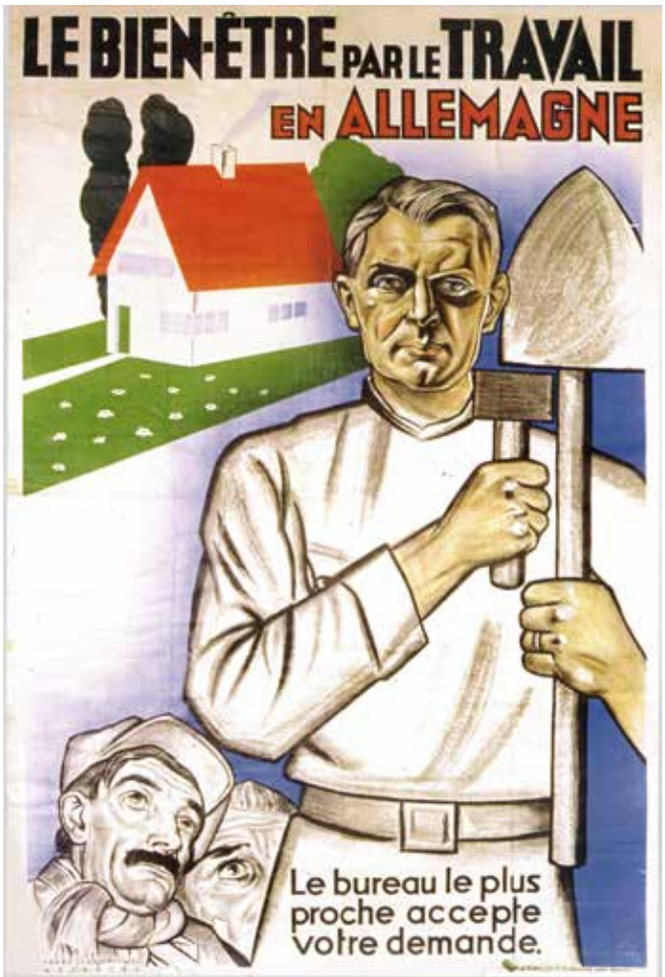
Durch die deutschen Besatzer werden die Gewerkschaften durch die „Union de Travaiileurs menuels et intellectuels (UTMI)“ ersetzt. Im Mai 1941 wird von der verbotenen Gewerkschaft der Berg- und Metallarbeiter ein Streik ausgerufen, der gegen die Lohnbedingungen kämpft.

Arbeitspflicht ab 1942

1942 wird die Arbeitspflicht eingeführt. Jeder Mann zwischen 18 und 50 Jahren und jede unverheiratete Frau zwischen 21 (später 18) und 35 Jahren kann nun zur Arbeit in Deutschland zwangsverpflichtet werden. Ab März 1943 wird die Entsendung der belgischen Frauen untersagt. Später werden ganze Geburtsjahrgänge dienstverpflichtet. Die Zahl der im Deutschen Reich arbeitenden Belgier beträgt im Gesamtzeitraum des Zweiten Weltkriegs rund 375.000 Personen.

Einrichtung von Zivilfahndern

Die Militärverwaltung versucht Ende 1943 mit der Einrichtung von Zivilfahndern, eine Art Hilfspolizei, der ständig steigenden Zahl an Verweigerern, die Zwangsarbeit in Deutschland anzunehmen, entgegen zu treten. Sie stützt sich dabei auf die Kollaborationsorganisationen.



Werbeplakat für den Arbeitseinsatz„Wohlergehen durch die Arbeit in Deutschland“, „Das nächstgelegene Arbeitsamt nimmt ihre Anfrage entgegen.“ (Quelle: CEGES-Soma)

Die Fahne der Rex, eine belgische, katholisch faschistische Bewegung. (Quelle: Wikimedia)

Anwerbestelle für Arbeit in Deutschland
(Quelle: www.belgiumwwii.be/de/belgien-im-krieg/artikel/office-national-du-travail.html)

Werbeplakat des Reichsarbeitsamtes für Arbeit in Deutschland
(www.belgiumwwii.be/de/belgien-im-krieg/artikel/office-national-du-travail.html)

Anwerbung von belgischen Arbeitskräften
(Quelle: www.belgiumwwii.be/de/belgien-im-krieg/ereignisse/1942-10-06-zwangsarbeit.html)

Treffen der faschistischen Duits Vlaamse Arbeidsgemeenschap (Deutsch-Flämische Arbeitsgemeinschaft)

Werbeaktion für Arbeit „Leben ist Arbeit - Arbeit ist Glück“
(Quelle: www.belgiumwwii.be/de/belgien-im-krieg/artikel/office-national-du-travail.html)

Frankreich

Nach der Besetzung Frankreichs durch die Deutsche Wehrmacht im Juni 1940 fallen rund 1,8 Millionen französische Kriegsgefangene in deutsche Hände.

An Besatzungskosten werden Frankreich ab November 1942 20 bzw. 25 Millionen Reichsmark täglich verrechnet. Dieser Beitrag wird zum wichtigsten Teil der Kriegsfinanzierung für Deutschland. Das Privateigentum an Produktionsmitteln mit Ausnahme der Arisierungen bleibt zum größten Teil in den Händen der französischen Eigentümer. Es kommt zur Bewirtschaftung der Betriebe und die nicht kriegsnotwendige Produktion wird eingestellt.

Französischer Mechaniker bei Siemens in Berlin 1943. (Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-S68015 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5369433)

Rekrutierung von Zivilarbeitern

Vorerst wird nach dem Sieg über Frankreich ein Teil der französischen Kriegsgefangenen wieder in ihre Heimatländer zurückgeführt, da die Zahl der Kriegsgefangenen die Beschäftigungskapazitäten überfordert. Erst nach dem Ansteigen des Bedarfs an Arbeitskräften in Deutschland wird mit dem Vichy Regime die Rekrutierung von Arbeitskräften vereinbart. Die Formen des Zwangs für die Arbeitskräfte sind unterschiedlich. Für manche ist Zivilarbeit die bessere Wahl als zum Reichseinsatz eingezogen zu werden. Trotzdem kann durch Kasernierung in Lagern und Bewachung kaum mehr von einem normalen Arbeitsverhältnis gesprochen werden.

Einsatz in Frankreich

Im besetzten Frankreich werden sehr schnell zahlreiche Männer gewaltsam zur Organisation Todt verpflichtet und in Nordfrankreich eingesetzt. Vorwiegend setzt die deutsche Besatzungsmacht aber auf freiwillige Meldungen. Im Frühjahr 1942 sind rund 845.000 Franzosen innerhalb Frankreichs für die Organisation Todt, die Wehrmacht und die Rüstungsindustrie tätig.

Einführung der Dienstpflicht 1942

Zu diesem Zeitpunkt ändert sich gegenüber Frankreich die deutsche Arbeitspolitik grundlegend. Im September 1942 wird die allgemeine Dienstpflicht „Service du travail obligatoire“ (STO) für Männer und Frauen eingeführt. Durch die Verpflichtung von vollen Jahrgängen werden die benötigten Arbeiter nach Deutschland vermittelt. Allein im Rahmen vereinbarter tatsächlicher und scheinbarer Austausche von Kriegsgefangenen gegen zivile Arbeitskräfte kommen auf diese Weise bis 1943 mindestens 390.000 französische Zivilarbeiter, darunter zahlreiche Facharbeiter, ins Reich. Die Zahl der Kriegsgefangenen verringert sich vor allem durch Überführung in den Zivilstatus und Sterbefälle. Die Zahl der französischen Zivilarbeiter beträgt während des Krieges insgesamt etwas über 1 Million Menschen.

Status der westeuropäischen Arbeiter

Der Status der westeuropäischen Arbeiter in Deutschland unterscheidet sich von dem der Ostarbeiter, den Polen und Tschechen. Sie haben bessere Unterkünfte, Verpflegung und Bezahlung. Die Beschränkungen beim Kontakt mit der deutschen Bevölkerung sind gering. Die Ursachen sind in der nationalsozialistischen Rassenideologie zu suchen. Danach erhalten die Angehörigen dieser Völker einen höheren Rang im „Rasssensystem“ der Nationalsozialisten. Der Zwangscharakter der Arbeit wird damit aber nicht aufgehoben. Mit Fortdauer des Krieges werden die Zwangsmaßnahmen auch gegenüber den westeuropäischen Arbeitern verstärkt.

Werbeplakat für Deutschland: „Sie geben ihr Blut, geben sie ihre Arbeit, um Europa vom Bolschewismus zu retten."
(Quelle: https://bibliotheques-specialisees.paris.fr/ark:/73873/pf0002142241)

Beutezug

Die Dienststellen der Wehrmacht ziehen durch ganz Frankreich, um vor allem Rohstoffe zu requirieren. Nach Deutschland werden nach einem Abschlussbericht der deutschen Militärverwaltung unter anderem rund 317.000 Tonnen Kupfer, 82.000 Tonnen Blei, 49.000 Tonnen Messing , 810 kg Platin und 12.000 kg Gold geliefert. An Maschinen werden bis zum Jänner 1941 10237 Werkzeugmaschinen und 2839 Elektromotoren abtransportiert. Auch bei den Konsumgütern wie Rum, Cognac, Champagner werden die Lager ausgeräumt. Die verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen und Regierungsbehörden bedienen sich an den Kulturgütern Frankreichs.

Anwerbestelle in Frankreich für Arbeit in Deutschland im Feber 1943 (Quelle: Bundesarchiv Bild 183-2002-0225-500)

Großbritannien

Nach dem Scheitern des britischen Expeditionskorps in Frankreich werden rund 168.000 britische Kriegsgefangene in den Lagern des Deutschen Reiches festgesetzt. Die britischen Gefangenen werden als selbstbewußte Gefangene wahrgenommen. Ihr gutes Erscheinungsbild und das Verteilen von Nahrungsmittel am Arbeitsplatz wird als eine Gefahr für das deutsche „Volkstum“ angesehen. Ihre Arbeitsleistung betrage nur für 25% eines deutschen Arbeiters.

Der Versuch im Jahre 1943, englische Freiwillige für eine Kampftruppe gegen den Bolschewismus aufzustellen, scheitert.

Im Allgemeinen werden die britischen Kriegsgefangenen besser behandelt als alle anderen Gruppen. Da die Deutschen die Westalliierten entsprechend der Genfer Konvention behandeln, haben die britischen Kriegsgefangenen Anrecht auf Lebensmittelpakete des Roten Kreuzes, Briefverkehr mit ihren Angehörigen und Besuche von Rotkreuz-Vertretern. Die Lebensmittelpakete ermöglichen eine relativ gute Versorgung und Ernährung der britischen Kriegsgefangenen.

US-Amerika

Die ersten Kriegsgefangenen aus den USA kommen zu Beginn des Jahres 1943 in deutsche Gefangenenlager. Bis zu Kriegsende werden rund 62.000 Gefangene aus den USA in Lagern festgesetzt. Ihre „konventionsgerechte“ Behandlung und die Versorgung mit Rot-Kreuz Paketen ermöglicht ihnen eine gegenüber anderen Kriegsgefangenen privilegiertes Leben.

Luxemburg (Zivilverwaltung)

Luxemburg wird nach der Besetzung am 10.Mai 1945 als Teil von Deutschland angesehen. Deutsch wird als Amtssprache eingeführt. Die nichtdeutschen Vornamen müssen durch deutsche ersetzt werden. Die Reichsmark wird das Zahlungsmittel. Die luxemburgische Staatsverwaltung bleibt bestehen, es werden aber zumeist deutsche Beamte in leitenden Positionen eingesetzt.

Dänemark

Nach der Besetzung am 9.April 1940 durch die Deutsche Wehrmacht wird von der dänischen Regierung auf eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland gesetzt. Erst am 29.August 1943 wird die Regierung aufgelöst und die deutsche Militärbehörden übernehmen offiziell die Macht. Das dänische Militär wird entwaffnet.

Dänische Unternehmen

Dänische Firmen vor allem in der Bauindustrie führen Arbeiten für Deutschland durch. Sie beschäftigen dafür auch von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellte ZwangsarbeiterInnen. Weiters produzieren dänische Unternehmen Waren für die Eisen- und Stahlindustrie, die von Interesse für Deutschland sind. Es besteht der deutsche Plan, dass die dänische Landwirtschaft 10% des deutschen Bedarfs an Fleisch, Butter und Zucker liefert.

Mitglied der Dänischen Nationalsozialistischen Jugend (DNSAP) Juni 1941

Dänische Arbeiterin in einem deutschen Reichsbetrieb. Durch eine mit einem „D“ gezeichnete Armbinde werden sie als Däninnen kenntlich gemacht. Sommer 1941 (Quelle: Bundesarchiv)

Vereinbarung über Leiharbeit

Es wird eine Vereinbarung über dänische Leiharbeiter getroffen. In Deutschland arbeiten rund 80.000 Dänen, die als „Germanen“ mit den gleichen Arbeitsbedingungen der Deutschen rechnen können.

Polen

In den deutsch-polnischen Beziehungen hat der Einsatz polnischer Saisonarbeiter in der Landwirtschaft bereits traditionell eine Bedeutung. Seit 1936 gibt es jährliche Verhandlungen mit der polnischen Regierung über Arbeitskräftekontingente für Deutschland. Der Umfang nimmt von Jahr zu Jahr sprunghaft zu. Als die polnische Regierung wegen der wachsenden Spannungen in den Beziehungen zum Deutschen Reich 1939 das zugesagte Kontingent von 90.000 Arbeitern zurückhält, werden polnische Staatsangehörige auch ohne Papiere ins Reich gelassen und von eigens für sie in Grenznähe eingerichteten Arbeitsamtsstellen registriert.

Nach der Besetzung Polens durch die Deutsche Wehrmacht wird das Land in die Gebiete Oberschlesien, Wartheland, Danzig-Westpreußen und Generalgouvernement aufgeteilt. Nach deutschen Vorstellungen hat der Staat Polen zu existieren aufgehört. Der Großteil der Kriegsgefangenen erhält den Status von Zivilarbeitern. Sie kommen vom STALAG in Ostarbeiterlager in die Zuständigkeit der GESTAPO.

Oberschlesien

Die Bevölkerung in Oberschlesien wird durch die Einführung der Deutschen Volksliste (DVL) in vier Volksgruppen und in die Gruppe der Nicht-Eingetragenen eingeteilt. Wegen fehlender Arbeitskräfte werden auch Juden und „Ostarbeiter“ in Oberschlesien beschäftigt. Die Ostarbeiter und Juden arbeiten unter schlechteren Arbeitsbedingungen. Die Ostarbeiter stammen zumeist aus der Ukraine und Weißrussland. Auch der Einsatz von sowjetischen und später italienischen Soldaten wird gefördert. Im Jänner 1944 beträgt der Anteil ausländischer Arbeitskräfte über 50%.

Warthegau (Posen)

Zur Germanisierung des Warthgaus wird die Bevölkerung einer Rassenmusterung unterzogen. Juden werden in das Generalgouvernement deportiert. Auch die polnische Elite wird ohne rassische Auslese deportiert. Dagegen sollen rassisch und politisch tragbare Landarbeiter nicht in das Generalgouvernement versetzt werden. Der Warthegau wird als Muster einer Volkstumspolitik der Nationalsozialisten angesehen. Er soll zur Kornkammer Deutschlands werden.

Generalgouvernement

Die Bevölkerung des Generalgouvernements soll als führerloses Arbeitsvolk den Deutschen zur Verfügung stehen und die Wanderarbeiter stellen, die Deutschland benötigt. Es wird als Sammelbecken für Polen und Juden angesehen. Für die dort lebenden Juden wird der Arbeitszwang eingeführt. Für die Polen besteht Arbeitspflicht. Ab Jänner 1940 wird das Anwerbemodell umgestellt und den polnischen Behörden werden Quoten für die Anwerbung von Arbeitskräften vorgegeben. 1942 arbeiten bereits rund eine Million Polen im Deutschen Reich. Im Gesamtzeitraum 1939 bis 1945 werden insgesamt rund 1,6 Millionen polnische Zivilisten und 300.000 polnische Kriegsgefangene in Deutschland zur Zwangsarbeit verpflichtet.

In den Arbeitsämtern erfolgt eine rassische Beurteilung, ob die Person zum Einsatz in der Landwirtschaft geeignet und „wiedereindeutschungsfähig“ ist. Die Kinder von Zwangsarbeiterinnen werden in Kindersammelstellen gebracht. Sie verwahrlosen dort und leiden an Unterernährung. Im Generalgouvernement befinden sich 1942 21 Arbeitsämter mit 86 Nebenstellen.

Änderung der Produktionspolitik

Die anfängliche Vernachlässigung der Produktion in den polnischen Gebieten ändert sich ab Ende 1939. Es wird nun der Aufbau einer Rüstungsindustrie forciert und die Landwirtschaft produziert für das Deutsche Reich. Außerdem wird die Infrastruktur für den Aufmarsch in die Sowjetunion aufgerüstet.

Vertreibung der Polen aus dem Wartheland 1939
(Quelle: Bundesarchiv, R 49 Bild-0131 / Wilhelm Holtfreter / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5372093)

Deutsches Propagandaplakat: „Gehen wir zur Landwirtschaft nach Deutschland! Melden Sie sich sofort bei Ihrem Dorfvorsteher“

Deutsches Propagandaplakat: „Jede ins Reich - Polnische Frauen und Mädchen unterwegs zur Arbeit in das Reich. Ihre freudige Erwartung wird nicht enttäuscht werden“

Werksausweis des 16-jährigen polnischen Zwangsarbeiters bei Kienzle Uhren, Benon Tuszyński. (Quelle: German Government - Family archive, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=10433270)

Verordnung des Reichsstatthalters von Posen über die Errichtung einer deutschen Volksliste vom 28.10.1939.

---

1. Über die ehemals polnischen Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit, die am 1.9.1939 ihren Wohnsitz im Gebiet des Warthegaues hatten, wird eine Volksliste geführt.

2. Wer in der deutschen Volksliste geführt wird, ist Deutscher.

3. Der Besitz einer Bescheinigung über die Volkszugehörigkeit, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung erteilt worden ist, begründet keinen Anspruch auf Aufnahme in die deutsche Volksliste. Bisher ausgestellte Bescheinigungen sind jedoch bei Stellung eines Antrages auf Aufnahme in die deutsche Volksliste vorzulegen.

4. Die Anträge sind bei den Zweigstellen der Zentralstelle "Deutsche Volksliste" zu stellen.

5. Die Zentralstelle "Deutsche Volksliste" wird bei der Behörde des Reichsstatthalters in Posen gebildet.

6. Über den Aufbau und das Verfahren der Zentralstelle "Deutsche Volksliste" und ihrer Zweigstellen ergehen Durchführungsbestimmungen.

gez. G r e i s e r .

Gründungsdokument der Deutschen Volksliste (DVL)
(Quelle: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Gr%C3%BCndungsdokument_DVL.jpg&filetimestamp=20070216202902&)

Deutsche Volkstumspolitik

Die Volkstumspolitik der Nationalsozialisten wird in zwei Perioden eingeteilt. Die erste Periode von 1939-1941 sieht die Aussiedelung der gesamten polnischen Bevölkerung aus den eingegliederten Gebieten vor. Die „rassisch wertvolle“ Bevölkerung kann in diesen Gebieten aber verbleiben. In der Periode ab 1941 wird aus Arbeitskräftemangel die Einbeziehung größerer Bevölkerungsteile als sinnvoll erachtet, um die Produktion aufrecht zu erhalten und zu steigern. So wird 1941 eine Deutsche Volksliste (DVL) erlassen. Darin werden nun Bevölkerungsgruppen aufgezählt, die die Fähigkeit haben, sich in die deutsche „Volksgemeinschaft“ einzugliedern.

Die DVL teilt die die Bevölkerung nach vier Volksgruppen ein:

Gruppe 1: besteht aus politisch aktiven Volksdeutschen

Gruppe 2: enthält die politisch passiven Volksdeutschen

Gruppe 3: umfasst Polen deutscher Abstammung

Gruppe 4: besteht aus assimilierten Deutschstämmigen. Polnische Beschäftigte der Gruppe 4 haben schlechtere Arbeitsbedingungen. Sie erhalten keine Entgeltfortzahlung bei Krankheit, keine Kinder- und Familienzulagen: Sie erhalten nur 6 bis 8 Kalendertage als Urlaub.

Gruppe der nicht Eingetragenen: Die nicht in der DVL eingetragenen Arbeiter haben noch schlechtere Arbeitsbedingungen. Ihr Gehalt ist bis zu 50% niedriger und sie zahlen eine „Polenabgabe“ und Sozialausgleichsabgabe. Daneben erhalten sie auch weniger Nahrungsmittelzuteilungen. Die Mangelernährung führt zu Produktivitätsverlusten und beeinträchtigt die Kohleproduktion. Die Deutsche Verwaltung sieht das Problem in der mangelnden Arbeitsdisziplin. Das Fernbleiben von einer geregelten Arbeit wird mit dem Entzug der Lebensmittel- und Bekleidungsmarken geahndet. Fernbleiben von der Arbeit gilt ab 1943 als politisches Verbrechen. Die außergerichtlichen Strafverfahren der Gestapo beinhalten Belehrung, Warnung, Kurzarrest, schweres Gefängnis bis zur Arbeits- und Konzentrationslagerhaft.

An die polnische Bevölkerung!

Viele Zehntausende von Landarbeitern und mit Landarbeit vertraute Arbeitskräfte können im Deutschen Reich im freien Beschäftigungsverhältnis zu günstigen Bedingungen Arbeit finden. Bereits vor dem Kriege wurden alljährlich Hunderttausende von polnischen Landarbeitern in der deutschen Landwirtschaft beschäftigt.

Ich rufe daher alle arbeitsfähigen Personen, die mit Landarbeit vertraut sind, auf, sich zum Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft in Deutschland zu melden. Alle arbeitsfähigen Personen, die von den Arbeitsämtern Unterstützung beziehen oder in öffentliche Fürsorge stehen, haben die **Verpflichtung** sich zu melden.

Es kommen in erster Linie Männer und Frauen zwischen dem 16. und 50. Lebensjahr in Frage. Kleinbauern, die genügend Hilfskräfte zur ausreichenden Weiterführung und Bewirtschaftung ihres Hofes haben, können sich ebenfalls für einen vorübergehenden Einsatz melden. Die Landarbeiter haben die **Möglichkeit,** von ihren **Lohnersparnissen** so viel zu überweisen, dass der Lebensunterhalt der zurückbleibenden Familienangehörigen gesichert ist. Die angeworbenen Arbeitskräfte werden kostenlos durch Sonderzüge ins Deutsche Reich befördert. Für gute Unterbringung und Verpflegung auf deutschen Bauernhöfen ist gesorgt. Familienangehörige werden möglichst gemeinsam untergebracht werden.

Meldungen müssen bei den Arbeitsämtern des Generalgouvernements und deren Nebenstellen **sofort** erfolgen.

Krakau, den 25. Januar 1940.

Der Generalgouverneur

gez. **Dr. Frank**

Serbien (Militärverwaltung)

Infolge des deutschen Balkanfeldzuges und nach der Kapitulation am 30.April 1941 wird das Königreich Jugoslawien in drei Staaten (Kroatien, Serbien, Montenegro) geteilt. Nach der Eroberung zieht sich die deutsche Militärverwaltung auf wenige Gebiete zurück und dehnt die Verwaltungsgebiete der bulgarischen, italienischen, ungarischen und kroatischen Kollaborateure aus, um weniger eigene Militärkräfte zu binden. Zur Unterstützung der deutschen Militärverwaltung wird eine serbische Kollaborationsverwaltung installiert. Die operative Verwaltung wird fast zur Gänze von der serbischen Bevölkerung übernommen.

Arbeitskräfte in Serbien

Für den Wiederaufbau nach den Kriegshandlungen werden Kriegsgefangene, Roma und Juden herangezogen. Serbische Kriegsgefangene werden nach Deutschland deportiert. Die Arbeitspflicht besteht für Männer von 14 bis 60 Jahren und für Frauen von 16 bis 40 Jahren. Die Arbeitszeit beträgt 17 bis 18 Stunden pro Tag. Arbeitsämter gibt es nur in größeren Städten.

Der Druck der Partisanen, die schlechtere Ernährungslage in Deutschland und Luftangriffe reduzieren die Annahme von Arbeit in Deutschland. Es wird daher ein abgestuftes System von Pflichtarbeit installiert. Dem serbischen Innenminister wird die Zahl der Pflichtarbeiter von der deutschen Militärverwaltung vorgegeben, die erfüllt werden muss.

Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Kupfer

Die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Metallerzen, insbesondere Kupfer (Bergwerk Bor in Serbien ist das einzige Kupferbergwerk im deutschen Machtbereich), ist für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung. Es gibt Filialbetriebe der Kruppwerke und Reichswerke Hermann Göring in Serbien. Im Kupferbergwerk in Bor werden ab 1943 ungarische Juden und italienische Militärinternierte beschäftigt.

Juden werden für die Zwangsarbeit registriert. In Belgrad gibt es zwischen 3.500 und 4.000 jüdische Arbeitskräfte.

Anwerbung von Arbeitskräften

Ab Mai 1941 kommt es zur Anwerbung von serbischen Arbeitskräften zum Arbeitsdienst in Deutschland. Die Arbeitsbedingungen werden gepriesen: 48 Stunden Woche, 100 Dinar Tageslohn, bis 50% Überstundenzuschlag, acht Tage Urlaub und so weiter. Daneben werden die Möglichkeiten zu Weiterbildung, Freizeitgestaltung und Geldtransfer aufgezeigt. Die Motive zur Annahme des Arbeitsdienstes in Deutschland sind vor allem die intensive, positive Presse, Vermeidung der Pflichtarbeit im Bergbau und die Rekrutierung durch Partisanen oder Tschetnik. So können bis August 1941 über 22.000 und bis Dezember 1941 34.000 Personen angeworben werden. Insgesamt kommen rund 63.000 Personen zur Arbeit nach Deutschland. Die Werbeaktionen werden dann gestoppt, da die Arbeitskräfte für den Bergbau und die kriegswichtige Industrie in Serbien gebraucht werden.

Ansuchen um ungarische Juden

1943 stellt Deutschland an Ungarn das Ersuchen, jüdische Arbeitsdienstler in die Kupfermine von Bor zu senden. Es kommen bis 1944 rund 6.000 jüdische Arbeitsdienstler aus Ungarn nach Serbien. Dafür erhält Ungarn Kupfer.

Da sie keine Freiwilligen finden, rekrutieren die Deutschen zwangsweise Arbeitskräfte. Eine Methode sind Straßenrundungen d.h der Aufgriff von Personen auf der Straße.

Kroatien (NDH Staat)

Die Arbeitsmigration aus Jugoslawien reicht bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück. 1928 schließt das Königreich Jugoslawien ein bilaterales Arbeitsabkommen mit Deutschland ab. Ab 1936 werden ausländische Arbeitskräfte aus dem Königreich Jugoslawien für die Rüstungswirtschaft des Deutschen Reiches beschäftigt. Im März 1941 arbeiten rund 45.000 Personen aus Jugoslawien im Deutschen Reich. Die Gefahr eines Putsches, der den deutschen Einfluss und die Lieferung von Rohstoffen und Arbeitskräften gefährdet hätte, führt 1941 zur Besetzung und Zerschlagung von Jugoslawien und Aufteilung Jugoslawiens zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien. Der „Unabhängige Staat Kroatien" (Nezavisna Država Hrvatska -NDH) wird gegründet. Kroaten werden als Angehörige eines verbündeten Staates als FremdarbeiterInnen behandelt. Serbische Kriegsgefangen dagegen werden den OstarbeiterInnen gleichgestellt.

Kroatisches Propagandaplakat: „An die Arbeit! Verstärken wir die Arbeit, um den Krieg zu verkürzen!"

Rekrutierung von Arbeitskräften

Im Mai 1941 schließt die Regierung ein Abkommen mit Deutschland über die Entsendung von Arbeitskräften ab. Deutschland wird ermächtigt, kroatische Arbeitskräfte anzuwerben. Dabei müssen sich die Arbeitskräfte den deutschen Arbeitsbehörden unterordnen. Sie werden zwar den deutschen Beschäftigten gleichgestellt, können aber nicht der DAF (Deutsche Arbeitsfront) beitreten und an deren Begünstigungen teilhaben. Von April 1941 bis Mitte 1942 werden von der deutschen Wehrmacht mit Hilfe des NHD Staates Arbeitskräfte nach Deutschland rekrutiert. 1941 kann die Rekrutierungsplanzahl von 54.500 Personen übertroffen werden, die aber im gleichen Jahr auf eine Quote von 100.000 erhöht wird.

Errichtung von Konzentrationslagern

1941 werden auch Konzentrationslager für Zwangsarbeit errichtet. Das größte für den südosteuropäischen Raum befindet sich in Jasenovac. Diese Lager dienen auch als Sammellager und Rekrutierung von Arbeitskräften für den Arbeitseinsatz in Deutschland.

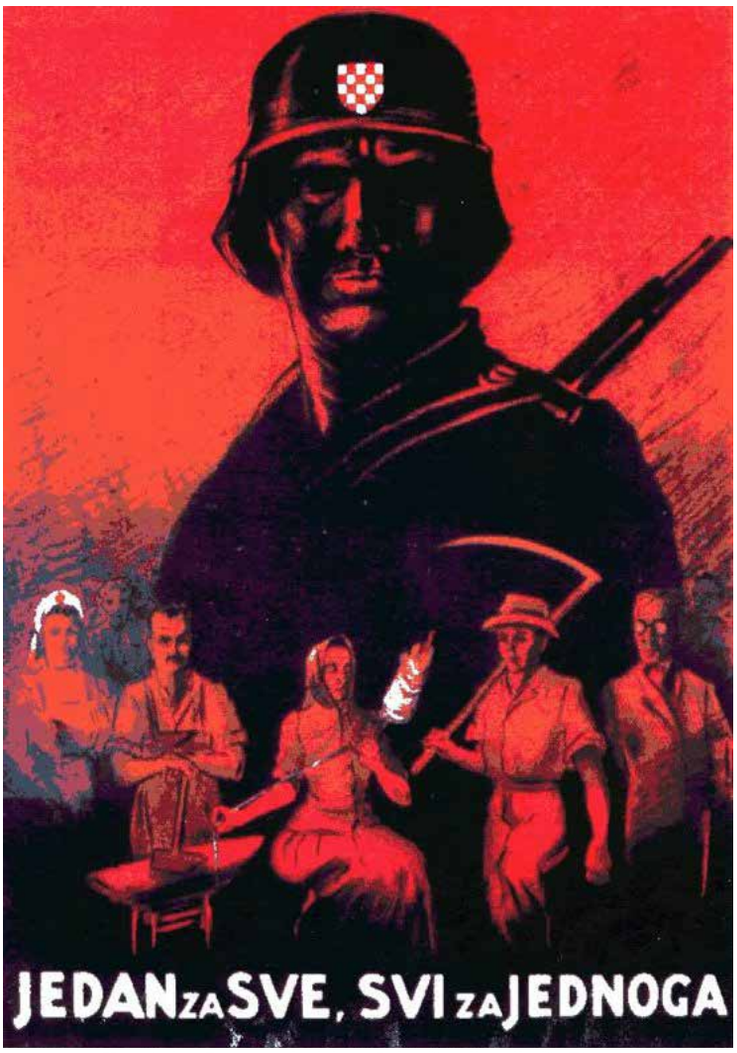
Reduziertes Interesse an Arbeitsaufnahme

In der Folge braucht Kroatien aber für seine Landwirtschaft, Industrie und Armee selbst Arbeitskräfte. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Freiwilligen in Deutschland wie Heimkehrverbote und Leben in einem Lager führen zu geringem Interesse der kroatischen Bevölkerung und zu einer Reduzierung der Freiwilligen. Arbeitskräfte-Razzien durch Ustascha Milizen und deutsche Behörden richten sich vor allem gegen die serbische Bevölkerung. Die serbische ZwangsarbeiterInnen kommen vor allem in das Gebiet der Ostmark. Diese Auskämmaktionen dienen vor allem dazu, Arbeitskräfte zu beschaffen und nicht wie vorgeschoben wird, „Bandenbekämpfung" durchzuführen. Wegen Straftaten verurteilte Kroaten werden in Lager nach Deutschland zur Verbüßung ihrer Haftstrafen gebracht.

(Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1994-040-14A / Hoffmann, Heinrich / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5419651)

Fehlende Arbeitskräfte führen zu wirtschaftlichem Niedergang

Ab 1943 werden Arbeitskräfte in den Konzentrationslagern angeworben. Des weiteren verhaftet die SS Menschen und deportiert sie nach Deutschland. Dieser Abfluss an Arbeitskräften führt zu einem wirtschaftlichen Niedergang in Kroatien. Noch bis knapp vor Kriegsende 1945 werden Personen in Wien zum Arbeitseinsatz verpflichtet. Insgesamt beträgt die Zahl der ins Deutsche Reich gebrachten Arbeitskräfte rund 270.000 kroatische ZivilarbeiterInnen.



Kroatisches Propagandaplakat: „Jeder für Alle, Alle für Einen“

Kroatisches Progandaplakat: „Finger weg von Kroatien“

Plakate des kroatischen Staates zur Gewinnung von Arbeitkräfte: „Nur in der Arbeit liegen Glück und Wohlbefinden der Menschen“

„Die Pflicht von uns allen ist es, alle unsere Kräfte auf die Arbeit zu konzentrieren und dass dies einem unabhängigen kroatischen Staat dient.“

Griechenland (Militärverwaltung)

Griechenland wird im April 1941 von der Deutschen Armee angegriffen und unter Mithilfe von Bulgarien und Italien besetzt. Der Großteil der griechischen Kriegsgefangenen wird entlassen. Es wird eine Kollaborationsregierung unter Tsolakoglou installiert.

Deutsche Aneignung der Rohstoffproduktion

Nach der Machtübernahme sichern sich deutsche Firmen wie Krupp und IG-Farben die vorhandenen Rohstoffe aus griechischen Minen wie Eisenerz, Chrom, Nickel, Magnesit, Bauxit, Gold und andere. Sie schließen langfristige Verträge zu günstigen Bedingungen mit den Minenbesitzern ab oder übernehmen Firmenanteile. Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des Oberkommandos der Wehrmacht übernimmt die Schiffswerft Vasileiades, Elektrizitätsfirmen, Textilfabriken in ihre Verwaltung.

Besatzungskosten

Nach der Besetzung werden von den Wehrmachtssoldaten Nahrungsmittel requiriert und Geschäfte geplündert. Zur leichteren Versorgung der Soldaten der Achsenmächte in Griechenland werden dann der Kollaborationsregierung Besatzungskosten verrechnet. Zur Finanzierung dieser Kosten wird von der Regierung die Banknotenpresse in Gang gesetzt. Dies führt in kurzer Frist zu einer Hyperinflation. Das Tauschgeschäft ersetzt die Bezahlung mit Geld.

Hungerwinter 1941/42

Die Ausbeutung Griechenlands durch die Besatzer führt zu einer Hungersnot im Winter 1941 und 1942. Lebensmittel werden für den Bedarf der Wehrmacht abgezogen. Die Finanzierung der Besatzung erfordert 90% des Volkseinkommens. Die Währung unterliegt einer hohen Inflation. Lebensmittel sind für die Masse der Bevölkerung nicht mehr erschwinglich und nur über den Schwarzmarkt erhältlich. Es kommt zur großen Hungerkatastrophe. Hunderttausend sterben an Unterernährung. Es formiert sich eine griechische Widerstandsarmee.

Unterernährte Kinder in Athen 1941 in der Obhut des Roten Kreuzes (aus Inside Hitler's Greece Seite 45)

Zwangsanleihe

Neben den Besatzungskosten muss Griechenland auch Rohstoffe und Lebensmittel nach Deutschland liefern, die aber von Deutschland nicht bezahlt werden. Diese Forderungen Griechenlands an Deutschland werden in eine Anleihe umgewandelt, die erst nach Kriegsende bezahlt werden soll. Mit Kriegsende 1945 beträgt der Wert dieser Anleihe 476 Millionen Reichsmark.

Nationale Befreiungsfront (EAM)

Im September 1941 wird die Nationale Befreiungsfront (EAM) gegründet, der bei Abzug der deutschen Besatzung rund 22% der Bevölkerung angehören. Von der griechischen Kollaborationsregierung werden Sicherheitsbataillone aufgestellt, die gemeinsam mit der deutschen Wehrmacht gegen die Nationale Befreiungsfront kämpfen. Die EAM gründet 1943 das Freie Griechenland. Rund 1 Million Menschen leben in den befreiten Zonen. Die deutsche Wehrmacht versucht den Widerstand durch Massaker und Zerstörung ganzer Dörfer einzudämmen. Sie hinterlässt nach ihrem Abzug ein völlig zerstörtes Land.

Plünderung eines griechischen Geschäfts durch deutsche Soldaten
(Bundesarchiv, Bild 101I-163-0318-31 / Bauer / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5476310)

Produktion für Deutschland

Rund 160.000 Arbeitskräfte arbeiten in Griechenland für die deutsche Wirtschaft. Insbesondere im Bergbau werden Bodenschätze wie Chrom, Molybdän und Nickel für die Versorgung Deutschlands gewonnen. So werden auch ZwangsarbeiterInnen für den Stollenbau und Straßenbau in Nordgriechenland eingesetzt. Auch für die jüdische Bevölkerung wird eine Dienstpflicht angeordnet. 1943 wird eine allgemeine Dienstpflicht für Griechen von 16 bis 45 Jahren verfügt.

Anwerbeaktionen

Erst Anfang 1942 werden in Saloniki und Athen die ersten Büros des Deutschen Arbeitsdienstes errichtet. Die deutschen Militärbehörden aber behindern die Anwerbungen, da sie die ArbeiterInnen für ihre Zwecke in der Rüstungsindustrie benötigen. So können trotz der schlechten Ernährungslage in Griechenland 1942 nur 23.000 griechische Frauen und Männer zur Arbeit im Deutschen Reich angeworben werden. Große Demonstrationen unter Führung der EAM in Athen verhindern Rekrutierungsmaßnahmen der Kollaborationsregierung.

Gewaltsame Rekrutierung

Ab Mitte 1943 werden durch gewaltsame Maßnahmen und unter der Mithilfe der Sicherheitsbataillone Arbeitskräfte rekrutiert. Im August 1943 werden 45.000 Juden nach Auschwitz deportiert und ein Teil davon wird für Sklavenarbeit selektiert.

Wachsender Widerstand

Die Regierung versucht, von den Bauern unter Zwang die Ernten zu requirieren, um die Ernährung der Stadtbevölkerung zu sichern. Neben staatlichen Einkäufern werden Gendarmen mit der Aufgabe betraut, die Ernten einzutreiben. Daneben bilden sich „Banden", die die staatlichen Lagerhäuser plündern. Bauern werden erschossen, während sie versuchen, den Diebstahl von Nutztieren und Getreide zu verhindern. Die griechische Volksbefreiungsarmee (ELAS) integriert diese Gruppen und richtet den Kampf gegen die Kollaborationsregierung und Besatzungstruppen der Achsenmächte. Die Repressionsmaßnahmen der Besatzungstruppen wie „Säuberungen" und Geiselnahme insbesondere der deutschen Armee verstärken den Zustrom zu den griechischen Guerillaeinheiten. Nach dem Austritt Italiens aus dem Bündnis mit Deutschland im September 1943 löst sich die italienische Armee auf und Gruppen von italienischen Soldaten schließen sich der Volksbefreiungsarmee an.

Quelle: Dimitrios Mangriotis, Thysiai tis Ellados kai enklimata katochis ta eti 1941–44, Athen o. J., S. 35.

5000 Drachme-Banknote aus 1942 von Alexandros Koroyiannakis, zeigt eine korporatistische Idylle vom fruchtbaren Ackerland (aus Inside Hitler's Greece Seite 66)

Sicherheitsbataillone der Kollaborationsregierung nehmen Fariksarbeiter gefangen, die zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reiche gebracht werden oder als Geiseln dienen 1944 (aus Inside Hitler's Greece Seite 344)

Schweden
Dänemark
Lettland
Russland
Reichskommissariat Ostland
Litauen
Russland
Großbritannien
Niederlande
Deutschland
DEUTSCHES REICH
Polen
Weißrussland
Reichskommissariat Ukraine
UdSSR
Belgien
Luxemburg
Tschechische Republik
General Gouvernement
Ukraine
FRANKREICH (besetzt)
Slowakei
SLOWAKEI
Österreich
UNGARN
Moldawien
Frankreich
Schweiz
Ungarn
Slowenien
Kroatien
Rumänien
RUMÄNIEN
Italien
FRANKREICH (Vichy)
Bosnien Herzegowina
Serbien
Bulgarien

Ostland (Reichskommissariat): Estland, Litauen, Lettland

Das Baltikum wird mit Teilen von Weißruthenien in das Reichskommissariat Ostland eingegliedert. Die Balten werden im Gegensatz zu den Slawen als „rassisch“ höherwertig angesehen. Sie gelten nicht als Ostarbeiter. Die nationalsozialistische

Deutsches Plakat in Lettland: „Deine Arbeit in Deutschland hilft den Bolschewismus zu vernichten. (Quelle: Bundesarchiv Plak 003-042-020)

Rassenideologie stößt im Baltikum auf fruchtbaren Boden, da ethnische Konflikte zwischen der baltischen Bevölkerungsmehrheit und der slawischen Minderheit bestehen. Außerdem herrscht in der Bevölkerung nach der einjährigen sowjetischen Besetzung eine negative Stimmung gegenüber der Sowjetunion.

Geringe Anzahl von Rekrutierungen

Durch die Beteiligung der einheimischen Verwaltung an den Rekrutierungsmaßnahmen ergeben sich Handlungspielräume in der Gestaltung der Arbeitseinsätze. Außerdem sind die Besatzungsorgane wie Wehrmacht, SS und die deutschen Ostgesellschaften unter sich über die Mobilisierungsmaßnahmen uneins. Die Folge ist eine geringe Rekrutierungszahl von Arbeitskräften für das Deutsche Reich.

Verschärfung der Maßnahmen der Rekrutierung

Trotz der vorgesehenen Arbeitspflicht kann die Rekrutierungszahl nicht durchgesetzt werden. Auch die Maßnahme der Ausstellung von Arbeitsausweisen bringt nicht die gewünschten Erfolge. Weitere Maßnahmen sind die Aushebung von Jahrgängen (1919-1924) und das Auskämmen der Betriebe. Es werden wahllos Razzien durchgeführt. Dabei wird von den lokalen Polizeitruppen Härte gegen die slawische Bevölkerung gezeigt und die baltische nachsichtig behandelt. Richtet sich die Rekrutierung gegen die slawische Minderheit, so werden die Kontingente erfüllt. Für die Bevölkerungsmehrheit ist die ethnische Homogenisierung ein positiver Nebeneffekt. Auch die radikale Vorgangsweise gegenüber den Juden und Roma wird von einem Teil der baltischen Bevölkerung geschätzt. Anfang 1945 arbeiten rund 130.000 Personen aus dem Baltikum in Deutschland.

Landeseigene Verwaltung

Das Personal der deutschen Verwaltung reicht nicht aus, die Vorstellungen der Deutschen im ganzen Land durchzusetzen. Die baltischen Behörden betreiben ihre eigene ethnische Politik gegenüber den Slawen. Es wird verhindert, dass die lokale Kriegswirtschaft für die Kriegsinteressen der Deutschen arbeitet. Die Vernichtungspolitik gegenüber den Juden und Roma wird von den lokalen Behörden nicht gebremst.

Sowjetische Frauen beim Arbeitseinsatz auf dem Bahnhofsgelände in Valga, Lettland 1942 (Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-N1212-332 / Donath, Herbert / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5435754)

Weißrussland (Generalkommissariat Weißruthenien)

Im Herbst 1941 wird das weißrussische Gebiet aufgeteilt. Ein Teil wird Ostpreußen, ein Teil dem Generalkommissariat Weißruthenien, Ukraine und Litauen zugeordnet.

Kriegsgefangene in Arbeitskommandos

Von Beginn der Besetzung an werden die Kriegsgefangenen zur Arbeit herangezogen und in Arbeitskommandos eingeteilt. Sie müssen die Versorgung der Wehrmacht sichern und Verteidigungsanlagen errichten. Die einheimischen Arbeitskräfte haben Aufgaben bei den Truppen oder Besatzungsbehörden zu leisten, arbeiten in der Produktion von militärischen Gütern, in der Landwirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung. Im August 1941 wird die Arbeitspflicht eingeführt. Die Arbeitszeit beträgt mindestens 54 Stunden pro Woche.

Arbeitskräftemangel ab 1942

Zum Jahreswechsel von 1942/43 wird ein starker Arbeitskräftemangel spürbar. Die Deportation von Arbeitskräften nach Deutschland, der Tod der Kriegsgefangenen, die Ermordung der Juden, der gesteigerte Bedarf an Arbeitskräften in der industriellen Kriegsproduktion und der Einsatz von einheimischen Arbeitskräften beim Bau von Verteidigungsanlagen verringern die Zahl der Arbeitskräfte für Deutschland. 1944 wird eine „Heuaktion“ durchgeführt. Dabei werden elternlose Kinder gefangen genommen und zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht. Mindestens 380.000 Arbeitskräfte werden zwischen 1942 und 1944 nach Deutschland deportiert.

Historische Bildbeschreibung: Freiwillige Ostarbeiter kommen nach Deutschland. Im geschmückten Eisenbahnzug und mit frohen, erwartungsvollen Mienen verlassen die jungen Ukrainerinnen ihre Heimat, um sich in Deutschland durch ihre Arbeit für das siegreiche Gelingen des großen Kampfes einzusetzen. Mai 1943 (Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-J10852 / Kurrasch /commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5434367)

Landwirtschaft produziert für Deutschland

Die Landwirtschaft hat vor allem die hundertprozentige Ernährung der Wehrmacht und die Versorgung der Bevölkerung in Deutschland sicherzustellen. Werden die Sollzahlen in der Landwirtschaft nicht erfüllt, werden die Lebensmittelrationen der einheimischen Bevölkerung gekürzt. Außerdem werden gegenüber den Bauern und der Dorfgemeinschaft Geldstrafen, Zwangsarbeit oder Haftstrafen verhängt. Geräte und Vieh werden eingezogen. Die Zentralhandelsgesellschaft Ost organisiert den Einsatz der einheimischen Arbeitskräfte, der Lebensmittelproduktion und des Transports. Ankaufsstellen für Lebensmittel werden errichtet.

Neue Agrarordnung

Im Feber 1942 wird eine „Neue Agrarordnung“ beschlossen, die die Kolchosen und Sowchosen in Genossenschaften und Einzelhöfe umwandelt. Die Dreifelderwirtschaft wird in ein Sechsfeldersystem umgewandelt. Trotzdem gehen die Anbauflächen und Erträge zurück, was zum Teil auch auf die heftige Partisanentätigkeit zurückzuführen ist. Die Landbevölkerung leidet schwer unter der Plünderungen und der Kriegswirtschaft der Nationalsozialisten.

Industriepolitik

Erst nach dem Scheitern des Angriffs auf Moskau 1941 kommt es zur Überlegung der deutschen Behörden, die Industrie und Arbeitskräfte lokal für die Aufrüstung und Wehrmacht zu nützen. Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind die Torfgewinnung, Textil- und Papierindustrie und die Energiewirtschaft. Es soll hier das größte Werk für die Reparatur von Militärfahrzeugen errichtet werden. Die fehlenden Fachkräfte führen aber zu Schwierigkeiten, die Planziele zu erreichen. Es wird versucht, die fehlenden zivilen Arbeitskräfte durch Kriegsgefangene zu ersetzen. Zum Jahreswechsel 1943/44 fordert die Wehrmacht den Einsatz der Arbeitskräfte im Frontgebiet zum Bau von Befestigungsanlagen. Es kommt zur Zwangsrekrutierung auch von Kindern ab dem 10.Lebensjahr zur Errichtung eines Ostwalles. Zehntausende Arbeitskräfte werden in Arbeitslagern kaserniert. Der „Schienenkrieg“ der Partisanen verhindert die Verschleppung von Arbeitskräften in das Deutsche Reich. Während der deutschen Besatzung werden rund 2 Millionen Bewohner zu Zwangsarbeiten im besetzten Gebiet verwendet .

Ukraine (Reichskommissariat)

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion sind die Ostgebiete eine wichtige Ressource für landwirtschaftliche Güter, Bergbauprodukte und Energierohstoffe. Die Beschlagnahme von Nahrungsmitteln soll unabhängig von der Lage der einheimischen Bevölkerung durchgeführt werden. Insbesondere die Ukraine wird als Kornkammer gesehen, die das Deutsche Reich ernähren soll.

Rekrutierungsgebiet für ZwangsarbeiterInnen

Die rassistische Ideologie, keine russischen Arbeitskräfte in das Deutsche Reich zu bringen, wird durch den Fortgang der Kampfhandlungen einer Revision unterzogen. So wird die Ukraine ab 1941 das wichtigste Rekrutierungsgebiet für ZwangsarbeiterInnen der deutschen Wirtschaft. Die Rekrutierung erfolgt durch lokale Kollaborateure und die deutschen Arbeitseinsatzdienststellen. Zunächst ist ein Teil der Ukrainer zur Arbeitsaufnahme bereit, da ein positives Bild von Deutschland vermittelt wird. Außerdem werden die Lebensmittelrationen in den Ostgebieten unter das Existenzminimum reduziert. So wird die Arbeit in Deutschland als Möglichkeit gesehen, selbst zu überleben und die Angehörigen zu unterstützen.

Ermordung der jüdischen Bevölkerung

Bereits im Juli 1941 wird die jüdische Bevölkerung in Zwangsarbeiterkolonnen zusammengefasst und bald darauf ermordet. Arbeitslose werden in der Erntearbeit und im Straßenbau eingesetzt. Druck auf die Arbeitsleistung wird durch die Lebensmittelkarten ausgeübt, die nur bei Vorhandensein des Arbeitsbuches ausgegeben werden. Sogenannte „Arbeitsverweigerer“ werden in Zwangsarbeitslager eingeliefert.

Wehrmachtsoffizier erstellt die Transportlisten für Ukrainerinnen, Mai 1942 (Quelle: Bundesarchiv 183-B19879)

Einsatz von zwangsverpflichteten Arbeitern aus dem von den deutschen Faschisten besetzten Gebieten der Sowjetunion in der deutschen Kriegswirtschaft, Mai 1943. Arbeiterinnen an einem freien Tag. (Quelle: Bundesarchiv Aufnahme: Kurrasch)

Historische Bildbeschreibung: Ukrainische Arbeitskräfte fahren nach Deutschland. Mit fröhlicher Stimmung sind die Freiwilligen zum Arbeitseinsatz nach Deutschland zum Bahnhof gekommen. Sie fahren gerne und können den Zeitpunkt ihrer Abfahrt kaum erwarten.

In dem von der faschistischen deutschen Wehrmacht besetzten Gebiet in der Ukraine, Mai 1942. Die Zivilbevölkerung in Artemowsk [Artjomowwsk] muß sich in dem von der deutschen Zivilverwaltung eingerichteten Arbeitsamt melden, um bei Tauglichkeit als Zwangsarbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie eingesetzt zu werden. Die gemusterten Mädchen und Frauen warten zum Abtransport nach Deutschland auf dem Bahnhof.

Historische Bildbeschreibung: Freiwillige Ostarbeiter kommen nach Deutschland. Während der langen Eisenbahnreise verkürzt ein lustiges Gemeinschaftsspiel die Zeit und läßt keine Langeweile aufkommen. Mai 1943 PK-Kriegsberichter Kurrasch

(Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-J10839 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5364680)

Widerstand gegen Rekrutierungen

Ab April 1942 kommen kaum mehr Freiwillige in die reichsdeutschen Fabriken. Meldungen über Arbeitsbedingungen in Deutschland, wie mit Stacheldraht abgeschlossene Arbeitslager, schlechte Verpflegung, geringe Entlohnung, überlange Arbeitszeiten, Misshandlungen und drakonische Strafen führen zum Widerstand gegen die Rekrutierungen.

Im Sommer 1942 wird für alle Jugendliche zwischen 18 und 20 Jahren ein zweijähriger Pflichtdienst im Deutschen Reich eingeführt. Es werden nun Fangaktionen von ZwangsarbeiterInnen durchgeführt. Die Bevölkerung entwickelt dagegen Vermeidungsstrategien. Es werden Krankheiten vorgetäuscht, Ärzte und Kollaborateure werden bestochen. Während des Transports fliehen die Arbeitskräfte. Jüngere Menschen schließen sich sowjetischen Partisanen oder ukrainisch-nationalistischen Verbänden an.

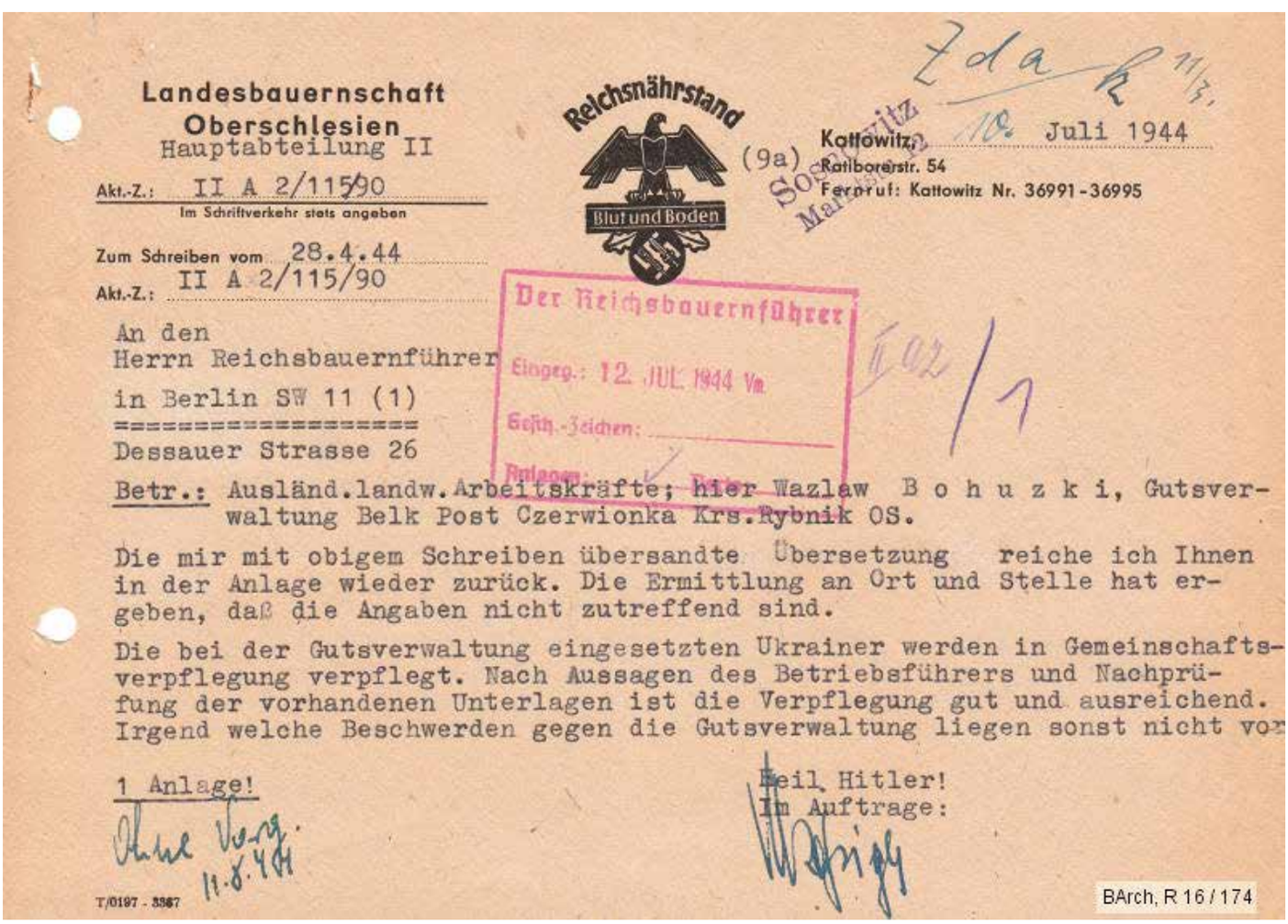
Lokale Rüstungsindustrie gegen Rekrutierung

Es kommt zur Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Behörden, die einerseits in der Ukraine eine Rüstungsindustrie aufbauen möchten, anderseits aber Arbeitskräfte für den Arbeitsdienst in Deutschland einsetzen wollen. Für den Bau von Befestigungen ab dem Jahr 1943 werden mehr als 210.000 ukrainische Arbeitskräfte eingesetzt. Von den rund drei Millionen Zwangsarbeitskräften aus der Sowjetunion stammen rund 2,100.000 aus der Ukraine.

Verbrannte Erde

Während des Rückzugs der Wehrmacht wird die greifbare Bevölkerung nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Ebenso werden Industrieanlagen, Gebäude und Infrastruktur zerstört.

Deutsches Propagandaplakat für Arbeitseinsatz in Deutschland: „Ich lebe in einer deutschen Familie und fühle mich wohl“ (Quelle: http://voffka.com/pic/f_pl/nazi_poster_0.jpg)



Landesbauernschaft Oberschlesien
Hauptabteilung II

Reichsnährstand
Blut und Boden

Kattowitz, 10. Juli 1944
(9a) Ratiborerstr. 54
Fernruf: Kattowitz Nr. 36991-36995

Akt.-Z.: II A 2/115/90
Im Schriftverkehr stets angeben

Zum Schreiben vom 28.4.44
Akt.-Z.: II A 2/115/90

Der Reichsbauernführer
Eingeg.: 12. JUL. 1944
Geschäftszeichen:
Anlagen:

An den
Herrn Reichsbauernführer
in Berlin SW 11 (1)
==========
Dessauer Strasse 26

Betr.: Ausländ.landw.Arbeitskräfte; hier Wazlaw B o h u z k i, Gutsverwaltung Belk Post Czerwionka Krs.Rybnik OS.

Die mir mit obigem Schreiben übersandte Übersetzung reiche ich Ihnen in der Anlage wieder zurück. Die Ermittlung an Ort und Stelle hat ergeben, daß die Angaben nicht zutreffend sind.

Die bei der Gutsverwaltung eingesetzten Ukrainer werden in Gemeinschaftsverpflegung verpflegt. Nach Aussagen des Betriebsführers und Nachprüfung der vorhandenen Unterlagen ist die Verpflegung gut und ausreichend. Irgend welche Beschwerden gegen die Gutsverwaltung liegen sonst nicht vor

1 Anlage!

Heil Hitler!
Im Auftrage:

T/0197 - 3367

BArch, R 16 / 174

Klage betreffend Verpflegung wird abgewiesen (Quelle: Bundesarchiv R 16/174)

Sowjetunion

Am 22. Juni 1941 eröffnet die deutsche Wehrmacht den Krieg gegen die Sowjetunion. Bis zum Dezember 1941 besetzt die Wehrmacht das Baltikum, Weißrussland und die Ukraine. Die Reichskommissariate Ostland und Ukraine werden geschaffen und dort eine zivile Verwaltung errichtet.

Lebensraum im Osten

Die Vorstellung der deutschen Reichsregierung ist es, einen „Lebensraum im Osten" zu schaffen. Die Bevölkerung in den nicht-baltischen Gebieten der Sowjetunion wird vertrieben, ausgehungert und zur Zwangsarbeit verschickt. Der Bevölkerung werden die wirtschaftlichen Grundlagen entzogen. Im Gegensatz dazu begrüßen Teile vor allem der ukrainischen Bevölkerung die deutschen Soldaten als Befreier vom Bolschewismus.

Russische Kriegsgefangene an einer Sammelstelle 1941 (Quelle: http://data.onb.ac.at/rec/baa1078567)

Verpflichtung zur Arbeit für die Besetzer

Die BewohnerInnen der besetzten Ostgebiete - Männer bis zum Alter von 65 Jahren und Frauen zwischen 15 und 45 Jahren - werden verpflichtet, Arbeiten für die Besatzer zu verrichten. Dies erfolgt im Dezember 1941 durch eine Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg. Die lokalen Behörden werden mit den Rekrutierungen beauftragt. Kontingente werden ihnen vorgeschrieben. Zur Erfüllung der Kontingente werden Personen auf offener Straße, bei Festen und Kirchenbesuchen aufgegriffen und zu Sammelstellen gebracht. Wird die vorgeschriebene Quote nicht erfüllt, wird die Gemeinde mit schweren Strafen belegt.

Hohe Sterblichkeit der Kriegsgefangenen

Die sowjetischen Kriegsgefangenen erhalten nur geringe Essensrationen. Die medizinische Betreuung und die Unterkünfte sind mangelhaft oder nicht vorhanden. Innerhalb weniger Monate sterben zwei Millionen von den bis Ende 1941 gefangengenommenen 3,35 Millionen sowjetischen Soldaten. Sowjetische Kriegsgefangene werden vorerst aus rassenideologischen Gründen, aus Angst vor bolschewistischem Gedankengut und der Gefahr von Aufständen nicht zur Arbeit eingesetzt. Sie werden durch Verhungern ermordet.

Heranziehung der sowjetischen Kriegsgefangenen

Als die Aussicht, die Sowjetunion in einem Blitzkrieg zu besiegen, nicht mehr möglich erscheint, werden die Rüstungsanstrengungen der deutschen Rüstungsindustrie erhöht. Durch den Arbeitskräftemangel kann aber die Rüstungsindustrie ihre Produktion nicht mehr steigern. Sowjetische Kriegsgefangene werden nun auch für den Arbeitseinsatz vorgesehen. Verbesserte Ernährung soll die Arbeitskraft der Gefangenen wieder herstellen. Trotzdem kommen durch die Schwerstarbeiten in der Rüstungsindustrie und im Bergbau bis zum Kriegsende noch weitere 1,3 Millionen sowjetische Soldaten ums Leben.

Hilfsdienst für Deutschland

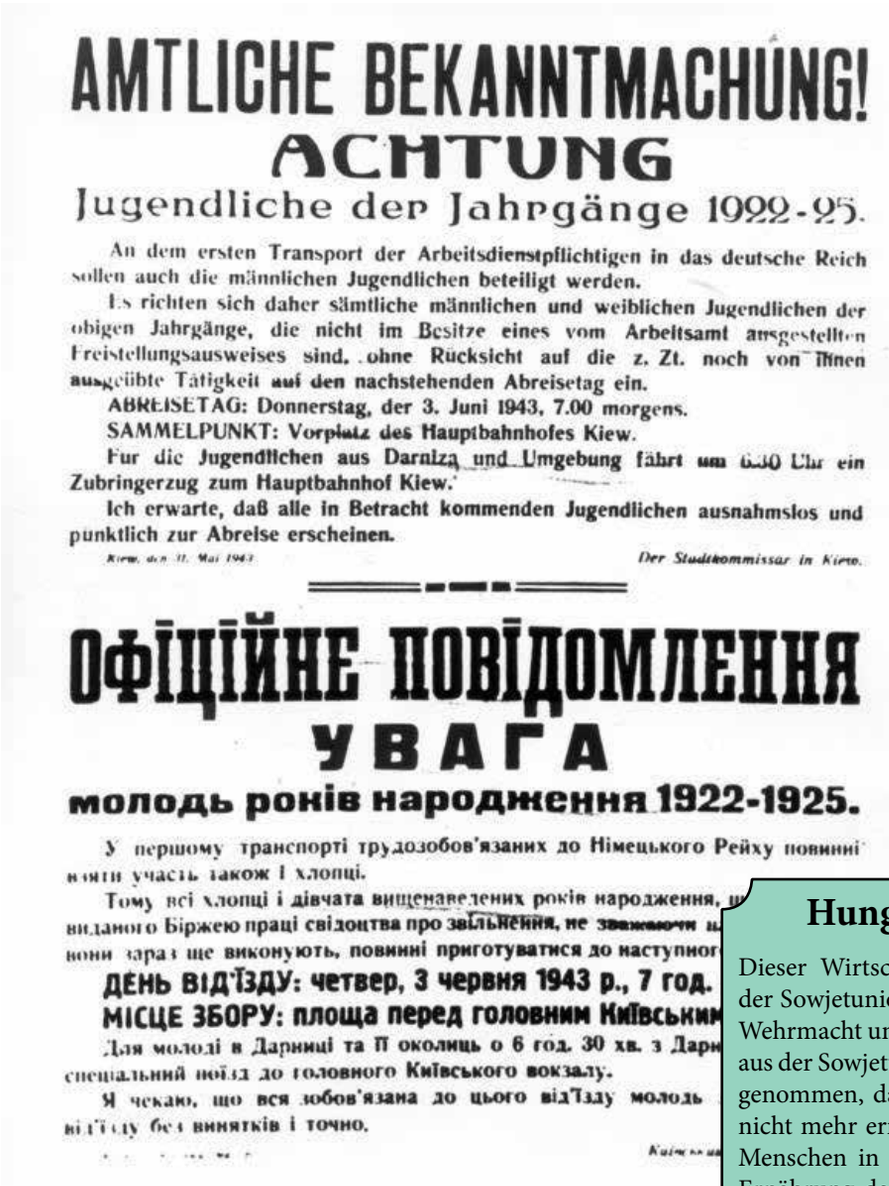
Über 1 Million Einwohner der Sowjetunion vollbringen Hilfsdienste für die Wehrmacht und Polizei. Sie arbeiten auch in der deutschen Verwaltung und Wirtschaft. Auch in den Transportbrigarden und Legion Speer arbeiten Sowjetbürger.

In elendem Zustand kamen sowjetische Gefangene im August 1941 im Stalag an. Ausgezehrt von Gewaltmärschen ging für sie das Martyrium in Moosburg weiter. (Quelle: Bauer/www.alt-moosburg.de)

Wietzendorf, Herbst 1941: Zum Schutz vor der Witterung müssen sich die sowjetischen Gefangenen Höhlen und Verschläge bauen. (Quelle: https://gedenkstaetten-foerderung.stiftung-ng.de/de/forschung-dokumentation/wehrmacht-kriegsgefangene/kriegsgefangenenlager/storage/x-d-310-wietzendorf/)

Russische Kriegsgefangene an einer Sammelstelle 1941
(Quelle: http://data.onb.ac.at/rec/baa1084111)

Sowjetische Kriegsgefangene auf freiem Feld in den besetzten Ostgebieten, August 1942
(Quelle: Quelle: BArch, Bild 183-B21845; Foto: Wahner)



AMTLICHE BEKANNTMACHUNG!

ACHTUNG

Jugendliche der Jahrgänge 1922-25.

An dem ersten Transport der Arbeitsdienstpflichtigen in das deutsche Reich sollen auch die männlichen Jugendlichen beteiligt werden.

Es richten sich daher sämtliche männlichen und weiblichen Jugendlichen der obigen Jahrgänge, die nicht im Besitze eines vom Arbeitsamt ausgestellten Freistellungsausweises sind, ohne Rücksicht auf die z. Zt. noch von ihnen ausgeübte Tätigkeit auf den nachstehenden Abreisetag ein.

ABREISETAG: Donnerstag, der 3. Juni 1943, 7.00 morgens.

SAMMELPUNKT: Vorplatz des Hauptbahnhofes Kiew.

Für die Jugendlichen aus Darnitza und Umgebung fährt um 6.30 Uhr ein Zubringerzug zum Hauptbahnhof Kiew.

Ich erwarte, daß alle in Betracht kommenden Jugendlichen ausnahmslos und pünktlich zur Abreise erscheinen.

Kiew, den 31. Mai 1943 — Der Stadtkommissar in Kiew.

ОФІЦІЙНЕ ПОВІДОМЛЕННЯ

УВАГА

молодь років народження 1922-1925.

У першому транспорті трудозобов'язаних до Німецького Рейху повинні взяти участь також і хлопці.

Тому всі хлопці і дівчата вищенаведених років народження, ... виданого Біржею праці свідоцтва про звільнення, не зважаючи на ... вони зараз ще виконують, повинні приготуватися до наступного ...

ДЕНЬ ВІД'ЇЗДУ: четвер, 3 червня 1943 р., 7 год.

МІСЦЕ ЗБОРУ: площа перед головним Київським ...

Для молоді в Дарниці та її околиць о 6 год. 30 хв. з Дарн... спеціальний поїзд до головного Київського вокзалу.

Я чекаю, що вся зобов'язана до цього від'їзду молодь від'їзду без винятків і точно.

Київ, ...

Arbeitseinsatz Ostarbeiter

Allgemeinen Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten von Heinrich Himmler (Reichsführer SS):

„Während des Aufenthalts der Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet im Reich sind diese streng von der deutschen Bevölkerung, ausländischen Zivilarbeitern und allen Kriegsgefangenen abzusondern [...], in geschlossenen Lagern (Baracken) mit einer [...] möglichst mit Stacheldraht versehenen Umzäunung unterzubringen. [Sie] haben während ihres Aufenthalts im Reich auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes ein mit diesem fest verbundenes Kennzeichen stets sichtbar zu tragen. [...] Fälle unerlaubten Geschlechtsverkehrs [...] sind [...] durch staatspolizeiliche Maßnahmen zu ahnden und schwangere weibliche Arbeitskräfte möglichst nach dem Osten abzuschieben."

aus https://www.zwangsarbeit-archiv.de zwangsarbeit/ ereignisse/ ostarbeiter/ index.html

Hungerplan von Herbert Backe

Dieser Wirtschaftsplan sieht vor, die Ernährungsgrundlage der Sowjetunion zu zerstören. Die Versorgung der Deutschen Wehrmacht und des Deutschen Reiches soll mit Lebensmitteln aus der Sowjetunion sicher gestellt werden. Damit wird in Kauf genommen, dass die Bevölkerung in den besetzten Gebieten nicht mehr ernährt werden kann und so bis zu 30 Millionen Menschen in der Sowjetunion verhungern müssen. Um die Ernährung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen, muss nach diesem Plan die „überflüssige Bevölkerung" wie Juden und Bewohner der Großstädte in der Ukraine dem Hungertod ausgesetzt werden und der Konsum der ländlichen Bevölkerung reduziert werden. Daher werden in den besetzten Großstädten im Osten den Arbeitern eine Ernährungsration von nur 420 kcal. täglich zugeteilt. In den dort gelegenen Anhaltelagern für sowjetische Kriegsgefangene sterben rund 3,3 Millionen Soldaten den Hungertod. Im Gegensatz dazu werden für die Soldaten der Wehrmacht 4000 kcal., für deutsche Zivilisten 2570 kcal. täglich berechnet. Der Plan kann nur teilweise umgesetzt werden, da die militärischen Fähigkeiten der Wehrmacht dies nicht mehr ermöglichen.

Zivilarbeiter(in) aus Sowjetrußland 32776 — Ausweis-Nr. 113/6-2495

Name (bei Frauen auch Geburtsname): Lomidze

Vorname: Bachri Murzawitsch

Geburtstag und -ort: 12.III.1919 in Suchvozdy

Beruf: früherer ? jetziger Landarbeiter

Familienstand: ledig — Zahl der Kinder: ?

Religion: ?

Heimatort (Distrikt bzw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.): Suchvozdy, Kr. Veloschin

Besondere Kennzeichen:

Fingerabdrücke (Zeigefinger): links — rechts

A 203 (I. 42) Reichsdruckerei, Berlin — Dis 476 A 4

Ausweis eines Sowjetischen Zivilarbeiters. (Quelle: By Local government of Nazi Germany in the occupied Soviet Union - Internet, Public Domain, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=81086061)

K. Müller
Lingang

Bekanntmachung.

In diesen Tagen wurden auf unserm Werk die ersten Ostarbeiter eingesetzt. Diese sind Angehörige eines mit Deutschland im Kampfe stehenden Landes. Der Verkehr mit ihnen hat sich streng auf die dienstlichen Erfordernisse zu beschränken. Dolmetscher stehen zur Verfügung.

Es ist unserer Gefolgschaft streng untersagt, irgendwelche Annäherung an die Ostarbeiter (Ostarbeiterinnen) zu suchen, sei es auf der Arbeitsstätte oder außerhalb des Dienstes.

Diese Arbeitskräfte sind von Mitarbeitern und Vorgesetzten korrekt und gerecht zu behandeln. Für ausreichende Verpflegung nach den gegebenen Richtlinien ist gesorgt, sodaß es unter keinem Vorwand statthaft ist, denselben Nahrungsmittel oder andere Gegenstände heimlich zuzustecken.

Überhaupt hat jeder Volksgenosse sich den Ostarbeitern gegenüber würdig zu benehmen und den nötigen Abstand zu wahren.

Die staatlichen Stellen sind bemüht, die mit dem Einsatz der Ostarbeiter verbundenen Gefahren nach Möglichkeit herabzumindern. Trotzdem ist es Pflicht, daß unsere Gefolgschaftsmitglieder auch ihrerseits mithelfen, die neben ihnen arbeitenden Ostarbeiter zu überwachen, um alle etwaigen Flucht- oder Sabotageversuche zu verhindern und auf dem schnellsten Wege zu melden, andrenfalls sie sich der Beihilfe an diesen Handlungen schuldig machen.

Es wird erwartet, daß keine Zwischenfälle eintreten, die den beteiligten Gefolgschaftsmitgliedern nur schwere Strafen, dem beteiligten Ostarbeiter keinen Nutzen und dem Werk und der gesamten Gefolgschaft große Unannehmlichkeiten bringen würden.

Werk Schifflingen, den 27. Oktober 1942.

Der Betriebsobmann
K. Müller

Der Betriebsführer
[illegible]

Ostarbeiterin in IG-Farbenwerke in Ausschwitz 1943.
(Quelle: Bundesarchiv Bild 146-2007-0074)

Ausländische Arbeiterinnen vor den Wohnbaracken.
(Quelle: Bundesarchiv Bild 146-2006-0194)

Situation der Ostarbeiter

Schlechte Ernährung senkt Leistung

Die Ernährung der Ostarbeiter ist ungenügend. Die Rationen sind gering und die Lebensmittel bestehen zu einem großen Teil aus Abfällen. Die schlechte Ernährung schafft gesundheitliche Probleme bei den Arbeitskräften. So sind bis zu 50% der Ostarbeiter arbeitsunfähig. Unternehmen beklagen diese Situation bei den Behörden. Es passieren aber keine wesentlichen Verbesserungen.

Diskriminierung

Die Ostarbeiter stehen auf der „rassisch“ definierten Hierarchie der ausländischen Arbeitskräfte auf der untersten Stufe. Sie werden in eigene Lager verlegt, die mit Stacheldraht abgesichert sind.

Privathaushalt

Einige Ostarbeiterinnen werden in den Haushalt von deutschen Familien vermittelt. Sie wohnen im Haus dieser Familie. Sie erhalten im Allgemeinen auch die gleiche Ernährung wie die deutsche Zivilbevölkerung.

Historische Bildbeschreibung: Das faschistische Deutschland im II. Weltkrieg 1944. In einem Lager für die von den deutschen Faschisten zwangsdeportierten Menschen aus der Sowjetunion, einem sogenannten „Ostarbeiterlager“, Februar 1944. Essensausgabe im Kinderhort des Lagers. (Aufnahme: Schwahn 571-44 Scherl Bilderdienst)

Wir sind aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen wegen Verkehr mit Kriegsgefangenen
(Quelle: https://www.br.de/nachricht/niederbayern/inhalt/kriegsgefangene-liebe-verboten-nszeit-102.html)

Winfriede Loipeldinger kannte eine der beiden Frauen: Anna Scharf. Sie erinnert sich, dass Anna Scharf und ihre Freundin sich mit französischen Kriegsgefangenen eingelassen haben sollen. Der Spießrutenlauf ging vom Stadtplatz bis zum Landshuter Gefängnis. Die beiden Frauen landeten in Untersuchungshaft. Anna Scharf wurde wegen verbotenem Umgang mit Kriegsgefangenen zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. In ihrer Zelle schrieb sie an die Wand: „Ich sterbe für Frankreich, ich gehe mit Jacques in den Tod.“ Für diese Kritzeleien wurde sie dann noch einmal vor dem Sondergericht in München angeklagt und bekam noch einmal zwei Monate Haft.

Nur zum Dienstgebrauch!

Pflichten der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums während ihres Aufenthaltes im Reich

Jedem Arbeiter polnischen Volkstums gibt das Großdeutsche Reich Arbeit, Brot und Lohn. Es verlangt dafür, daß jeder die ihm zugewiesene Arbeit gewissenhaft ausführt und die bestehenden Gesetze und Anordnungen sorgfältig beachtet.

Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums im Großdeutschen Reich gelten folgende besondere Bestimmungen:

1. Das Verlassen des Aufenthaltsortes ist streng verboten.
2. Während des von der Polizeibehörde angeordneten Ausgehverbotes darf auch die Unterkunft nicht verlassen werden.
3. Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, z. B. Eisenbahn, ist nur mit besonderer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde gestattet.
4. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums haben die ihnen übergebenen Abzeichen stets sichtbar auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes zu tragen. Das Abzeichen ist auf dem Kleidungsstück fest anzunähen.
5. Wer lässig arbeitet, die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstätte eigenmächtig verläßt usw., erhält Zwangsarbeit im Arbeitserziehungslager. Bei Sabotagehandlungen und anderen schweren Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin erfolgt schwerste Bestrafung, mindestens eine mehrjährige Unterbringung in einem Arbeitserziehungslager.
6. Jeder gesellige Verkehr mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Besuch von Theatern, Kinos, Tanzvergnügen, Gaststätten und Kirchen, gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung, ist verboten. Tanzen und Alkoholgenuß ist nur in den den polnischen Arbeitern besonders zugewiesenen Gaststätten gestattet.
7. Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt oder sich ihnen sonst unsittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft.
8. Jeder Verstoß gegen die für die Zivilarbeiter polnischen Volkstums erlassenen Anordnungen und Bestimmungen wird in Deutschland bestraft, eine Abschiebung nach Polen erfolgt nicht.
9. Jeder polnische Arbeiter und jede polnische Arbeiterin hat sich stets vor Augen zu halten, daß sie freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gekommen sind. Wer diese Arbeit zufriedenstellend macht, erhält Brot und Lohn. Wer jedoch lässig arbeitet und die Bestimmungen nicht beachtet, wird besonders während des Kriegszustandes unnachsichtig zur Rechenschaft gezogen.
10. Ueber die hiermit bekanntgegebenen Bestimmungen zu sprechen oder zu schreiben, ist strengstens verboten.

Merkblatt.

Für Arbeitskräfte aus den besetzten altsowjetrussischen Gebieten gelten folgende Vorschriften:

1. **Den Anordnungen der Aufsichtspersonen ist jederzeit Folge zu leisten.**
2. **Das Lager oder die Wohnung darf nur in Begleitung einer Aufsichtsperson verlassen werden.**
3. **Jeder Geschlechtsverkehr mit Personen deutscher Staatsangehörigkeit und mit anderen ausländischen Zivilarbeitern oder Kriegsgefangenen ist bei Todesstrafe verboten. Frauen werden in ein Konzentrationslager eingewiesen.**
4. **Wer die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstelle eigenmächtig verläßt oder reichsfeindliche Bestrebungen unterstützt, wird zur Zwangsarbeit in ein Konzentrationslager eingewiesen. In schweren Fällen wird er mit dem Tode bestraft.**
5. **Das vorgeschriebene Kennzeichen mit der Aufschrift „Ost" ist auf der rechten Brustseite der jeweiligen Oberkleidung zu tragen.**

Wer sich disziplinvoll verhält und gute Arbeit leistet, wird anständig behandelt.

123/3

Reichsärztekammer
Ärztekammer Oberdonau
Linz, Dinghoferstrasse 4.

Linz, 25.1.1944.

Nicht zur Veröffentlichung !
Nur für den Dienstgebrauch !

An die Leiter der Gutachterstellen für Schwangerschaftsunterbrechung und an die Kreisamtsleiter f.Vg.von OB.!

Betrifft: Schwangerschaftsunterbrechung bei Ostarbeiterinnen und Polinnen.

In Ergänzung des Rundschreibens 2/44 vom 18.1.1944 wird noch folgendes angeordnet, um die Aktion der Schwangerschaftsunterbrechung bei Ostarbeiterinnen und Polinnen auf breiteste Grundlage zu stellen :

In allen jenen Kreisen, in denen sich keine Gutachterstelle für Schwangerschaftsunterbrechungen befindet, gilt der Kreisamtsleiter für Volksgesundheit als Mitglied der sonst für seinen Kreis zuständigen Gutachterstelle und er ist von sich aus berechtigt, ganz im Sinne der Weisungen des Rundschreibens 2/44, die Entscheidungen für die Durchführung der Unterbrechungen zu treffen. Aus dem gleichen Grunde wird angeordnet, dass Unterbrechungen ausser im Allgemeinen Krankenhaus Linz, auch noch in der Ausländerbaracke des Krankenhauses Steyr durchgeführt werden können. Es ist möglich, dass in einiger Zeit weitere derartige Krankenhausbaracken für Ausländer zu diesen Eingriffen noch bestimmt werden. Den Kreisamtsleitern wird nochmals zur Pflicht gemacht, allen Ärzten die Wichtigkeit dieser Angelegenheit in politisch biologischer Richtung klar zu machen; dabei sind insbesondere auch die Amtsärzte nicht zu vergessen.

Heil Hitler !

[Kelm]

(Dr. Wimmer).

Vorgang bei Schwangerschaftsabbrüchen bei Ostarbeiterinnen und Polinnen (Quelle: Oberösterreichiches Landesarchiv, BH Grieskirchen)

Italien

Italien ist bis 1943 Verbündeter Deutschlands. Daher nehmen die Italiener bis 1943 eine bevorzugte Stellung als Gastarbeiter ein.

Italienische Kriegsgefangene als Militärinternierte

Dies ändert sich, als Mussolini gestürzt wird und Italien im September 1943 gegenüber den Alliierten kapituliert. Italien wird in der Folge von der deutschen Wehrmacht besetzt. Die italienischen Soldaten, die sich im deutsch besetzten Teil befinden, werden als Kriegsgefangene interniert, sofern sie nicht auf deutscher Seite weiterkämpfen wollen. Es werden rund 600.000 italienischen Soldaten als Kriegsgefangene in das Deutsche Reich gebracht. Die Italiener werden von der deutschen Bevölkerung als Verräter beschimpft. Um die Kriegsgefangenen aus dem Schutz der Genfer Konvention für Kriegsgefangene herauszunehmen, werden im Herbst 1944 450.000 „Militärinternierte“ zwangsweise in den Status von Zivilarbeitern gebracht.

Deutsche Arbeiterinnen und italienische Militärinternierte bei der Kleintrafofertigung im Nürnberger Siemens-Werk, 1944. (Quelle: Siemens Historical Institute https://museen.nuernberg.de/dokuzentrum/kalender-details/italienische-kriegsgefangene-178)

Italienische Militärinternierte 1944 (Quelle: https://www.ns-zwangsarbeit.de/italienische-militaerinternierte/)

Ungarn

Ungarn tritt am 20.November 1940 dem Dreierpakt von Deutschland, Italien und Japan bei. Ungarn erhält Gebiete in der Slowakei, Ukraine, Jugoslawien und Rumänien, die Ungarn im Vertrag von Trianon abgetrennt wurden. Dabei vermehrt sich der Anteil der jüdischen Bevölkerung von rund 400.000 auf 725.000 Personen. Neben den bereits bestehenden Arbeits- und Studienbeschränkungen für die jüdische Bevölkerung werden ab 1939 die Berufsbestimmungen weiter verschärft.

Einführung von Arbeitsdienstsoldaten 1939

Für Männer, die als unzuverlässig für den Militärdienst gelten, wird ein verpflichtender militärischer Arbeitsdienst eingeführt. Als unzuverlässig gelten nationale Minderheiten wie Rumänen, Serben, Slowaken und vor allem Juden. Sie werden „Arbeitsdienstsoldaten" genannt und zur Zwangsarbeit eingeteilt.

Anforderung von ungarisch-jüdischen Arbeitsdienstlern

Im Juni 1943 werden 3000 jüdische Arbeitsdienstsoldaten für das Bergwerk in Bor in Serbien zur Verfügung gestellt. Die Anzahl der Zwangsarbeiter steigt bis 1944 auf 6.000.

Arbeitserziehungslager in Oberlanzendorf

Nach der Besetzung Ungarns durch Deutschland im März 1944 werden rund 10.000 Personen verhaftet, nach Oberlanzendorf deportiert und dort inhaftiert.

Deportation von Juden 1944

Mit dem Vorrücken der Roten Armee an die Grenzen von Ungarn im Mai 1944 werden die Ghettos in Ungarn geräumt und mehr als 430.000 Juden zur Ermordung nach Auschwitz deportiert. Nur 25% werden für die Zwangsarbeit selektiert, obwohl in der Deutschen Rüstungsindustrie ein dringender Arbeitskräftemangel herrscht. Sie werden vor allem dazu benötigt, die Fertigung von militärischen Produkten in unterirdische Stollen zu verlegen. Dies entspricht zwar nicht dem ideologischen Vorstellungen der Nationalsozialisten, das Reichsgebiet frei von Juden zu halten. Trotzdem liegt das Ziel der Deportationen auch darin, die Vernichtung der Juden durch Arbeit zu erzielen.

Mitarbeit am Bau des Südostwalls

Nach der Übernahme der Regierung durch die Nyilas (Pfeilkreuzler) im Oktober 1944 wird ein Abkommen mit dem Deutschen Reich betreffend der Zurverfügungstellung von 50.000 jüdischen Arbeitskräften aus Ungarn geschlossen. Vorerst werden diese Arbeitskräfte zu Schanzarbeiten vor Budapest verwendet. Die Mehrzahl wird dann in Fußmärschen nach Hegyeshalom gebracht und dort den Deutschen übergeben. Der Wunsch der Gauleitung Niederdonau, nur Arbeitsfähige zu erhalten, wird von der ungarischen Regierung unterlaufen. Es werden für den Arbeitseinsatz auch Kinder und Greise mitgeschickt. Da die Kapazitäten der westlich gelegenen Konzentrationslager ausgeschöpft sind, werden in Lichtenwörth (Werkhallen der Rothmüller Mewa Blechwaren und Römer & Co.) und Felixdorf (Engelmühle) Lager errichtet. In Lichtenwörth werden die Häftlinge dem Hungertod preisgegeben.

Ungarische Juden-Transporte nach Strasshof über Wiener Neustadt

1908 wird in Strasshof ein großer Rangierbahnhof eingerichtet. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verliert der Bahnhof seine Bedeutung. 1941 wird ein Auffanglager und Durchgangslager (DULAG) in Straßhof errichtet - zuerst dient der Bahnhof für deutsche Umsiedler und ukrainische Freiwillige. Später werden hier Ostarbeiter und ungarische Juden aufgenommen.

Transporte aus Serely

Züge nach Strasshof kommen ab 26./27.Juni mit 6.000 Gettobewohner aus der Ziegelfabrik von Serely. Ankunft ist am 29.Juni in Strasshof. Der Zweite Zug braucht 6 Tage. Die letzte Nacht steht der Zug in Wiener Neustadt, wobei ein Luftangriff erfolgt. Ein Teil des Zuges wird nach Laxenburg umgeleitet, wo ein Durchgangslager und ein Arbeitslager für Juden besteht, das die Ortbauernschaft Laxenburg betreibt. Von hier werden die jüdischen Familien an Arbeitgeber vermittelt.

Transport aus Szolnok

Aus Szolnok kommen 2567 Juden nach Strasshof. Die Zugfahrt dauert vom 25.Juni-27.Juni

Transporte aus Szeged

Drei Deportationszüge kommen aus Szeged. Davon werden zwei Züge nach Strasshof mit rund 5.000 Personen umgeleitet.

Ungarische Truppen besetzen Nord-Siebenbürgen nach dem Zweiten Wiener Schiedsspruch. (Quelle: www.fortepan.hu/_photo/download/fortepan_3070.jpg)

Flüchtlinge, Repatriierung und Wiedergutmachung

Menschen auf Wanderschaft

Nach dem Kriegsende befinden sich große Bevölkerungsteile, neben den ZwangsarbeiterInnen auch deutsche Ostflüchtlinge und Vertriebene, auf Wanderschaft durch ganz Europa. Diese „Displaced Persons“ (DP) müssen versorgt, Transportkapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Die Gefahr von Epidemien wie Typhus, Ruhr und Tuberkulose ist groß. Die westlichen Alliierten übernehmen die Verantwortung für die Displaced Persons. Für die Sowjetunion gilt eine Grundsatzvereinbarung, die im Februar 1945 in Jalta unterzeichnet wurde, dass alle Sowjetbürger und Kriegsgefangene aus dem Gebiet der Westalliierten in die Sowjetunion zurückgeschickt werden.

Massaker und Mordaktionen bei Lagerauflösung

Viele ZwangsarbeiterInnen leben in der Angst, nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren zu können. Vor allem Jugendliche aus den Ostgebieten, die verschleppt wurden, haben große Sehnsucht, ihre Familien und ihre Heimat wiederzusehen. Die zunehmenden Bombenangriffe verunsichern die ZwangsarbeiterInnen. Deutsches Wachpersonal der Lager flüchtet und lässt die Lagerinsassen ohne Verpflegung zurück. Oder die ZwangsarbeiterInnen müssen zu Fuß in andere Lager marschieren. Auf diesen „Todesmärschen“ werden nicht mehr gehfähige Personen erschossen. Es besteht auch immer wieder die Gefahr, dass herumirrende ZwangsarbeiterInnen von der SS, Hitlerjugend und Angehörigen des Volkssturmes als Plünderer oder Arbeitsverweigerer willkürlich erschossen werden.

Repatriierung

Die UNRRA repatriiert bis September 1945 5,9 Millionen Menschen, die sich in Deutschland, Österreich und Tschechoslowakei aufhalten. Diese Gruppe besteht aus rund 2 Millionen Sowjetbürgern, 1,2 Millionen Franzosen, 910.000 Polen, 608.000 Italienern, 200.000 Niederländern, 200.000 Belgiern, 200.000 Jugoslawen, 200.000 Ungarn und 138.000 Tschechen. Suchbüros helfen, Angehörige zu finden. Ab 1946 kommt die Repatriierung ins Stocken, was einerseits durch mangelnde Transportkapazitäten, aber auch durch die Weigerung zur Rückkehr bedingt ist. Vor allem Ukrainer, Balten, Polen und Juden suchen alternative Länder, um sich anzusiedeln. Rund 14,5% der Sowjetbürger werden nach ihrer Rückkehr zur Zwangsarbeit verpflichtet. Sie erinnern sich auch an die stalinistischen Säuberungen in den 1930er Jahren. Jüdische Flüchtlinge haben oftmals keinen Wunsch, in die ehemalige Heimat repatriiert zu werden, wo sie so tiefe Verletzungen erleiden mussten.

„Displaced Persons“ mit ihren Habseligkeiten in einem Vorort von Berlin 1945 (Quelle: Wikimedia)

Polnischer Zwangsarbeiter mit seinem Gepäck wartet auf die Repatriierung 1945 (Quelle Wikimedia)

Auswanderung und Flucht

Ein Teil der Displaced Persons kann aus verschiedenen Gründen nicht repatriiert werden: Ihnen wird die Repatriierung verweigert, sie werden aus nationalen Gründen aus ihren Heimatländern vertrieben, sie flüchten vor Repressalien. Die 1947 gegründete International Refugee Organization (IRO) entwickelt ein Wiederansiedlungsprogramm für rund eine Millionen Menschen.

Logistische Herausforderung

Die große Anzahl der „Displaced Persons“ muss in ihre Heimatländer transportiert werden. Die zerstörte Infrastruktur der Eisenbahn und Straßen, die fehlenden Transportmittel wie Waggons und Kraftfahrzeuge erschweren die Rückführung. Der Mangel an Wohnmöglichkeiten, Lebensmitteln und Bekleidung verhindern die Rückführung. Die Suche von Familienangehörigen und deren Zusammenführung erfordert großen bürokratischen Aufwand.

Österreich

Verbrechen vor dem Volksgericht

Prozesse wegen Verbrechen an ZwangsarbeiterInnen und zur Zwangsarbeit eingesetzten Kriegsgefangenen werden mit Ausnahme von Mord von den österreichischen Volksgerichten nach dem Kriegsverbrechergesetz meist wegen Quälerei und Misshandlung beziehungsweise Verletzung der Menschenwürde abgeurteilt. Als Kriegsverbrechen werden sie nur selten angeklagt. Die Anzahl derartiger Verfahren ist bisher nicht erfasst worden.

Rückkehr der jüdischen Bevölkerung

Die vertriebene jüdische Bevölkerung kehrt nur zu einem geringen Teil nach Österreich zurück. Die österreichischen Behörden sehen die Rückkehr als nicht erwünscht an. Es wird Stimmung gegen die Emigranten gemacht. Auch ist die wirtschaftliche Lage unsicher und die persönlichen Demütigungen noch sehr präsent. So kehren von den rund 130.000 Vertriebenen nur rund 8.000 Personen zurück.

Entschädigungen

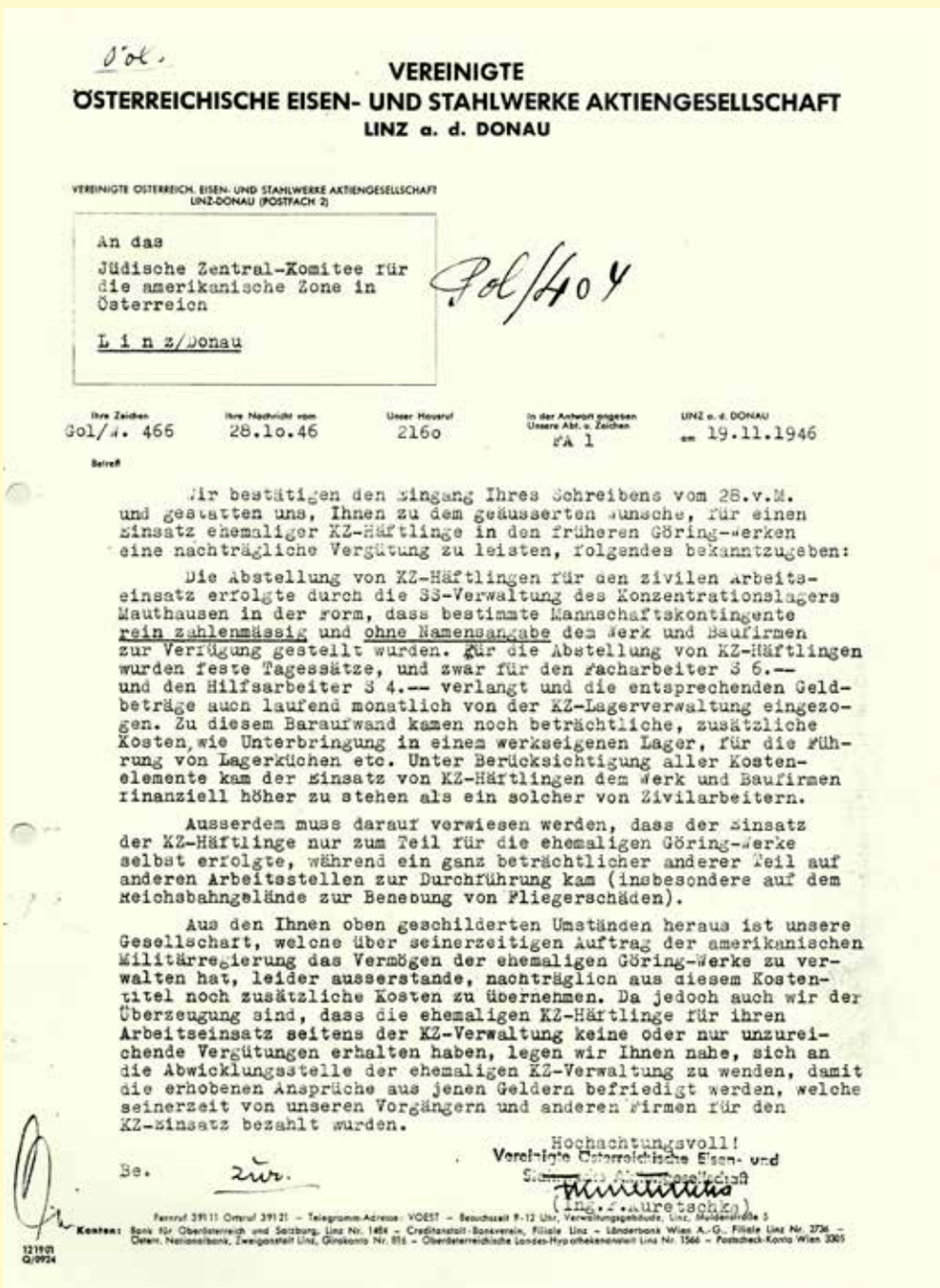
Nach dem Krieg fordern einzelne ZwangsarbeiterInnen den Ihnen zustehenden Lohn von Betrieben ein, der nicht ausbezahlt worden war. Das Thema Zwangsarbeit wird in Österreich erst ab den 1990er Jahren breiter diskutiert. Es werden Sammelklagen von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen aus den USA gegen Unternehmen eingereicht. 1995 wird der österreichische Nationalfonds gegründet, der für die NS-Zwangsarbeit eine symbolische Entschädigung von 5.080.- öS je Opfer leistet. 1998 wird eine Historiker-Kommission eingerichtet. Sie beschäftigt sich mit dem Vermögensentzug in Österreich während der nationalsozialistischen Herrschaft und behandelt die Frage der Entschädigungen. Ihr Bericht wird 2003 veröffentlicht.

Versöhnungsfonds

Im Juli 2000 wird ein Versöhnungsfonds eingerichtet und mit 436 Millionen EUR dotiert. Rund 132.000 ehemaligen ZwangsarbeiterInnen wird eine Entschädigung daraus angeboten. ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft erhalten 1.453.-, in der Industrie 2.453.-, Sklavenarbeiter (ungarische Juden, Roma und Sinti und Häftlinge in den Arbeitserziehungslager) 7.630.- EUR. Die KZ-Häftlinge erhalten von der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ eine Entschädigung. Kriegsgefangene werden aber ausgenommen, da das Völkerrecht in diesem Fall Zwangsarbeit erlaubt.

Kontinuität in der Arbeitsmarktverwaltung

In der österreichische Arbeitsmarktverwaltung besteht nach 1945 eine Kontinuität. Die Hauptpfeiler der nationalsozialistischen Arbeitsbehörden werden beibehalten: Bewilligung eines Arbeitsplatzwechsels, Dienstpflicht (jetzt Arbeitspflicht), Arbeitsbuch, Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. 1947 wird die Arbeitsplatzwechselverordnung und 1948 das Arbeitspflichtgesetz abgeschafft. Es werden wieder paritätische Ausschüsse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingerichtet, die auf Vorschlag der jeweiligen Kammer besetzt werden.



Öst.

VEREINIGTE
ÖSTERREICHISCHE EISEN- UND STAHLWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
LINZ a. d. DONAU

VEREINIGTE ÖSTERREICH. EISEN- UND STAHLWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
LINZ-DONAU (POSTFACH 2)

An das
Jüdische Zentral-Komitee für
die amerikanische Zone in
Österreich

L i n z/Donau

Pol/404

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Hauptruf	In der Antwort angeben Unsere Abt. u. Zeichen	LINZ a. d. DONAU
Gol/W. 466	28.10.46	2160	FA 1	19.11.1946

Betreff

Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 28.v.M. und gestatten uns, Ihnen zu dem geäusserten Wunsche, für einen Einsatz ehemaliger KZ-Häftlinge in den früheren Göring-Werken eine nachträgliche Vergütung zu leisten, folgendes bekanntzugeben:

Die Abstellung von KZ-Häftlingen für den zivilen Arbeitseinsatz erfolgte durch die SS-Verwaltung des Konzentrationslagers Mauthausen in der Form, dass bestimmte Mannschaftskontingente rein zahlenmässig und ohne Namensangabe dem Werk und Baufirmen zur Verfügung gestellt wurden. Für die Abstellung von KZ-Häftlingen wurden feste Tagessätze, und zwar für den Facharbeiter S 6.-- und den Hilfsarbeiter S 4.-- verlangt und die entsprechenden Geldbeträge auch laufend monatlich von der KZ-Lagerverwaltung eingezogen. Zu diesem Baraufwand kamen noch beträchtliche, zusätzliche Kosten, wie Unterbringung in einem werkseigenen Lager, für die Führung von Lagerküchen etc. Unter Berücksichtigung aller Kostenelemente kam der Einsatz von KZ-Häftlingen dem Werk und Baufirmen finanziell höher zu stehen als ein solcher von Zivilarbeitern.

Ausserdem muss darauf verwiesen werden, dass der Einsatz der KZ-Häftlinge nur zum Teil für die ehemaligen Göring-Werke selbst erfolgte, während ein ganz beträchtlicher anderer Teil auf anderen Arbeitsstellen zur Durchführung kam (insbesondere auf dem Reichsbahngelände zur Beseitigung von Fliegerschäden).

Aus den Ihnen oben geschilderten Umständen heraus ist unsere Gesellschaft, welche über seinerzeitigen Auftrag der amerikanischen Militärregierung das Vermögen der ehemaligen Göring-Werke zu verwalten hat, leider ausserstande, nachträglich aus diesem Kostentitel noch zusätzliche Kosten zu übernehmen. Da jedoch auch wir der Überzeugung sind, dass die ehemaligen KZ-Häftlinge für ihren Arbeitseinsatz seitens der KZ-Verwaltung keine oder nur unzureichende Vergütungen erhalten haben, legen wir Ihnen nahe, sich an die Abwicklungsstelle der ehemaligen KZ-Verwaltung zu wenden, damit die erhobenen Ansprüche aus jenen Geldern befriedigt werden, welche seinerzeit von unseren Vorgängern und anderen Firmen für den KZ-Einsatz bezahlt wurden.

Hochachtungsvoll!
Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft
(Ing. F. Auretschka)

Be. Zur.

Fernruf 39111 Ortsruf 39121 – Telegramm-Adresse: VOEST – Besuchszeit 9-12 Uhr, Verwaltungsgebäude, Linz, Muldenstraße 5
Konten: Bank für Oberösterreich und Salzburg, Linz Nr. 1484 – Creditanstalt-Bankverein, Filiale Linz – Länderbank Wien A.-G., Filiale Linz Nr. 2736 – Oesterr. Nationalbank, Zweiganstalt Linz, Giokonto Nr. 816 – Oberösterreichische Landes-Hypothekenanstalt Linz Nr. 1566 – Postscheck-Konto Wien 3303

121901
Q/0924

Korrespondenz der Vöest betreffend Entschädigung für ehemalige ZwangsarbeiterInnen 1946
(Quelle: Dokumentationszentrum der Voestalpine AG)

Deutschland

Die Nürnberger Prozesse behandeln die Zwangsarbeit der deutschen Behörden als „slave labour“. Der nationalsozialistische Regierungbeauftragte für den Arbeitseinsatz Saukel wird zum Tode verurteilt. Danach aber wird das Thema Zwangsarbeit und Entschädigungszahlungen bis zum Abschluss eines Friedensvertrages vertagt. So werden Entschädigungsanträge in der Folge pauschal abgelehnt: „Die von dem Antragsteller vorgetragene Umstände des Arbeitseinsatzes sind nach eingehender Würdigung auf die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen im Verlaufe des Krieges zurückzuführen. Der Antrag war daher abzulehnen.“

Displaced Persons in Hamburg im Lager der Firma Blohm&Voss. 18.Mai 1945. Nach der Registrierung werden die Personen in nationale Lager verlegt. In Hamburg werden 120.000 vorhandene DP geschätzt. (Quelle: wikimedia http://media.iwm.org.uk/iwm/mediaLib//48/media-48179/large.jpg)

Deutsche Kriegsgefangene

Dagegen gewährt das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (KgfEG) von 1954 den Berechtigten (deutschen Soldaten) wegen Freiheitsentziehung und Arbeitsleistung im ausländischen Gewahrsam eine Entschädigung von 30 bzw. 60 DM pro Kalendermonat der Gefangenschaft. Das Gesetz betrifft insbesondere die aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft nach Westdeutschland heimgekehrten ehemaligen Wehrmachtsangehörigen. Mit dem Heimkehrerentschädigungsgesetz von 2008 werden auch die ehemaligen Kriegsgefangenen, die in die DDR und nach Berlin (Ost) entlassen wurden und die bis dahin keine Ansprüche nach dem KgfEG geltend machen konnten, in den Kreis der Anspruchsberechtigten einbezogen.

Entschädigung für rassisch und politisch Verfolgte

1956 wird das „Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“ (Bundesentschädigungsgesetz) in Westdeutschland beschlossen. Es umfasst vor allem rassisch oder politisch Verfolgte im Inland. Es wird eine symbolische Entschädigung gewährt. Die ZwangsarbeiterInnen gelten vorerst nicht als von dem nationalsozialistischen Staat Verfolgte. Dies gilt nur für Kriegsgefangene, politisch und rassisch Verfolgte. Vor den Gerichten ist die Beschäftigung von ZwangsarbeiterInnen nicht strafbar. Die Entschädigung betreffend ausländischer ZwangsarbeiterInnen wird im gleichzeitig beschlossenen Schuldenabkommen behandelt. Sie wird als Reparationszahlung angesehen. Dies soll aber erst nach endgültigen Friedensverträgen erfolgen. Der Versuch einiger ZwangsarbeiterInnen, die Unternehmen auf Entschädigung zu klagen, wird abgelehnt.

Verteilung von Lebensmittel für Displaced Persons in Salzgitter 1946
(Quelle: https://collections.museumsvictoria.com.au/articles/11378)

Mediale Beschäftigung mit der Zwangsarbeit in den 1980er Jahren

Die Frage der Zwangsarbeit wird erst in den 1980er Jahren medial aufgegriffen. 1986 wird eine Interessengemeinschaft ehemaliger ZwangsarbeiterInnen gegründet. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands kommt es ab 1990 zur Diskussion über die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen. Im Jahr 2000 wird das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ geschaffen. Diese Stiftung entschädigt die noch lebenden ZwangsarbeiterInnen. Es werden rund 2,3 Millionen Anträge auf Entschädigung gestellt. Bis 2006 werden 4,36 Milliarden Euro an 1,6 Millionen ZwangsarbeiterInnen ausbezahlt. Die noch lebenden ZwangsarbeiterInnen erhalten einmalig ein Zahlung bis zu 7.669 EUR.

Sowjetunion

Filtrationslager

Noch während des Krieges werden in der Sowjetunion Repatriierungs- und Filtrationslager für Rückkehrer (Kriegsgefangene wie „Ostarbeiter“) errichtet. Die Rückkehrer werden verdächtig, Kollaborateure der Nationalsozialisten oder Spione der Westmächte zu sein. Diejenigen unter ihnen, die ihren Wohnort vor dem Krieg in der Sowjetunion gehabt hatten, werden ohne Rücksicht auf ihre eigenen Wünsche „repatriiert“. Sie kommen vorerst in Filtrationslager des Geheimdiensts NKWD und der SMERS, in denen ihre Tätigkeit in Deutschland im Hinblick auf eine Kollaboration mit den Deutschen untersucht wird. Wer nach Einschätzung des Geheimdienstes schwer belastet ist, wird zur Zwangsarbeit in einem sowjetischen Lager für die Dauer von bis zu 25 Jahren verurteilt. Betroffen davon sind bis März 1946 ca. 294.000 Personen. Trotz Begnadigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen nach Stalins Tod werden sie bis in die 1990er Jahre gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt. Aus Angst doch noch bestraft zu werden, schweigen die ZwangsarbeiterInnen über ihre Arbeit in Deutschland.

Deutsche Kriegsgefangen werden in Moskau zur Schau gestellt
(Quelle By RIA Novosti archive, image #129359 / Michael Trahman / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=15579718)

Rückkehr in eine zerstörte Heimat

Die sowjetischen ZwangsarbeiterInnen in Niederdonau werden zuerst im Lager Bruck an der Leitha gesammelt. Nach dem Kriegsende und der Befreiung aus der Sklaven- und Zwangsarbeit werden diese „Displaced Persons“ erneut in Lagern untergebracht. Nach der Rückkehr finden sie eine zerstörte Heimat vor. Die früheren Sozialkontakte und Netzwerke bestehen nicht mehr. Die Jahre 1946 und 1947 sind von großer Hungersnot gekennzeichnet.

ZwangsarbeiterInnen als Reparationszahlung

Auf der Teheran-Konferenz 1943 fordert der sowjetische Staatschef Josef Stalin den Einsatz von 4 Millionen deutschen Arbeitern, um die Zerstörungen durch die Wehrmacht zu beseitigen. Auch im Abschlussprotokoll der Konferenz von Jalta wird die Zwangsarbeit von Deutschen in der Sowjetunion vereinbart.

Auf Grund dieser Vereinbarung werden rund eine halbe Million Deutsche (Kriegsgefangene, Jugendliche, Frauen, Männer) als ZwangsarbeiterInnen in die Sowjetunion verbracht. Die US-Amerikaner überlassen deshalb auch den Sowjets einen Teil ihrer deutschen Kriegsgefangenen. Aus mangelnder Ernährung und medizinischer Versorgung überlebt ein Teil der ZwangsarbeiterInnen das Leben in den Lagern nicht. Die letzten ZwangsarbeiterInnen kommen 1955 zurück.

Entschädigungszahlungen

Erst die Aussicht auf Entschädigungszahlung von Deutschland und Österreich erzählen die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen von ihrem Schicksal. So kann noch einiges an Dokumentenmaterial gesammelt werden Zeitzeugengespräche geben ein Bild von Demütigungen und Angst. Es sind Berichte vor allem von Frauen, die als Jugendliche mit 16 bis 18 Jahren verschleppt worden sind. Andere ältere OstarbeiterInnen, vor allem Männer, sind in den 1990er Jahren nicht mehr am Leben.

Norwegen

Die Befreiung der Finnmark im Norden von Norwegen durch die Rote Armee 1944 führt zu einer Popularität der Sowjetunion nach dem Krieg. Die norwegische kommunistische Partei erzielt bei der Wahl 1945 11,9% der Stimmen.

Den ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen werden Gedenkfeiern und Denkmäler bei den Gräbern gewidmet. Durch den beginnenden Kalten Krieg und die Angst in Norwegen, dass die Sowjetunion den Gräberbesuch für Spionagezwecke missbrauchen könnte, werden in der Operation „Asphalt“ die Gräber der sowjetischen Kriegsgefangenen exhumiert. Eine zentrale Kriegsgräberstätte der sowjetischen Kriegsgefangenen wird 1953 auf der Insel Tjotta eingeweiht, wo keine Spionagemöglichkeiten gegeben sind.

Für die sowjetischen Kriegsgefangenen aus Norwegen werden Sammellager in Murmansk und Wiborg errichtet. Hier werden sie über ihre Tätigkeit während des Krieges vom Innenministerium, Staatssicherheitsdienst und militärischen Geheimdienst SMERS überprüft. Bei unklaren Verhältnissen werden sie zur weiteren Überprüfung in Lager des NKWD gebracht. Von den in Finnland und Schweden gefundenen rund 90.000 ZwangsarbeiterInnen werden 25.000 nach Hause entlassen, 42.000 in ein Speziallager des NKWD gebracht, 4.000 den lokalen Militärmissionen übergeben und 134 verhaftet und ins Gefängnis gebracht.

Dänemark

Anfang 1945 beschließt die deutsche Führung, verwundete deutsche Soldaten nach Dänemark zu evakuieren. Bald kommen auch Flüchtlingen aus den Ostgebieten. Insgesamt befinden sich im Mai 1945 rund 250.000 deutsche Flüchtlinge in Dänemark. Die öffentliche Meinung im Land ist gespalten. So fordert ein Teil der Bevölkerung die Unterstützung der Hilfsbedürftigen. Die Lebensbedingungen sind schwierig. Es mangelt an Verpflegung und medizinischer Versorgung. Schwierig ist die Lage für Kinder, die auf der Flucht ihre Eltern verloren haben. Sie werden mangelhaft versorgt. Rund 10.000 deutsche Kinder unter fünf Jahren sterben in dänischen Lagern. Die ersten Flüchtlinge verlassen Dänemark im November 1946. Über das zentrale Durchgangslager in Kolding können sie nach Deutschland unter britischer Besatzung ausreisen. Im Sommer 1947 leben aber noch rund 200.000 Deutsche in dänischen Flüchtlingslagern. Der letzte Flüchtlingszug verlässt Dänemark erst am 15. Februar 1949.

Frankreich

Frankreich werden nach dem Krieg deutsche Kriegsgefangene als Helfer für den Wiederaufbau übergeben. Die US-Armee übersendet etwa 740.000 ZwangsarbeiterInnen. Viele dieser Kriegsgefangenen sind unterernährt und kommen aus den überfüllten Rheinwiesenlagern.

Die heimkehrenden ZivilarbeiterInnen werden in Frankreich oftmals moralisch verurteilt. Frauen werden als „deutsche Huren“ beschimpft. Sie werden der Kollaboration bezichtigt und werden aus der „Opfergemeinschaft“ ausgeschlossen. Es gibt aber wenige Information über die französischen ZwangsarbeiterInnen in Deutschland. Es wird auch keine Differenzierung zwischen ZwangsarbeiterInnen, politischem Häftling und Jude gemacht. Dagegen wird die Erinnerung an die Taten der Résistance wach gehalten.

Belgien

Der Aufbau der durch den Krieg und dem deutschen Besatzungsregime zerstörte Wirtschaft und Infrastruktur insbesondere der Kohlenförderung erfordert zusätzliche Arbeitskräfte. Da Belgien selbst keine deutschen Kriegsgefangenen hat, wird der Wunsch an die Alliierten gestellt, deutsche Kriegsgefangene in Belgien bei der Kohleförderung zu beschäftigen. Großbritannien stellt vorerst 16.000 und die USA rund 30.000 deutsche Kriegsgefangene zur Verfügung. Zu Beginn von 1946 arbeiten 64.021 deutsche Zwangsarbeiter in Belgien. Davon sind 52.150 im Bergbau, 1.617 in der Forstwirtschaft, 1.560 in der Minenräumung und 8.694 in anderen Sektoren der Wirtschaft beschäftigt.

Großbritannien

Nach dem Krieg werden rund 400.000 Kriegsgefangene der Verbündeten zur Zwangsarbeit nach Großbritannien gebracht. Sie werden vor allem in der englischen Landwirtschaft eingesetzt. 1946 ist der Anteil der ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft rund 20%. Im britischen Parlament wird diese Zwangsarbeit aber zur Diskussion gestellt und als Sklaverei gebrandmarkt. Das Angebot der britischen Regierung, dass sie weiter in der Landwirtschaft tätig sind, aber dafür ein Bleiberecht erhalten, nehmen 24.000 ZwangsarbeiterInnen an. Die anderen kehren bis November 1948 in die Heimat zurück.

Italien

Bis Ende 1945 kehren zwei Drittel der Italiener (rund 1 Million) nach Italien zurück. Die Heimkehrer fahren zumeist über die Brennerroute nach Italien. Die Einstufung der Heimkehrer erfolgt nach verschiedenen Kriterien. An oberster Stelle stehen die politisch und rassisch Verfolgten während der Zeit des Faschismus von 1922-1945. Dabei erhalten die Partisanen eine höhere Vergütung als die von den Deutschen in Konzentrationslager Deportierten. Dagegen erhalten die Personen, die nach Deutschland zur Arbeitsaufnahme gekommen sind, die Zwangsarbeiter und Militärinternierten vorerst keine Unterstützung. Begründet wird dies damit, dass es schwierig sei, die Art der Freiwilligkeit zu beurteilen. Erst 1948 wird die in Deutschland verbrachte Arbeitszeit als Kriegsgefangenschaft anerkannt.

Tschechien

Die tschechische Exilregierung beschäftigt sich schon ab 1943 mit der Repatriierung der Bevölkerung. Sie legt die Prioritäten der Heimkehrer fest. Zuerst werden die KZ-Häftlinge, dann die Zwangsarbeiter und die politischen Emigranten rückgeführt. In den von der SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces) errichteten Sammelstellen werden Repatriierungsvisa ausgestellt, Die Displaced Persons werden dann in Sammeltransporten in die Heimat gebracht. Es beantragen rund 367.000 Tschechen und Slowaken die Repatriierung

1997 wird der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds gegründet, der Entschädigungen an die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen leistet. Daneben werden mit dem Fonds gemeinsame deutsch-tschechische Bildungs- und Kulturprojekte finanziert. Die 1998 gegründete deutsche Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, finanziert aus Mitteln des deutschen Staates und von Unternehmen, leistet Entschädigungszahlungen in der Höhe von 432 Millionen DM an die tschechischen Opfer des Nationalsozialismus.

Polen

Polen und Balten sowie ZwangsarbeiterInnen aus den Teilen Weißrusslands und der Ukraine, die vor dem Krieg auf polnischem Staatsgebiet leben, haben die Wahl, in ihre Heimat zurückzukehren, in ein anderes Land zu emigrieren oder in Deutschland zu bleiben. Die polnischen ZwangsarbeiterInnen stehen nach ihrer Rückkehr in hohem Ansehen. Es werden viele Erinnerungen über die Zwangsarbeit publiziert.

Vor 1939 in Polen lebende Personen, die sich in die deutsche Volksliste eintragen ließen, und Angehörige der polnischen Minderheit in Oberschlesien sind von Repressionen betroffen. Sie werden der Kollaboration mit den Nationalsozialisten beschuldigt. Nach abgearbeiteter Schuld können sie aber in Polen bleiben. Personen, die als rein Deutsche eingestuft worden sind, werden nach dem Krieg aus Polen vertrieben.

Jugoslawien

Am 29. November 1944 werden deutsche Männer zwischen 16 und 60 Jahren des serbischen Banats, der Batschka und der Baranya in Lagern interniert. So sind bis zum Frühjahr 1945 rund 90 % der deutschen Bevölkerung in Lagern gebracht worden. In Bleiburg kommt es zum Massaker der Partisanenarmee an den kroatischen Anhängern der Ustascha. Es werden ehemalige Anhänger des kroatischen Faschismus ohne Gerichtsverfahren ermordet. Ihre Leichen verschwinden in die Karsthöhlen Istriens.

Im Januar 1946 beantragt die jugoslawische Regierung bei den Westalliierten die Ausweisung von rund 110.000 in Jugoslawien verbliebenen Deutschen nach Deutschland.

Diese Zeit wird in Jugoslawien unterschiedlich erinnert. Die „Rechte“, geprägt von den ehemaligen Exponenten und Anhängern der Ustascha, ruft nach Vergeltung für „Bleiburg“. Die ehemaligen Kommunisten, Sozialisten, Linken, die an das Vernichtungslager „Jasenovac“ erinnern, zeigen auf die Verantwortung der ehemaligen Ustascha und der katholischen Kirche Kroatiens für den Massenmord in den Ustascha-Konzentrationslagern.

Weiters betrachtet die katholische Kirche die Arbeit in Deutschland nicht als Zwangsarbeit. Sie sei aus wirtschaftlicher Not entstanden und wurde durch die bessere Bezahlung gefördert. Gewaltsame Aushebungen sieht die Kirche nicht.

Auswahl der Sterberate der Kriegsgefangenen

Herkunft	Lagerort	Sterberate
Sowjetbürger	Deutschland	57.5%
Briten	Deutschland	3.5%
US-Amerikaner	Deutschland	1.2%
Deutsche	Jugoslawien	41.2%
Deutsche	Sowjetunion	35.8%
Deutsche	Osteuropa	32.9%
Deutsche	Tschechien	5.0%
Deutsche	Frankreich	2.58%
Deutsche	USA	0.15%
Deutsche	Großbritannien	0.03%
US-Amerikaner	Japan	33.0%
Briten	Japan	24.8%

Daten von Niall Ferguson aus en.wikipedia.org/wiki/Prisoner_of_war

Todesmärsche

Räumung der Lager

Die Evakuierungsmärsche aus den Lagern gegen Ende des Krieges werden zu Todesmärschen. Waffen SS und SS-Feldgendarmerie führen sogenannte Säuberungsaktionen gegen die marschierenden Kolonnen durch. Sie berufen sich auf den Befehl, Juden im Kampfgebiet zu ermorden. Als Komplizen erweisen sich lokale Helfer. Es dürfen keine Häftlinge den Alliierten in die Hände fallen. Ein Teil der Transporte geht über Mattersburg.

Endziel Mauthausen

Die meisten jüdischen ArbeiterInnen aus dem Gau Niederdonau werden von Grammatneusiedl mit der Eisenbahn nach Mauthausen evakuiert. Dagegen müssen die Menschen aus dem Gau Steiermark zu Fuß nach Mauthausen marschieren. Die Begleit- und Bewachungsmannschaften misshandeln und erschießen Erschöpfte, Zurückgebliebene und um Nahrungsmittel Bettelnde.

Gruppe tschechischer Gefangener bei der Rückkehr aus dem Konzentrationslager Flossenbürg, Mai 1945
(Quelle: Im Totaleinsatz Seite 136)

Griechenland

Die Zwangsarbeit wird lange Zeit in Griechenland nicht erinnert und ist kein Thema der historischen Forschung über den Zweiten Weltkrieg. Nur ZwangsarbeiterInnen schreiben ihre Erinnerungen nieder, die keiner Kollaboration mit den Deutschen beschuldigt sind. In den Erinnerungen spielen die Ernährungssituation, Arbeitserziehungslager und die Bedingung der Rekrutierungen eine Rolle. Die Rückkehrer aus der deutschen Zwangsarbeit werden einer moralischen Bewertung nach folgender Rangordnung unterzogen:

- Kriegsgefangene aus dem Italienkrieg
- andere Kriegsgefangene, Geiseln und politische Häftlinge bis 1943
- sonstige Geiseln, freiwillige ArbeiterInnen.

Nach dem Militärputsch 1967 werden die Kollaborateure der deutschen Besatzung pauschal rehabilitiert. In den 1970er Jahren wird die Vergangenheitsbewältigung durch Zerstörung aller Akten und des vorhandenen Informationsmaterials durchgeführt.

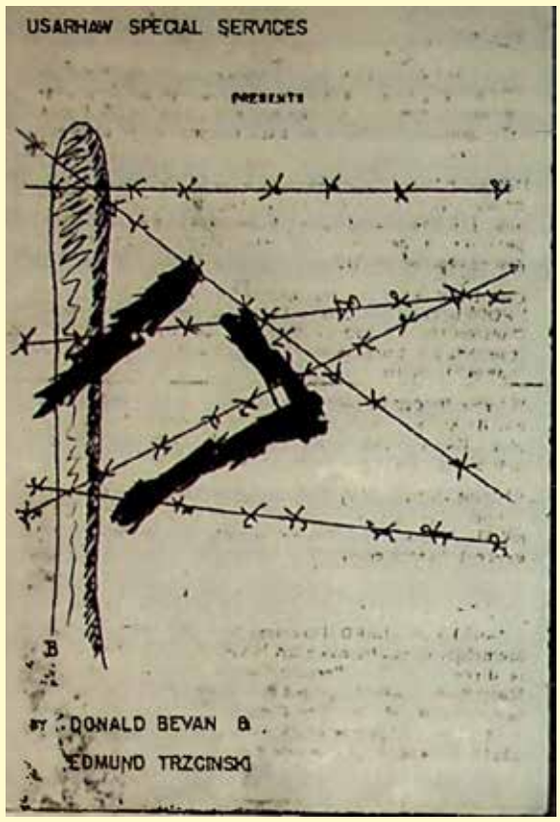
Ungarn

Die ungarischen JüdInnen, die 1944 zur Arbeit in der Ostmark verpflichtet werden, sollen auf Anordnung der deutschen Behörden gegen Ende des Krieges ermordet werden. Diejenigen, die überleben und zurück nach Ungarn kommen, werden unwillig empfangen. Ihre Wohnungen sind besetzt und sie werden ausgeraubt. Es gibt keine Aufarbeitung, keine Literatur über ihre Zwangsarbeit.

USA

Die US-Armee übergibt den Großteil ihrer Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit nach Großbritannien und Frankreich. Auch schickt sie 1945 deutsche Kriegsgefangene in die Sowjetunion. Die in den USA gebrachten ZwangsarbeiterInnen werden vor allem in der Landwirtschaft und zur Einbringung der Ernte beschäftigt.

Ihre eigenen Kriegsgefangenen werden über ein Repatriierungslager in die Heimat zurücktransportiert. In Militärlagern in den USA wie Camp Kilmer in New Jersey werden sie nach medizinischen Untersuchungen nach Hause geschickt. Sie erhalten



Programm der Theateraufführung im Stalag XVII (Stelzl-Marx Seite 160)

den in der Gefangenenschaft aufgelaufenen Sold ausbezahlt. Sie erhalten Gutscheine und sechzig Tage Urlaub. Es wird ihnen geraten, über die Kriegsgefangenenschaft zu schweigen und sie zu vergessen.

Ein im Stalag XVIIB (Krems-Gneixendorf) aufgeführtes Theaterstück Stalag 17 von Bevans und Trzcinskis dient als Vorlage des Hollywood-Films Stalag 17 von Billy Wilder aus 1952. Dieser Film prägt lange Zeit die Erzählung vom Leben der US-Kriegsgefangenen in Deutschland. Lehnwörter wie „Raus“, „Apell“, „Kraut“ werden zur Charakterisierung des Lageralltags verwendet.

Bis in die 1990er Jahren wird der Begriff Zwangsarbeit vor allem für die jüdische Bevölkerung verwendet. Die aus Osteuropa stammenden ZwangsarbeiterInnen werden unterschwellig mit den Kollaborateuren der Hillfwilligen (Hiwis) und Vlasov Soldaten assoziiert.

Deutsche Kriegsgefangenenlager unter Aufsicht eine US-Soldaten bei Remagen, Rheinwiesenlager am 25.April 1945

Zwangsarbeit in Niederdonau (Niederösterreich und Nordburgenland)

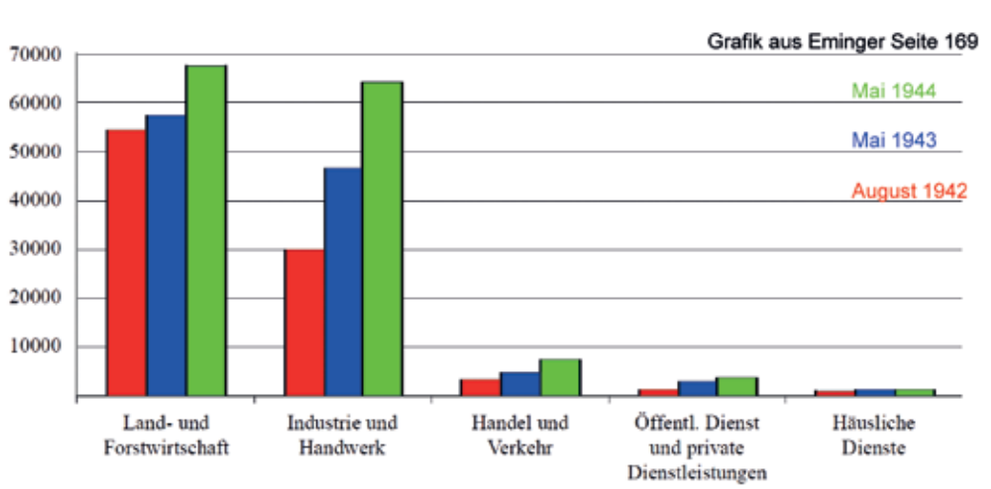
Von XrysD - Eigenes Werk, (Quelle: CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=39142077)

Niederdonau

Im Reichsgau Niederdonau (Niederösterreich und nördliches Burgenland) beträgt der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an den Beschäftigten im Mai 1944 rund 30% (144.000 Arbeitskräfte). Mehr als 80% der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft stammen aus Polen und der Sowjetunion. In der Industrie und im Handel arbeiten vor allem OstarbeiterInnen (rund 31%), tschechische Protektoratsangehörige (rund 20%) und Zivilarbeiter aus Frankreich. Hier zeigt sich die rassistische Ideologie der NS-Verwaltung. Den OstarbeiterInnen wird ein geringerer Bildungsgrad zugesprochen.

Für Mattersburg ist das Arbeitsamt in Eisenstadt zuständig. Das Arbeitsamt ist ermächtigt, Arbeitslose und Beschäftigte zur Arbeit in der Landwirtschaft zu verpflichten. Arbeitsplatzwechsel werden beschränkt und sind bewilligungspflichtig. Auch ist das Arbeitsamt zuständig, ausländische Arbeitskräfte zu vermitteln. Leiter des Arbeitsamtes Eisenstadt ist Dr. Pitsch.

Durch die Massenarbeitslosigkeit in den 1930er Jahren haben sich Arbeitslose in den landwirtschaftlichen Nebenerwerb zurückgezogen. Dieser Überschuss an Arbeitskräften in der Landwirtschaft führt durch die Aufrüstungspolitik der Nationalsozialisten zu einer Abwanderung in die Industrie. Durch das deutsche Reichserbhofgesetz, das nur mehr einen Erben für den Hof gestattet, müssen nun die Geschwister des Hoferben eine Arbeit in anderen Betrieben suchen.



Schanzarbeit am Südostwall

Vom Oktober 1944 bis April 1945 wird der Südostwall von Bratislava bis Radkersburg errichtet. Daran arbeiten zivile Personen, Angehörige des Volkssturms, der SA und der Hitlerjugend, FremdarbeiterInnen, Kriegsgefangene, ungarische Arbeitsdienstler und JüdInnen. Die Organisation Todt ist für die Planung und Überwachung der Bauarbeiten zuständig. Die Verantwortung für den Bau tragen die Gauleiter für Wien, Niederdonau und Steiermark. Sie bestimmen auch die Arbeitsbedingungen des Einsatzes.

Der Ausbau wird in Bauabschnitte unterteilt, wobei der jeweilige Kreisleiter (Edmund Brauner für Eisenstadt) die Leitung übernimmt. Ortsgruppenleiter übernehmen die Verantwortung für Unterabschnitte. Wachmannschaften bestehen aus Parteiformationen der SA, des Volkssturms und der Hitlerjugend. Der Ostwall in Niederdonau verläuft von Bratislava bis zum Geschriebenstein.

Der Bau wird im Eiltempo durchgeführt. Arbeitsdruck, Unterernährung und mangelnde Gesundheitsvorsorge führen zu vielen Todesfällen.

Das Durchgangslager in Zurndorf ist das Verteilungslager für die jüdischen Arbeitskräfte aus Ungarn. Hier werden die Toten des Transportes ausgeladen, Arbeitsunfähige ermordet und in wahrscheinlich vier Massengräbern bestattet. Ein Massengrab befindet sich in einem Eichenwald, ein anderes im Aasfriedhof von Zurndorf. Die Bestattung im Ortsfriedhof wird nicht gestattet.

An der Baulinie Niederdonau arbeiten rund 85.000 Personen, wovon rund 80% ausländische Arbeitskräfte sind.

Ödenburg und Umgebung „Killing Fields“

Im Bauabschnitt Ödenburg werden die Arbeitskräfte auf verschiedene Lager in Fertörakos, Agfalva, Harka, Kophaza, Nagycenk, Sopronbanfalva, Balf, Hidegseg und Ilonamajor verteilt. In Sopron befindet sich auch ein Durchgangslager, von dem aus Leute in weitere Arbeitslager verteilt werden. Es ist geplant, rund 8000 Arbeitskräfte einzusetzen.

Durch die harte Arbeit, mangelhafte Unterkünfte, mangelnde Ernährung und Hygiene wird dieser Abschnitt zu einem Massenfriedhof. Auch Massaker durch SA Komandanten und SS Kommandos wie in Kópháza erhöhen die Zahl der Toten. So werden die Toten in Fertörakos auf 400, in Balf auf 500, in Hidegség auf 300, in Harka auf 650 (Unterabschnittsführer Ernst Pinter, Glasermeister aus Eisenstadt), in Kópháza auf 620, in Nagycenk auf 1.100, in Ágfalva auf 840, in Sopronbánfalva auf 532 und in Ilonamajor auf 1286 geschätzt.

Eisenstadt (Niederdonau-Mitte)

Die Einsatzstelle dieses Bauabschnittes ist in Eisenstadt. Die Unterabschnitte sind Winden, Donnerskirchen, St. Margarethen, Klingenbach und Draßburg. 1948 werden die Gräber der ermordeten ArbeiterInnen von Donnerskirchen in Purbach entdeckt. Es werden 332 Opfer exhumiert. In Siegendorf sind 1100 Juden in der Zuckerfabrik interniert. Rund 400 Tote, die unter diesen Arbeitsbedingungen ihr Leben lassen mussten, werden in Siegendorf begraben. Trotzdem leugnen die Gemeindevertreter, dass es in Siegendorf je ein Lager gegeben habe. In Schattendorf werden auch rund 1100 ungarische Juden interniert. Sie sind im Gasthaus Tscharmann, Gasthaus Bierbaum und in der Volksschule einquartiert. Die Anzahl der Ermordeten kann nicht genau eruiert werden. Drei Ermordete werden 1956 im jüdischen Friedhof von Mattersburg begraben.

Oberpullendorf (Niederdonau-Süd)

In Deutschkreutz werden die Arbeitsdienstler und Zwangsarbeiter in zwei großen Ställen des Schafferhofes und im Schloss untergebracht. Die Todeszahl wird auf rund 650 geschätzt. Jüdische Opfer werden in einem Massengrab auf dem verwüsteten jüdischen Friedhof bestattet.

Die Mordkommandos werden oftmals durch die Waffen-SS unter Mitwirkung von HJ, Volkssturm, SA und NSDAP Funktionären gestellt. Um Nachforschungen zu verhindern, werden die Ermordeten entkleidet und ihnen die Ausweispapiere genommen.

STEYR-DAIMLER-PUCH AKTIENGESELLSCHAFT
DER GENERALDIRECTOR UND VORSITZER DES VORSTANDES

Wien, den 14. Juli 1943

An den
Reichsfuehrer SS Heinrich H i m m l e r
B e r l i n SW 11
Prinz Albrechtstrasse

Betrifft: Errichtung eines KL in Wr. Neudorf

R e i c h s f u e h r e r !

Ich habe Ihnen anlaesslich der Zusammenkunft am Flugfeld in Graz berichtet, daß der Herr Reichsmarschall mich beauftragt hat, die FLUGMOTORENWERKE OSTMARK in Wien/Wr. Neudorf und Bruenn, die für das Jaeger-, Zerstoerer- und Bomber-Programm 1943/1944 mitentscheidend sein sollen, in allerkuerzester Zeit zum Anlauf zu bringen.
Ich bin nun seit einigen Wochen von Generalfeldmarschall MILCH bei den Flugmotorenwerken Ostmark als Kommissarischer Leiter eingesetzt und sehe, dass der Anlauf des Werkes nur mit ausserordentlichen Mitteln durchgesetzt werden kann.–
Die allergroessten Schwierigkeiten bestehen auf der Seite des Arbeitseinsatzes.
Ich bitte Sie daher, Reichsfuehrer, zu genehmigen, dass per sofort in Wiener-Neudorf ein Aussenlager des KL Mauthausen erstellt wird, mit einer Belegstaerke von ca. 2000 Mann, und dass in dieses Lager 1000 Haeftlinge, die bisher in der eisenverarbeitenden Industrie irgendwie taetig waren, und 1000 Haeftlinge, die vorerst vorwiegend fuer Bauarbeiten eingesetzt werden sollen, und bei denen es genuegt, wenn sie Hilfsarbeiten verrichten, ueberstellt werden.
Fuer den Aufbau des Lagers steht ein Bauarbeiterlager als Grundstock zur Verfuegung, das in Wr.Neudorf direkt neben dem Werk liegt und das in kuerzester Frist als KL installiert werden kann.
Ich bitte Sie, Reichsfuehrer, den SS-Obergruppenfuehrern Juettner und Pohl mitzuteilen, dass Sie mir meine Bitte erfuellen wollen; ich werde mich mit den beiden SS-Kameraden dann direkt ueber die Details der Durchfuehrung ins Benehmen setzen.–
Ich hoffe, dass Sie mir, Reichsfuehrer, bei der Durchfuehrung dieser mehr als schweren Aufgabe Ihre Unterstuetzung geben werden, so wie ich Ihnen versichere, dass ich im Bereiche meiner uebrigen Werke jederzeit mithelfen werde, dass die Belange der Waffen-SS gewahrt bleiben.

H e i l H i t l e r !

Einschreiben.

gez.: Georg Meindl
SS-Oberführer

Bundesarchiv Koblenz (BAK), NS 19/94

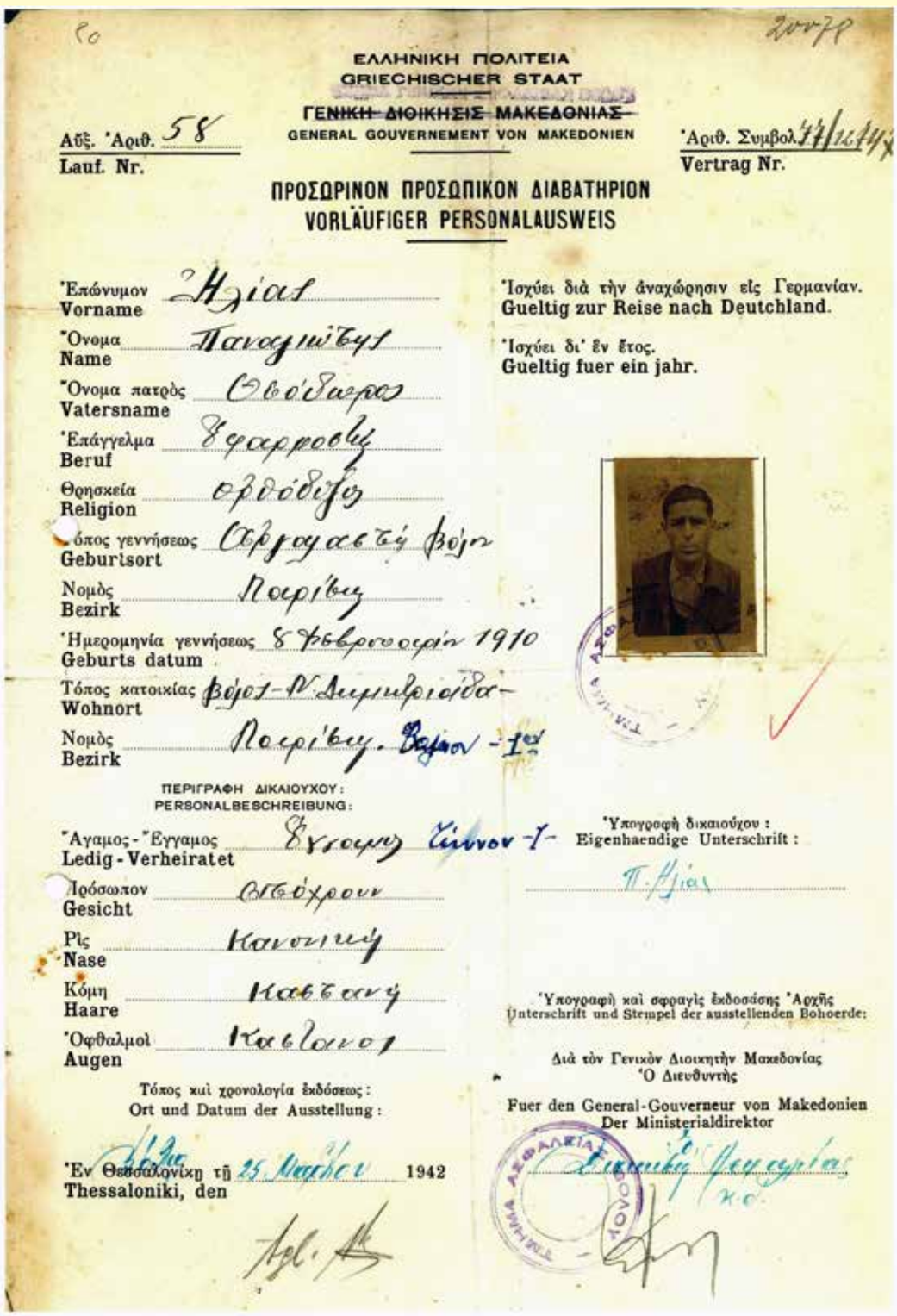
aus Freund Florian: Kriegswirtschaft, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich Seite 111

Konzentrationslager Mauthausen

Die Auswahl der Lage für das Konzentrationslager Mauthausen ist vor allem wegen der dort vorhandenen Steinbrüche bedingt. Die SS will durch das Steinmaterial aus den Steinbrüchen die städtebaulichen Pläne für die Errichtung der Führerstadt Linz zur Verfügung stellen. Linz wird eine bedeutende wirtschaftliche und kulturelle Rolle im Deutschen Reich zugesprochen. Die baulichen Veränderungen beinhalten den Bau einer Prachtstraße mit Oper, Theater und einem Führermuseum, die die größte Kunstgalerie der Welt beherbergen soll.

So erfolgt bereits im April 1938 die Gründung der „Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH (DEST)“ mit Sitz in Berlin. Sie soll die Tätigkeiten der SS auf dem Baustoffsektor koordinieren. Ende 1939 wird von der DEST der Steinbruch Kastenhof erworben, wo das Konzentrationslager Gusen errichtet wird. Das Konzentrationslager dient bis 1942 vor allem der Vernichtung der politischen Gegner durch forcierte Arbeit. Dies zeigt sich an der hohen Sterblichkeit der Häftlinge.

Ab 1943 bekommt aber der Einsatz als Arbeitskraft eine gewichtigere Bedeutung. Die Häftlinge werden nun vermehrt in kriegswichtigen Produktionen eingesetzt. Die Reichswerke Hermann Göring mit der Hütte Linz und Steyr-Daimler-Puch AG und die nach Österreich verlagerte Flugzeugindustrie beschäftigen Häftlinge in ihrer Rüstungsproduktion. Ab Herbst 1943 wird die Produktion unter Tag verlegt, damit sie von den Luftangriffen geschützt ist. Die größten unterirdischen Anlagen werden bei Ebensee, Melk und St.Georgen an der Gusen errichtet.



ΕΛΛΗΝΙΚΗ ΠΟΛΙΤΕΙΑ
GRIECHISCHER STAAT
~~ΓΕΝΙΚΗ ΔΙΟΙΚΗΣΙΣ ΜΑΚΕΔΟΝΙΑΣ~~
GENERAL GOUVERNEMENT VON MAKEDONIEN

Αὔξ. Ἀριθ. 58 — Lauf. Nr.
Ἀριθ. Συμβολ. 47/1944 — Vertrag Nr.

ΠΡΟΣΩΡΙΝΟΝ ΠΡΟΣΩΠΙΚΟΝ ΔΙΑΒΑΤΗΡΙΟΝ
VORLÄUFIGER PERSONALAUSWEIS

Ἐπώνυμον / Vorname: Ἠλίας
Ὄνομα / Name: Παναγιώτης
Ὄνομα πατρὸς / Vatersname: Θεόδωρος
Ἐπάγγελμα / Beruf: Φαρμακοποιός
Θρησκεία / Religion: ὀρθόδοξος
Τόπος γεννήσεως / Geburtsort: Ἀργαστὴ Βόλου
Νομὸς / Bezirk: Μαγνησίας
Ἡμερομηνία γεννήσεως / Geburts datum: 8 Φεβρουαρίου 1910
Τόπος κατοικίας / Wohnort: Βόλος - Ν. Δημητριάδα
Νομὸς / Bezirk: Μαγνησίας. Βόλος - 1ος

Ἰσχύει διὰ τὴν ἀναχώρησιν εἰς Γερμανίαν.
Gueltig zur Reise nach Deutchland.
Ἰσχύει δι' ἓν ἔτος.
Gueltig fuer ein jahr.

ΠΕΡΙΓΡΑΦΗ ΔΙΚΑΙΟΥΧΟΥ:
PERSONALBESCHREIBUNG:

Ἄγαμος - Ἔγγαμος / Ledig - Verheiratet: Ἔγγαμος Κύριον -1-
Πρόσωπον / Gesicht: Ὠοειδές
Ρὶς / Nase: Κανονική
Κόμη / Haare: Καστανή
Ὀφθαλμοί / Augen: Καστανοί

Ὑπογραφὴ δικαιούχου:
Eigenhaendige Unterschrift:
Π. Ἠλίας

Τόπος καὶ χρονολογία ἐκδόσεως:
Ort und Datum der Ausstellung:
Ἐν Θεσσαλονίκῃ τῇ 25 Μαρτίου 1942
Thessaloniki, den

Ὑπογραφὴ καὶ σφραγὶς ἐκδοσάσης Ἀρχῆς
Unterschrift und Stempel der ausstellenden Behoerde:
Διὰ τὸν Γενικὸν Διοικητὴν Μακεδονίας
Ὁ Διευθυντής
Fuer den General-Gouverneur von Makedonien
Der Ministerialdirektor

Vorläufiger Personalausweis eines griechischen Zwangsarbeiters bei den Hermann Göring Werken in Linz 1942 (Quelle: Dokumentationszentrum der voestalpine AG)

STALAG XVII A Kaisersteinbruch

Lager ist eine ehemalige k.k. Kaserne

1912 verkauft das Stift Heiligenkreuz sein Gut Königshof an das Militär. Es wird dort ein Ausbildungsort für die Artillerie eingerichtet. Das Lager 1 wird von 1914-1917 als Uchatius Kaserne errichtet. Im Ersten Weltkrieg besteht dort auch ein Kriegsgefangenenlager der Monarchie. Der Bau des Lagers beginnt im Jahre 1916. Diese Lagereinrichtungen werden unter der austrofaschistischen Regierung als „Anhaltelager“ im Jänner 1934 für Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten verwendet. Ende April 1934 wird das Anhaltelager aufgelöst und die Gefangenen werden nach Wöllersdorf gebracht.

1939 Einrichtung als Kriegsgefangenenlager

Kaisersteinbruch ist das erste Kriegsgefangenenlager in der Ostmark im August 1939. Zuerst wird es als Durchgangslager errichtet und kurz darauf am 30.September 1939 wird es zum Stammlager Stalag XVII A für Kriegsgefangene. Zur Erweiterung des Lagers werden auch die anliegenden Orte gebraucht. So werden die Ortschaften Kaisersteinbruch und Sommerein geräumt und die Bevölkerung wird zwangsweise ausgesiedelt. Das Lager I besteht aus 41 gemauerten Baracken und das neu errichtete Lager II aus 32 Holzbaracken und kleineren Gebäuden.

Herkunft der Kriegsgefangenen

Kaisersteinbruch wird im Jahre 1940 eines der größten Kriegsgefangenenlager im Deutschen Reich. Den höchsten Anteil an Kriegsgefangenen stellen die Franzosen. Die Serben sind die zweitgrößte Gruppe. Sie werden ab 1942 von den Soldaten aus der Sowjetunion als zweitgrößte Gruppe abgelöst, die ab November 1941 in das Lager kommen. Es finden sich offiziell wenige polnische Kriegsgefangene im Lager, da sie formal zu Zivilarbeitern erklärt werden. So können die völkerrechtlichen Bestimmungen des Arbeitseinsatzes von Kriegsgefangenen umgangen werden. Zu Ende des Krieges wird das Lager zum Sammelort von Kriegsgefangenen der ehemals mit dem Deutschen Reich verbündeten Armeen der Slowaken, Rumänen und Bulgaren.

Jahr	Franzosen	Briten	Belgier	Polen	Serb,Griche,Sonst	Russen	Italiener	Gesamt	Arbeitseinsatz
10.09.1940	40238	1	3593	176				43964	29838
01.07.1941	19749	46	535		6893	2		27725	
01.01.1942	25869		2167	584	10791	7183		46594	39836
01.01.1943	24517		2113	218	9817	13610		50275	46805
01.09.1943	17179	2	907	72	6304	8767		33231	27852
01.01.1944	16772	1684	867	74	6753	9473	14527	50151	41268
01.07.1944	16416	1268	856	94	6085	12297	14880	51896	41610
01.01.1945	16307	1339	828	1290	1062$	16937	3470	50785	

.

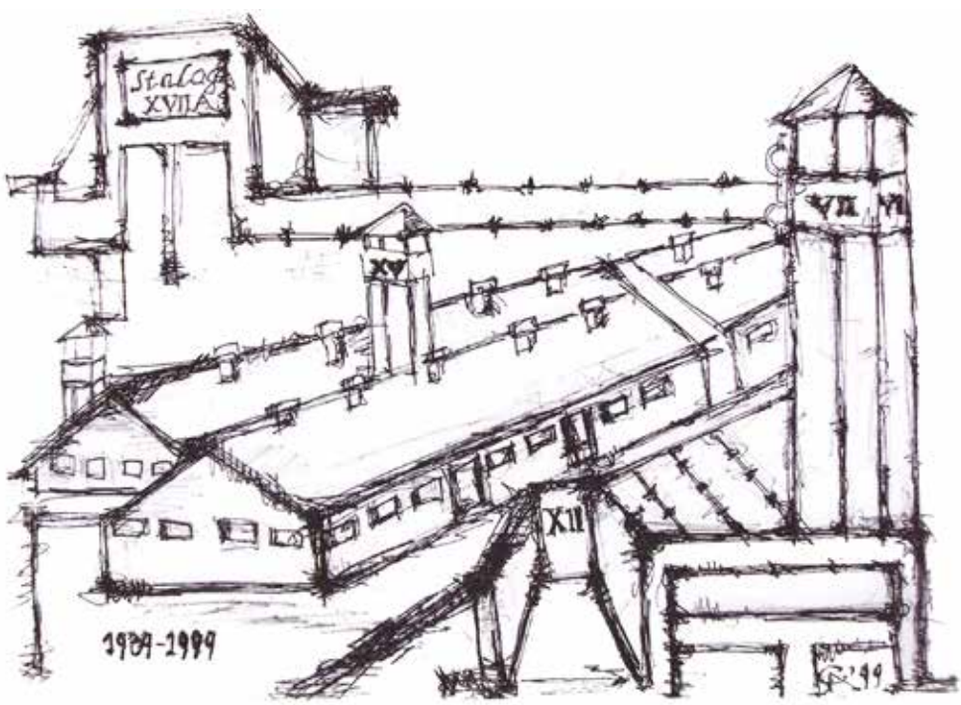
Auflösung des Lagers

Mit dem Heranrücken der Roten Armee wird das Lager aufgelöst und zwischen 30.März und 2.April 1945 marschieren die Gefangenen Richtung Westen nach Braunau. Der Großteil der Gefangenen folgt dem Aufruf, obwohl die Verpflegung auf dem Evakuierungsmarsch nur durch die Bevölkerung ermöglicht werden kann. Es herrscht die Angst, dass die Zurückgebliebenen ermordet würden. Die im Lager zurückgebliebene Wachmannschaft verlässt das Lager vor Eintreffen der Roten Armee.

Ernährung

Die französischen Kriegsgefangenen erhalten von Familienangehörigen, vom internationalen Roten Kreuz und von der Regierung Petain (Colis Pétain) Pakete, die ihnen die Versorgung mit genügend Lebensmitteln ermöglicht. Ähnlich wird die Ernährung der belgischen Kriegsgefangenen gesichert. Die in der Hierarchie an unterster Stelle stehenden sowjetischen Soldaten leiden unter Mangelernährung. Sie erhalten keine Pakete. Insbesondere durch die Isolierung in eigenen Barackenlager ist die Möglichkeit, Lebensmittel von den anderen Kriegsgefangenen zu bekommen, begrenzt.

Lager Kaisersteinbruch. (Quelle:DÖW)



Skizze für Bronzeplatte STALAG XVII A, 1998
Bleistift und Fineliner auf Papier, 42 cm x 29,7 cm

Hierarchie

Die Behandlung der Kriegsgefangenen erfolgt nach rassisch-nationalen Vorstellungen. Die materielle Besserstellung der britischen Gefangenen erregt Mißgunst bei den deutschen Bewachern. Ebenso werden Franzosen und Belgier besser behandelt. Für die Serben und Griechen bestehen Beschränkungen im Empfang von Paketen. Polen werden schlecht behandelt, da für sie nur Teile der Genfer Konvention angewendet werden. Ebenso werden die italienischen Militärangehörigen nur nach dem Status von Internierten behandelt. Für die sowjetischen Gefangenen wird der Stalag zu einem Todeslager. Jüdische Sowjetsoldaten werden sofort ermordet.

(Quelle: Stelz-Marx Seite 43)

Bewachung

Die Bewachung des Lagers wird von Landesschützenbataillonen durchgeführt, die aus älteren, nicht mehr fronttauglichen Wehrpflichtigen bestehen.

Lager Kaisersteinbruch. (Quelle: DÖW)

Belgische Kriegsgefangene mit deutschem Wachspersonal. Die bildliche Darstellung zeigt eine Fraternisierung der Herrenvölker. (Quelle: DÖW)

Kriegsgefangene der französische Kolonialtruppe - sie werden rassischen Untersuchungen unterzogen und als exotische Wesen betrachtet. (Quelle: DÖW)

Russische Kriegsgefangene: Die Form der bildlichen Darstellung von hungernden und schlecht bekleideten Kriegsgefangenen bestätigt die nationalsozialistische Vorstellung der niedrigen Kulturstufe der Slawenvölker. (Quelle: DÖW)

Bestattung auf dem Russenfriedhof in Sommerein. (Quelle: DÖW)

Registrierung polnischer Kriegsgefangener im April 1940 in Kaisersteinbruch. (Quelle: DÖW)

Die Sowjetischen Kriegsgefangenen werden getrennt von den anderen Kriegsgefangenen untergebracht. Durch ihren schlechten Gesundheitszustand kommt es zum Ausbruch von Epidemien wie Fleckfieber und Ruhr. Ein Teil der Sowjetsoldaten hat den Transport in offenen Viehwaggons von den Frontlagern nicht überlebt. So werden bis 1945 rund 9.500 russische Soldaten, aber nur rund 216 Soldaten anderer Nationen auf dem Lagerfriedhof begraben.

Serbische Kriegsgefangene in Kaisersteinbruch. (Quelle: KG Hubert Sitar)

Rassenphysiologische Untersuchungen

1940 führt Robert Stigler Professor für Anatomie „Rassenphysiologische Untersuchungen“ an farbigen Kriegsgefangenen durch. Er publiziert seine Untersuchungen 1943 in der Zeitschrift für Rassenphysiologie.

Begräbnis eines serbischen Kriegsgefangenen im Lagerfriedhof. (Quelle: KG Hubert Sitar)

Serbische Kriegsgefangene in Kaisersteinbruch. (Quelle: KG Hubert Sitar)

Arbeitseinsatz

Die Planungen für den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen beginnen bereits 1937. Es sind bis zu 80% der Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz. Die „Gruppe Arbeitseinsatz“ der Lagerkommandantur ist eine personalintensive Dienststelle. Die Organisation und Planung des Arbeitseinsatzes der Kriegsgefangenen wird in Zusammenarbeit vor allem mit der Arbeitsverwaltung erstellt. Die Kriegsgefangenen werden in Arbeitskommandos eingesetzt.

Die Landwirtschaft ist bei Kriegsgefangenen und Wachen wegen der besseren Verpflegung beliebt. Weitere Einsatzbereiche sind Gewerbe wie Tischler, Maurer und die Heeresverwaltung wie Schreiber, Postverteilung.

Orthodoxer Gottesdienst im Lager in Kaisersteinbruch. (Quelle: KG Hubert Sitar)

Offizielle Lagerfotos aus Kaisersteinbruch

Die Fotos dienen vor allem der persönlichen Erinnerung. Die belgischen und französischen Kriegsgefangenen werden oftmals mit den Wachmannschaften abgebildet.

(Quelle: Museums- und Kulturverein Kaisersteinbruch, Kembitzky)

MUSIC-HALL
GAIS LURONS

Tournée
J'Y VAIS

Beschlüsse des Gemeindetages Mattersburg

Pkt.59. Gefangenenlager Errichtung.

Vorsitzender berichtet, daß es wegen Mangel an Arbeitskräfte für die Landwirtschaft und verschiedene Gemeindearbeiten, notwendig wurde, Kriegsgefangene einzustellen. In Urbarialsaal wurden verschiedene durch die Militärverwalltung vorgeschrie = bene Umänderung (Hütenbau für die Feldküche, Strohsäcke und Deckenankauf, Fenstern mit Stacheldraht versichert) vorgenom = men: die Kosten wurden vorläufig durch die Gemeinde vorgestreckt und werden auf die einzelnen Personen welche Gefangene in Anspruch nehmen, aufgeteilt und einkassiert.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sitzung des Gemeindetages vom 13.Juli 1940 über den Arbeitskräftemangel

Im Gemeindetagsprotokoll vom 18.Jänner 1941 wird unter Punkt 5 angeführt: „beantragt Vorsitzender wegen Mangel an geeigneten Arbeitskräften für Gemeindearbeiten 20 Kriegsgefangene anzufordern“

Pkt.40. Schupfenbau im Hofe des Gemeindeamtes.

Hiezu berichtet der Vorsitzende, dass er jetzt Gelegnheit hätte, eine Anzahl russischer Kriegsgefangene zu erhalten, die wir notwendig für Aufräumungsarbeiten im Judenviertel, zur Instandsetzung der Feldwege, zur Kanalisierungs und Strassenarbeiten in der Hintergasse und im neuen Bauviertel, sowie zu anderen diversen notwendigen Arbeiten der Gemeinde dringend benötigen würden, da mit unseren alten Arbeitern und den jugendlichen Kräften nicht viel zu unternehmen ist. Für die Unterbringung der Gefangenen müsste die Gemeinde ein eigenes Lager zur Verfügung stellen, zu diesem Zwecke wäre die Erbauung eines Querschupf im hinteren Teil des Hofes der Gemeindekanzlei der geeignetste Platz, da hiedurch auch gleichzeitig das ganze übrige Gebäude und der Hofraum gegen Nordwestwinde (die besonders im Winter zu spüren sind), geschützt wäre. Überdies könnten dann später die Räume für Unterbringung der Stierwirtschaft verwendet werden. Da der Gemeinde die notwendigen Baustoffe, wie Schotter, Steine, Sand, Ziegel, Holz, Eisen, Zement zur Verfügung stehen, so ist der Vorsitzende der Meinung, dass man mit dem Bau baldigst beginnen sollte.

Sitzung des Gemeindetages vom 19.Juli 1941 über den Bau eines Schupfen

Gemeindetagsprotokoll vom 19.Oktober 1941

Pkt.49. Verwendungsart des von der Gemeinde im Hof rückwärts der Gemeindekanzlei erbauten Gebäudes welchen einen Saal, 2 Räume und einen größeren Nebenraum enthält. Hiezu berichtet der Vorsitzende, dass der seinerzeit beschlossene Bau seine Vollendung entgegengeht und bringt er den Anwesenden Beigeordneten und Ratsherren die geplante Verwendungsart zur Kenntnis. Der Bau war ursprünglich zur Unterbringung von russischen oder serb. Kriegsgefangenen geplant, die ja von den franz. Gefangenen getrennt unterzubringen gewesen wären. Da eine Zuweisung solcher Gefangener nicht erfolgte, sollten in zweiter Linie, Schüler des Internats der Oberschule untergebracht werden, hiezu war der Saal als Schlafraum gedacht, der große Nebenraum als Tagraum, ein Raum für eine Aufsichtsperson und ein Raum als Küche. Da die Schüler jedoch bei Privatparteien untergebracht wurden, entfällt auch diese Verwendungsart. Nunmehr ist folgende Verwendungsart für die Räume geplant: Der Saal für die Hitlerjugend als Appell- und Schulungsraum, auch können darin Versammlungen und Besprechungen der Bauern sowie der Urbarialgemeinde abgehalten werden. Die zwei kleineren Räume stehen für die Abhaltung von diversen Kursen der N.S.V. zur Verfügung.

Gemeindetagsprotokoll vom 12.Juli 1943

Pkt.7. Errichtung einer feinmechanischen Werkstätte zur Erzeugung von Elektro und optischen Erzeugnissen für Flugzeuge und Panzer auf dem Grundstück des Wasenmeisterhauses, Angergasse 33. Hiezu berichtet der Vorsitzende, dass er mit der in Kettwig a/d. Ruhr derzeit sesshaften Firma Funke und Huster Elektrotechnische Fabrik, die wegen der ständigen Bombardierungen des rheinischen Industriegebietes ihren Betrieb in die Ostmark verlegen will, in ernstlichen Verhandlungen vor dem Abschluss stehen. Geplant ist vorläufig die Errichtung von 2 Arbeitshallen mit je 500m² mit Elektrobetrieb, und werden bei vollem Betrieb cirka 100 Arbeitskräfte Verwendung finden können. Als Kaufpreis wurden Rm 12,000 vorläufig von der Gemeinde verlangt und ist die Firma mit dem Preis einverstanden. Nach Erledigung aller Formalitäten wird der Kaufvertrag mit der Firma beschlossen werden.

Gemeindetagsprotokoll vom 30.Jänner 1944

Unter Punkt 3: Sicherstellung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft durch Errichtung eines Lagers und Einstellung von Kriegsgefangenen

Hiezu berichtet Ratsherr Hans Rigler, dass die Gemeinde bestrebt sein soll, wegen der Anbau- und Erntearbeiten für das kommende Wirtschaftsjahr 1944, rechtzeitig noch zusätzlich zu den bereits vorhandenen Kriegsgefangenen und ausländ. Arbeitskräften solche im Weg des Arbeitsamtes sicher zu stellen, da man sicher bis zum Frühjahr hinaus noch mit einer ziemlichen Anzahl von Einrückungen (auch in der Landwirtschaft) rechnen wird müssen und beantragt demzufolge der Ratsherr, die Gemeinde möge ein Lager sicherstellen und wenn möglich noch bis zu 50 Kriegsgefangene einstellen.

Nach kurzer Debatte wurde über diesen Punkt, seitens des Vorsitzenden (Anm. BM Giefing) folgender Beschluss gefasst:

Beschluss: Damit im kommenden Wirtschaftsjahr ganz besonders auf dem Sektor der Landwirtschaft auch bei noch zu erwartenden Einziehungen keinerlei Arbeitermangel entsteht, ist die Gemeinde entschlossen, alles wegen Erlangung von noch 50 Mann Kriegsgefangenen zu tun, und für deren Versorgung und Unterbringung ein entsprechendes Lager sicherzustellen.

„Zigeunerlager“ Lackenbach

Die Verfolgung der Sinti und Roma fällt in die Kompetenz der Kriminalpolizei unter Führung von Reichsführer SS Heinrich Himmler. Die Rassenideologen des Nationalsozialismus schaffen keine Grundlage für ein Zigeunergesetz, da ihre indische Herkunft als arisch betrachtet wird. Es werden rund 11.000 Sinti, Roma, Lovara und Kelderash („Zigeuner“) in Österreich gezählt. Im Burgenland befinden sich vor allem rund 9.000 Roma („Burgenlandzigeuner“).

Entzug der Rechte der Roma

Bereits seit 1928 wird von der Bundespolizei in Eisenstadt eine „Zigeunerkartothek“ geführt. Der burgenländische Gauleiter Portschy hat in seinem Werk „Zur Lösung der Zigeunerfrage“ die Ermordung durch Zwangsarbeit, Deportationen oder Sterilisation vorgeschlagen. Bereits März 1938 werden den Roma vom Gauleiter der Schulbesuch und das Musizieren verboten und das Wahlrecht genommen. Im Dezember 1938 werden ihnen ihre Gewerbeberechtigungen entzogen, womit ihnen ihre traditionellen Einkommen verwehrt werden. Bereits im August 1938 werden die Roma zur Zwangsarbeit unter SS-Bewachung verpflichtet.

Errichtung von Lagern

1939 werden die Roma zur Zwangsarbeit in Lagern eingeschlossen. Die Lager befinden sich in Salzburg Maxglan. Ein vorübergehendes Lager existiert auf der Trabrennbahn im Stadtteil Parsch. Im Juni 1939 erfolgt die Deportation von 3.000 Roma in die KZ von Dachau und Ravensbrück. Die Roma und Sinti werden beim Bau der Autobahn eingesetzt. Ein Gruppe der Sinti wird auch beim Filmwerk „Tiefland“ von Filmregisseurin Riefenstahl als Komparsen verpflichtet.

Lager in Lackenbach

Das größte österreichische Lager für Roma wird im November 1940 in Lackenbach eingerichtet, auf einem ehemaligen Gutshof der Esterházy. Es fehlt an Wasser und sanitären Einrichtungen. Die Häftlinge sind dem Lagerleiter völlig ausgeliefert. Es werden vor allem Roma eingeliefert. Kleinere Gruppen wie Sinti kommen aus anderen Gebieten Österreichs, aus Ungarn und Italien. Es werden insgesamt rund 4000 Personen dorthin gebracht. Das Selektionskriterium für die Ermordung ist vor allem der Grad der Arbeitsfähigkeit. Die Transporte gehen nach Lodz zum Vernichtungslager Kulmhof. Fleckfieber-Epidemien fordern ebenfalls viele Tote.

Es ist vorgesehen, dass sich das Lager durch Zwangsarbeit der Häftlinge selbst finanziert. Sie arbeiten in der Land- und Forstwirtschaft und in der Bauindustrie. Sie werden an Privathaushalte, Gastbetriebe und Privatfirmen in der Umgebung vergeben. Dafür müssen ortsübliche Löhne bezahlt werden. 90% des Lohnes geht an die Lagerverwaltung und nur 10% erhält der Häftling.

Gefangenenlager in Mattersburg

1940 wird der Urbarialsaal in der Hauptstraße als Gefangenenlager adaptiert. Die Fenster werden mit Stacheldraht verschlossen. Die Gemeinde finanziert auch eine Feldküche, Strohsäcke und Decken. Dort werden in der Folge Franzosen, Polen und Ukrainer eingesperrt. Sie werden für landwirtschaftliche Arbeiten bei Bauern herangezogen.

Im Juli 1941 wird für Arbeiten in der Gemeinde vom Gemeindetag der Wunsch geäußert, russische Kriegsgefangenen zu bekommen. Für die Errichtung eines Lagers wird der hintere Teil des Hofes der Gemeindekanzlei (Bezirkshauptmannschaft) ausgewählt. Der Bau wird 1941 fertiggestellt, aber es werden keine Kriegsgefangenen geschickt. Dieser Saal wird dann für Versammlungen und Schulungen der nationalsozialistischen Organisationen wie der Hitlerjugend verwendet.

Am Bahnareal vor der Schinderbrücke in Richtung Feldgasse werden Holzbaracken für ein Auffanglager für Kriegsgefangene errichtet. Vorerst werden dort russische Kriegsgefangene interniert. Die russischen Kriegsgefangenen werden dann nach Walbersdorf verlegt, wo sie in den Ziegeleien Zwangsarbeit verrichten müssen. Danach werden im Lager in der Schinderbrücke britische Kriegsgefangene einquartiert. Sie arbeiten am „Rutscher", einem Erdrutschgebiet neben der Eisenbahn, an der Errichtung einer Hochspannungsleitung zwischen Mattersburg und Sauerbrunn oder an der Beseitigung der Hochwasserschäden im Zentrum von Mattersburg im Jahre 1944.

Dieses geschnitzte Kreuz erhält der Bäckermeister Rudolf Mayer von den Kriegsgefangenen als Geschenk für erhaltene Brotspenden.

Die Bewachung des Lagers erfolgt durch Soldaten und Mitglieder des Arbeitsdienstes. Darunter befindet sich auch der Tischlermeister Eduard Docekal aus Mattersburg. Vorerst gibt es mit den Gefangenen Kontakt. Lebensmittel (Eier, Kartoffel, Brot) werden gegen Schokolade und anderen Waren aus den Rot-Kreuz-Paketen getauscht, die Briten und US-Amerikaner erhalten. Diese Kontakte werden aber ab 1943 eingestellt.

Auch Deutsche Militärangehörige beziehen im Kriegsgefangenenlager in der Schinderbrücke Quartier. Ab 1943 werden sie in der katholischen Lehrerbildungsanstalt stationiert, die dann auch zum Reservelazarett umfunktioniert wird. In der Wassergasse auf der Pielhöhe wird eine FLAK Einheit eingerichtet.

In Walbersdorf entsteht ein Lager in der Feldgasse, wo vorerst Franzosen einquartiert werden. 1943 werden dann dort russische Kriegsgefangene stationiert. Sie arbeiten in den beiden Ziegelöfen in Walbersdorf.

Aus den spärlichen Informationen ist bekannt, dass bei der Sodawassererzeugung Deischler Ukrainer arbeiten. Ebenso sind im Gasthof Steiger eine Ukrainerin, ein Franzose und ein Ungar beschäftigt.

Aus Mangel an Bekleidung und Schuhwerk stellen Ostarbeiter 1944 Schuhe aus Holzsohlen und Oberteile aus Drillich her. Nach der Bombardierung durch sowjetische Tieflieger am Gründonnerstag, dem 29. März 1945, werden die Toten in der Schubertstraße von britischen Kriegsgefangenen und Helfern bestattet. Später werden die Toten auf den Soldatenfriedhof umgebettet.

Das Kriegsgefangenenlager an der Schinderbrücke wird am Karfreitag, dem 30.März 1945, aufgelöst. Die britischen Soldaten marschieren mit den Aufsichtsorganen Richtung Westen. Drei britische Soldaten verstecken sich und entgehen dem Abtransport. Eine Schwester von Bürstenbinder Lehner heiratet einen britischen Soldaten aus Schottland und zieht 1946 mit ihm nach Großbritannien.

Das Lager wird nach dem Krieg für die an Fleckfieber Erkrankten verwendet. Für die Zwangsarbeiter wird ein Sammellager beim Arbeitsamt geschaffen. Das Holzbarackenlager wird in der Folge geschleift.

Wachmannschaft mit Köchin aus Mattersburg (Foto: Ing.Docekal)

Britische Kriegsgefangene (Foto: Ing.Docekal)

Geschichte des Schülers Kulcar aus Mattersburg

Die Siedlung „Utsch“ bei der Angergasse nach der Schinderbrücke wird von Familien mit wenig Einkommen bewohnt. Dort wohnt auch die Familie Kulcar. Ein Sohn dieser Familie geht 1943 in die dritte Klasse Volksschule. Er bekommt von den britischen Kriegsgefangenen Schokolade, die sie in Care-Paketen erhalten. Er wird dabei von seiner Volksschullehrerin Holzmann entdeckt. Seine Lehrerin und der Direktor Oberndorfer, ein strammer Nationalsozialist, lassen ihn mit Hilfe von zwei Mitschülern mit einem Schild „Ich habe um Schokolade bei Feinden gebettelt. Ich bin ein Volksverräter“ durch die Stadt Mattersburg führen.

Wachmannschaft unter Führung eines Unteroffiziers aus Schlesien (Foto: Ing.Docekal)

Bauarbeiten an der 20KV Leitung mit Kriegsgefangenen

Gauwerke Niederdonau Aktiengesellschaft
Wien, 1, Teinfaltstraße 8

Betriebsverwaltung: 6g85 an 6B Bericht Nr.: 2

Arbeitsfortschritt für Bauarbeiten

für die 26 te Arbeitswoche vom 21/6 bis 27/6 1942

Anlage: 20 KV. Leitung Sauerbrunn - Mattersburg
Arbeitsnummer: 42119
Personalstand: 5 Monteure; 1 Wächter für die Gefangenen Hilfsmonteure; 10 Hilfsarbeiter;
Arbeitsstunden: 235 50 500

Durchgeführte Arbeiten:
Maste ausstreifen: —
Maste zimmern: 4 " A Maste
Maste armieren: 1 " A " armiert
Maste aufstellen: —
Löcher graben: 17 St.
Dachständer setzen: —
Mauerkonsolen setzen: —
Anker setzen: —
Seilzug: —

Sonstiges: 1 Wächter für die Gefangenen von der Gem. Mattersburg gestellt. Wald bei der Sauerbrunner Strasse ausgeholzt. Die Arbeitszeit für die Gefangenen wurde mit 50 Rpf. per St. festgesetzt. Der Wächter wird in Pauschale entlohnt. Die Verrechnung erfolgt mit der Stadtgemeinde Mattersburg. Herr Ing. Bernhardin kann diesbezüglich Aufklärung geben. Die Betriebsmonteure von 6g85 können oft nur teilweise mithelfen da der Betrieb keinen Nachteil während der Bauzeit haben darf.

Gauwerke Niederdonau Aktiengesellschaft Betriebsstelle Mattersburg
Kontrolliert:
Unterschrift

M 150—100 Bl.—IV. 40 O/0238

„1Wächter für die Gefangenen von der Gem. Mattersburg gestellt. Wald bei der Sauerbrunner Strasse ausgeholzt. Die Arbeitszeit für die Gefangenen wurde mit 50 Rpf. per St. festgesetzt. Der Wächter wird in Pauschale entlohnt. Die Verrechnung erfolgt mit der Stadtgemeinde Mattersburg. Herr Ing. Bernhardin kann diesbezüglich Aufklärung geben. Die Betriebsmonteure von 6g85 können oft nur teilweise mithelfen da der Betrieb keinen Nachteil während der Bauzeit haben darf.“

Irmgard Grafl erinnert sich

Die Familie Grafl betreibt Weinbau in Walbersdorf, Hauptstraße 8. 1994 zieht sie nach Mattersburg. Zur Unterstützung ihrer Arbeiten im Zweiten Weltkrieg bekommen sie den französischen Kriegsgefangenen Emil Broussy zugeteilt. Das Gespräch wurde am 6.Juni 2020 mit Georg Luif geführt.

„Wir haben damals schon 80.000 Liter Wein gehabt. Das war damals viel. Es gab wenige in Walbersdorf, die das gehabt haben. ... Und wir haben dann Tagwerker gehabt - Frauen aus Walbersdorf. Die Frau Bleyer, die Mutter von der Vogler Ludmilla, hat tagtäglich bei uns gearbeitet. Die war eine fleißige Frau. Sie haben wenig Geld gekriegt, aber Lebensmittel waren ihnen lieber.

Dann haben wir einen Franzosen als Gefangenen gehabt. Die Gefangenen haben im Lager gewohnt. In Walbersdorf war in der Feldgasse ein Lager. Dort befanden sich fünfzig bis sechzig Gefangene. Zuerst waren dort nur Franzosen und dann kamen Russen.

Wo die Franzosen dann hingekommen sind, weiß ich nicht. Gegessen haben sie bei uns und geschlafen haben sie im Lager. Am Abend sind sie in das Lager gegangen. Deutsche Soldaten haben sie in das Lager gebracht. Die Soldaten haben sie bewacht.

Der Franzose hat in der Wirtschaft mitgearbeitet. Wir haben mit Händen und Füßen gesprochen, weil er kein Deutsch konnte. Nach dem Krieg ist er uns noch besuchen gekommen. Das waren nette Leute. Er war bei der Post in Frankreich angestellt.

Der Franzose hat mit uns mitgegessen. Meistens haben wir Speck und Brot oder ein Schmalzbrot gehabt. Zum Frühstück gab es Kaffee oder Milch. Dazu gab es Brot, aber Marmelade gab es dazu nicht. Die Mutter hat für uns Kinder schon Marmelade eingekocht, aber wahrscheinlich nicht soviel, sonst hätte sie den Kriegsgefangenen auch etwas gegeben. Am Sonntag sind sie im Lager gewesen. Ich weiß jetzt gar nicht, von wem sie dann das Essen bekommen haben. Haben ihnen vielleicht die Bauern etwas gegeben? Das kann ich jetzt nicht genau sagen.

Sie haben Winters und Sommers gearbeitet. Im Winter haben sie Holz gehackt und ähnliche Arbeiten gemacht.

Dann hat der Kreisbauernführer Herr Schuber gesagt, der Franzose muss jetzt zum Kurz hinüber zum Arbeiten, weil der Herr Kurz zu den Soldaten einrücken musste. So haben sie ihn uns weggenommen und er ist zum Kurz gekommen. Wir haben dann Tagwerker aus Walbersdorf gehabt. In der Ziegelei in Walbersdorf haben viele Familien gewohnt. Die haben uns dann arbeiten geholfen. Der Onkel hat bei schwereren Arbeiten auch mitgeholfen. Der Onkel war der Kurz Schani.

Gefürchtet haben wir uns alle vor den Russen - das ist uns eingeredet worden. Wo die Bezirkshauptmannschaft ist, war ein großer Saal, wo wir jeden Monat oder zweimal im Monat hingehen mussten. Der Langecker Felix mit der SA Uniform hat Propagandareden gehalten. Er hatte seine SA Uniform an, eine hellbraune Uniform mit dem Bandl mit dem Hakenkreuz. Da haben sie uns von den Russen so viele Greueltaten gesagt. Da haben wir schon Angst gehabt. Das war von der Schule aus organisiert.“

Familie Grafl bei der Weinlese um 1936 (Foto: Familie Grafl)

Irmgard Grafl in ihrem Garten in Mattersburg 2020

Weihnachten 1942 in Walbersdorf. Erste Reihe: Bruder, Französischer Kriegsgefangener, Irma Grafl, Großmutter, Bruder, Großvater. Zweite Reihe: Vater, Mutter

Sohn Georges Broussy (geboren 1947) mit seiner Frau Laura

Irmgard Grafl betrachtet das Bild mit der Weihnachtsfeier 1942

Sohn Philipp Broussy (geboren 1950) mit Frau Anne-Marie

Ungarischer Zivilarbeiter als Zeuge

Protokoll über die Erschießung der Familie Steiger

Aufgezeichnet von Adalbert Steiger, einem Sohn von Anton und Elisabeth Steiger. Ein Bediensteter (Zwangsarbeiter) gibt später zu Protokoll:

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Anton Matits, geb. am 30. 9. 1920 in Bakonyako, Vesztprem magye, Ungarn, seit 8. 12. 1942 bei den Eheleuten Anton und Elisabeth Steiger als Knecht, gebe folgende Erklärung ab:

Die letzten Tage vor dem Einmarsch der Russen (ab Karfreitag den 30. März 1945) wurde im Hof des Gasthauses Munition von einigen Autos für die 2 cm Flakgruppe, die sich auch dort einquartiert hatte, abgeladen, sodass bei der Einnahme noch viele Kisten vorgefunden wurden.

Unsere Herrenleute, der Franzose Charles Jaques Leroux (Tarche), 45 Vennel Beaumonts, Orleans, die Ukrainerin mit Vornamen Madja und ich befanden uns seit dieser Zeit fast ständig im vorderen Keller (unter dem Gastzimmer). Dort wurden wir auch am Ostersonntag (1. April 1945) ca. 15:00 Uhr von russischen Soldaten (bei denen zwei Kommissare dabei waren), die Wein suchten und schon etwas angeheitert waren, entdeckt. Wir Dienstleute wurden befragt, ob die Herrenleute uns gut behandelt hätten. Der Franzose und ich bejahten dies, die Ukainerin schien dies nicht getan zu haben. Nachdem wurde die Ukrainerin von den Kommissaren nach oben gerufen, wo sie sich auch mit ihnen unterhielt. Während dieser Unterhaltung suchten sie nach Waffen und zerbrachen auch ein altes Gewehr, das vor Jahren von einer Bauerntheatergruppe vergessen worden war. Auf einmal kamen die Kommissare in den Keller und der eine schlug die Frau mit gezogenem Säbel auf den Oberarm und der andere stieß den Herrn mit seiner Maschinenpistole. Matisz-Onkel (ein Bruder des Herrn) wurde nicht belästigt. Trotz öfteren Rufens der Herrenleute kam die Ukrainerin nicht mehr, scheinbar wollte sie nichts hören. Weil der Franzose und ich auch noch befürchten mussten, diesen Schikanen ausgesetzt zu werden, versuchten wir aus dem Keller zu kommen, was uns auch gelang. Auf dem Wege nach rückwärts hegte der Franzose mit den Worten „ Madja nix gut !“ großen Verdacht, dass die Ukrainerin schlecht ausgesagt hat. Wir sprangen über die Mauer, um dadurch in den Luftschutzkeller in dem Schumachergarten zu gelangen. Trotzdem hofften wir noch, dass sich alles zum Guten wenden könnte.

Nach einer halben Stunde etwa konnte ich auf einmal vom Schumachergarten aus den eingebundenen Kopf unseres Herren kurz über die Mauer erblicken, wobei er sagte : Wohin sollen wir gehen? Danach hörten wir einige Schüsse. In der Meinung, dass jetzt wohl die Eisgrubentür eingeschossen wurde, um zum Fleisch gelangen zu können, ahnten wir noch immer nichts Böses.

Nachdem sich wieder alles beruhigt hatte, versuchte nach einer Stunde der Franzose nach den Herrenleuten und Matisz-Onkel zu sehen. Er sprang über die Mauer und konnte im Bugunderkeller (Rübenkeller) mit Schrecken feststellen, dass diese Schüsse nicht der Eisgrubentür, sondern den Herrenleuten gegolten hatten.

Von einer Verteidigung mit einer Waffe kann keine Rede sein weil ich, wie oben erwähnt, mit den Herrenleuten und Matisz-Onkel bis zu ihrer Misshandlung anwesend war.

Dies erkläre ich mit der Versicherung, dass die Schilderung keine Übertreibung ist und der Wahrheit entspricht.

Vorstehende Erklärung kann ich jederzeit auch eidlich bekräftigen. Mattersburg, am 3.Februar 1947.

Matits Anton e.h.

„Displaced Persons“ aus Mattersburg

16. April 1951

Stadtgemeinde Mattersburg.

Zahl: 569 - 1951 K/P. Mattersburg, am 12. 4. 1951.

Betr.: Bischitz Gustav, letzte Abschrift Mattersburg, Königstraße 30.

Bezug: Ihr Schreiben vom 11. 4. 1951, CM/1 No.: 1170.397.

TUMH
Letter

An die

International Refugee Organisation Austria
Refugee Center Vienna

in W i e n IV.,
Stalinplatz 11.

Auf Ihr Ersuchen um Bekanntgabe der genauen Adresse des Obgenannten müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß diese auch uns unbekannt ist.

Herr Bischitz erscheint ha. wohl noch auf Königstraße 30 polizeilich gemeldet, weil er sich von dort bis heute nicht abgemeldet hat. Den gepflogenen Erhebungen nach, jedoch, soll sich Genannter seit März d.J. in England befinden.

Inactive

Ihr

Der Bürgermeister:

Karte der International Refugee Organization Austria von Bischitz Gustav, der 1948 nach Mattersburg Königstraße 30 zurückkehrt und im März 1951 nach England ausreist.

DATELINE

INACTIVE W/R ~~INELIGIBLE~~ MC ~~ELIGIBLE~~

LEGAL AND POLITICAL PROTECTION ONLY

INTERNATIONAL REFUGEE ORGANIZATION
AUSTRIA

STATISTICAL CARD

1. SERIAL NO. 1,170.397

2. Bischitz — SURNAME
Gustav — CHRISTIAN NAMES
3. M. — SEX
4. S. — MARITAL STATUS

5. Mattersburg-Burgenland — PLACE OF BIRTH
6. 19.4.1922 — DATE OF BIRTH
7. Mos. — RELIGION
8. 1. — NO. IN FAMILY UNIT

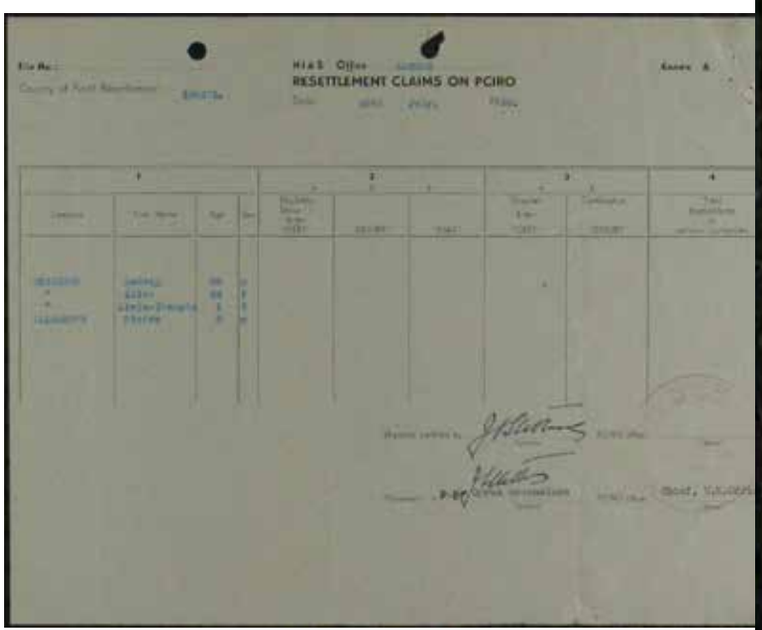
9. Mattersburg -Burgenland — LOCATION
Koenigsstrasse 30
Gemeindeamt Mattersburg: seit Maerz 51 in England
10. Austrian — PRESENT CITIZENSHIP STATUS
11. German, Hebrain, English — PRINCIPAL LANGUAGES SPOKEN
12. (a) — TRADE OR
(b) clicker — PROFESSION
13. — OCCUP. GRP.

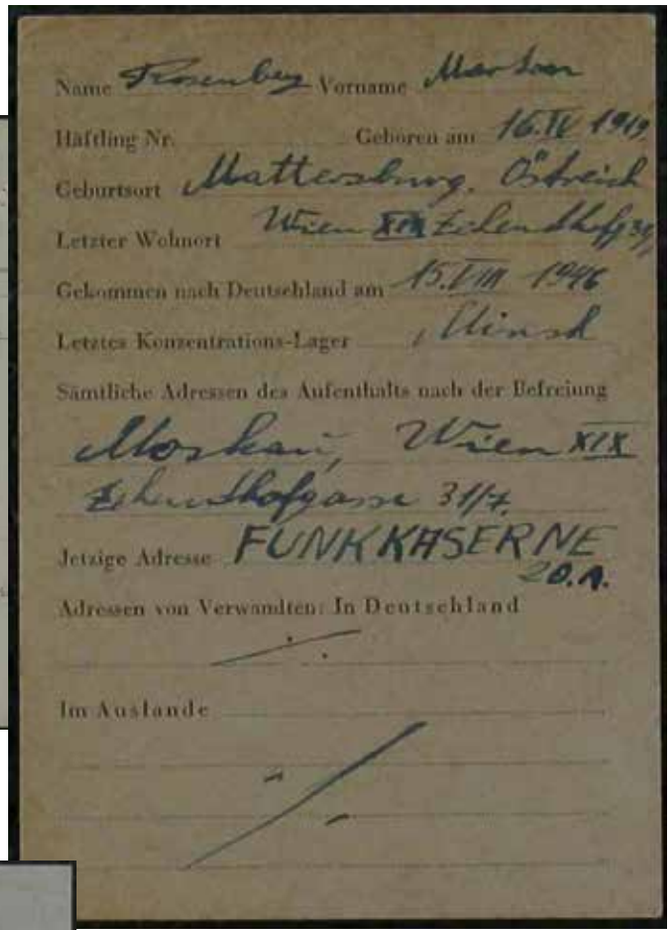
14. IDENTITY CARD VALID UNTIL
15. DATE DETERMINED ELIGIBLE ~~24. Okt. 1950~~ MC ELIGIBLE 5 FE 1951

16. DATE OF ENTRY INTO AUSTRIA 2.1948
17. DATE ADMITTED TO C & M 31.8.1950 5.9.1950

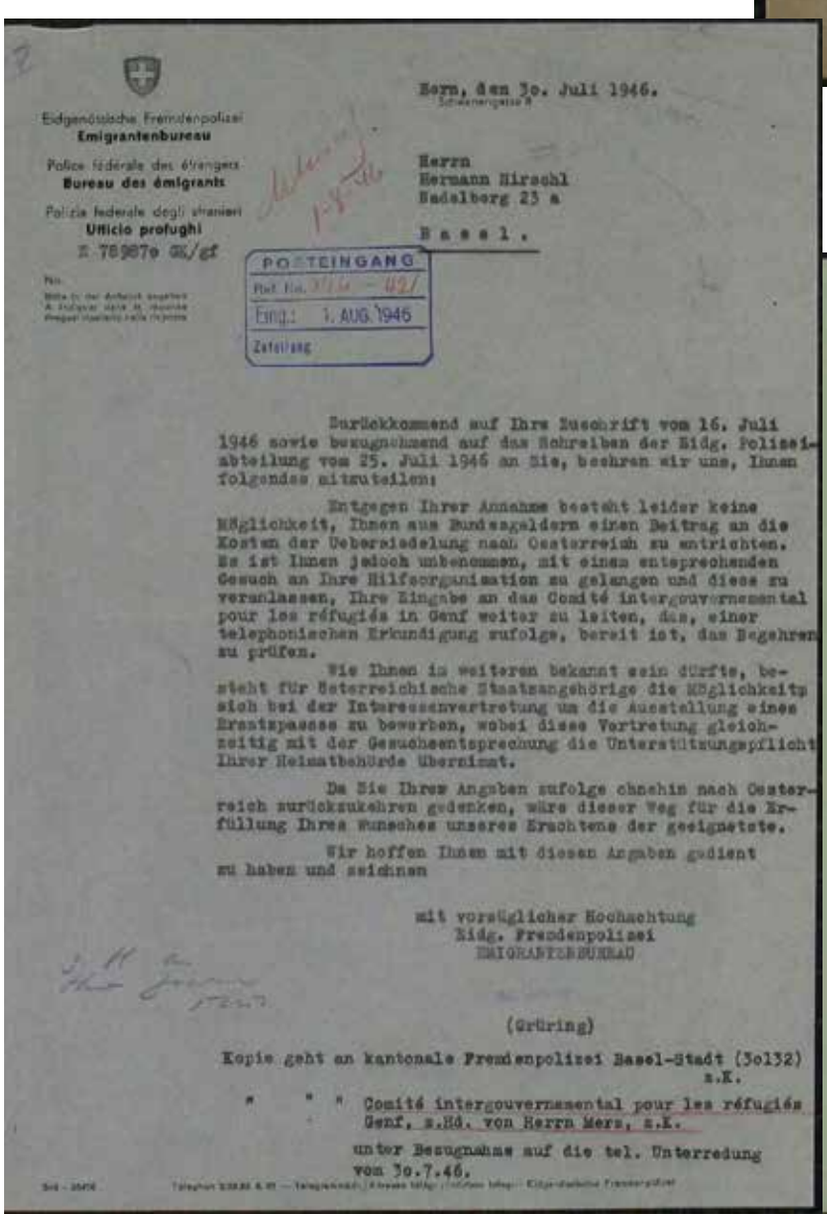
NOTE: ANY ADDITIONAL INFORMATION TO BE ENTERED ON REVERSE

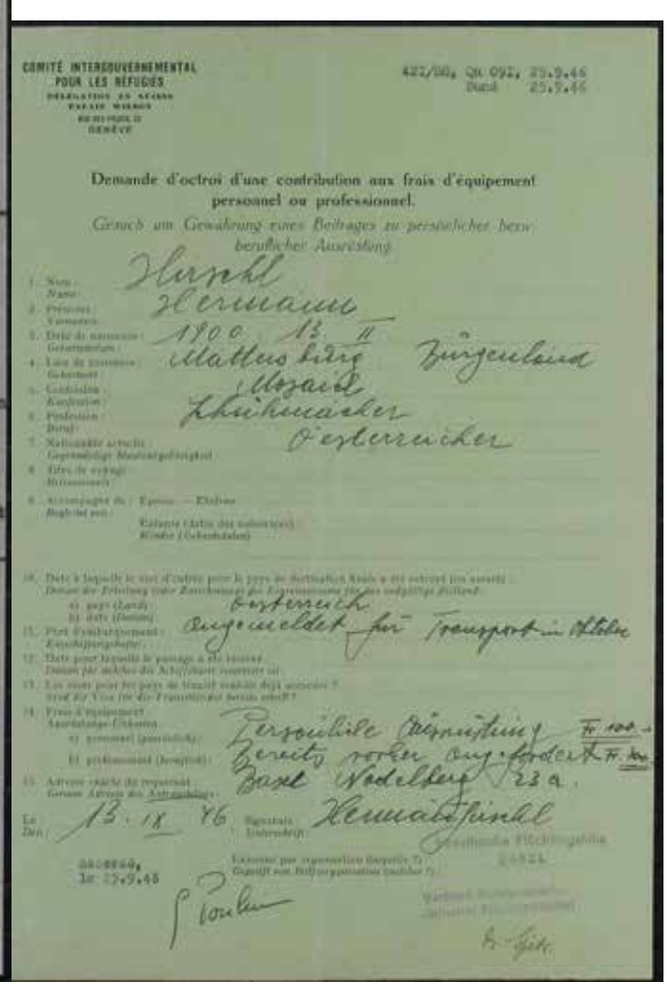
Rosenberg Martin aus Mattersburg wird aus dem KZ Minsk befreit und kommt über Moskau, Wien nach Deutschland

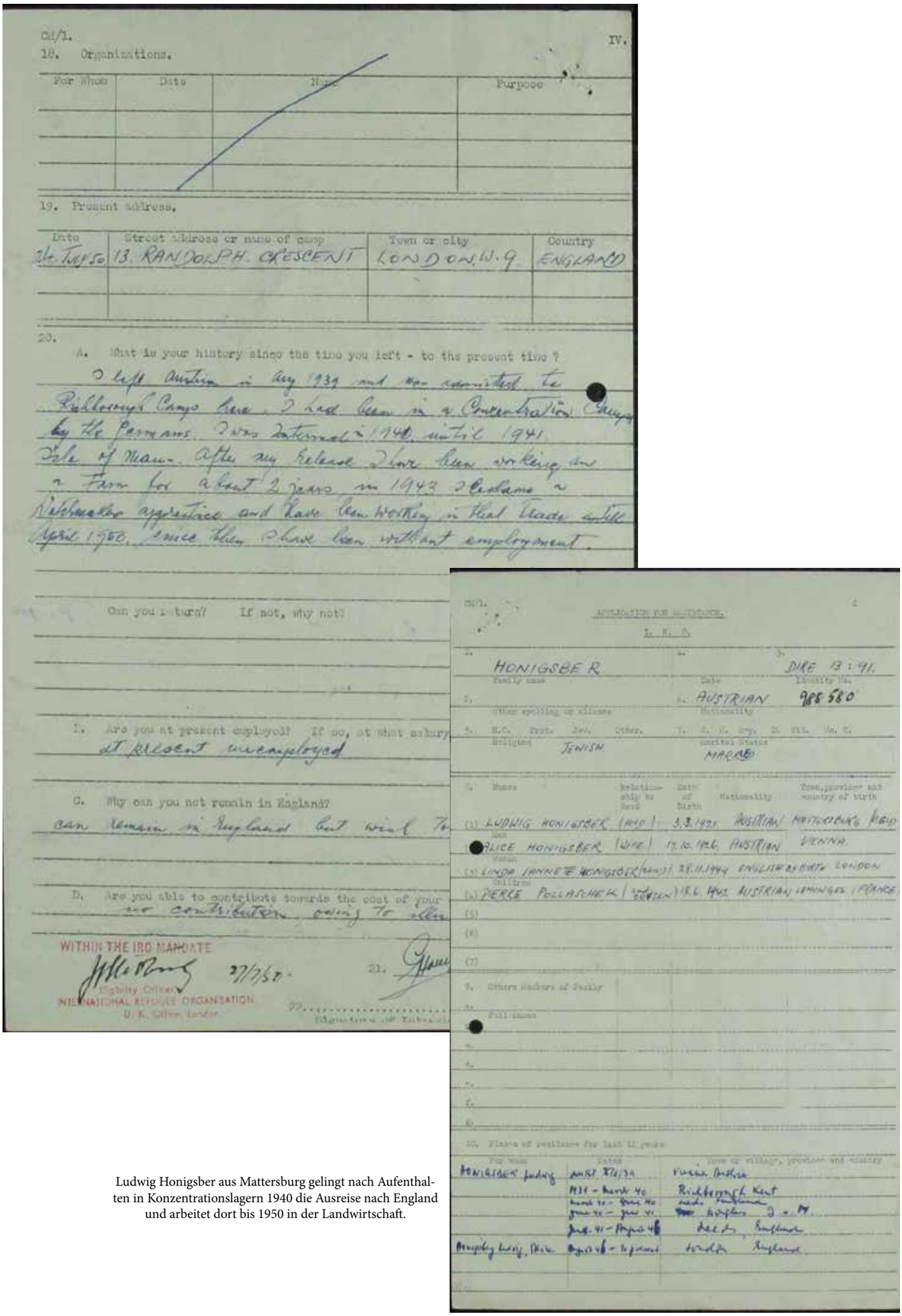




Hermann Hirschl äußert den Wunsch an das Schweizer Emigrantenbureau nach Mattersburg zurückzukehren.







CH/1. IV.

18. Organizations.

For whom	Date	Name	Purpose

19. Present address.

Date	Street address or name of camp	Town or city	Country
24. Jul 50	13. RANDOLPH CRESCENT	LONDON W.9.	ENGLAND

20.

A. What is your history since the time you left - to the present time ?

I left Austria in May 1939 and was admitted to Richborough Camp here. I had been in a Concentration Camp by the Germans. I was interned in 1940 until 1941 Isle of Man. After my Release I have been working on a Farm for about 2 years. In 1943 I became a Rickbreaker apprentice and have been working in that trade until April 1950. Since then I have been without employment.

Can you return? If not, why not?

B. Are you at present employed? If so, at what salary

at present unemployed

C. Why can you not remain in England?

can remain in England but want to

D. Are you able to contribute towards the cost of your

no contribution owing to

WITHIN THE IRO MANDATE

27/7/50.

Eligibility Officer

INTERNATIONAL REFUGEE ORGANISATION

U.K. Office, London

21.

Signature of Person

CH/1.

APPLICATION FOR ASSISTANCE.

I. R. O.

1. HONIGSBER — Family name — Date — 6. AUSTRIAN — Nationality — Identity No. DIRE 13:91. 988 580

2. Other spelling or aliases

3. R.C. Prot. Jew. Other. — Religion — JEWISH

7. S. M. Wy. D. Wid. Un. C. — Marital Status — MARRIED

4. Name — Relationship to Head — Date of Birth — Nationality — Town, province and country of birth

(1) LUDWIG HONIGSBER (HUSB) 3.3.1921 AUSTRIAN MATTERSBURG BURGENLAND

(2) ALICE HONIGSBER (WIFE) 17.10.1926 AUSTRIAN VIENNA

(3) LINDA JANNETTE HONIGSBER (DAUGHTER) 28.11.1944 ENGLISH BY BIRTH LONDON

(4) PIERRE POLLASCHEK (STEPSON) 18.6.1942 AUSTRIAN LEMINGER FRANCE

(5)

(6)

(7)

8. Other members of family

9. Full name

10. Places of residence for last 12 years

For whom	Dates	Town or village, province and country
HONIGSBER Ludwig	until 7/6/39	Vienna Austria
	1939 - March 40	Richborough Kent
	March 40 - June 40	[illegible] England
	June 40 - June 41	Douglas I. of M.
	June 41 - August 46	Leeds England
Employer Henry, Peter	August 46 - to present	London England

Ludwig Honigsber aus Mattersburg gelingt nach Aufenthalten in Konzentrationslagern 1940 die Ausreise nach England und arbeitet dort bis 1950 in der Landwirtschaft.

Glossar

Arbeitseinsatz statt Arbeitsvermittlung

Nach dem Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes von 1934 kann die Arbeitswahl nicht der freien Entscheidung des einzelnen überlassen werden. Die Staatspolitik entscheidet über den Arbeitseinsatz. Die Verwendung des Begriffes Arbeitsmarkt wird untersagt. So wird der Zuzug von jüngeren Arbeitern in die Städte verhindert und auch Berufsfremde werden als Arbeiter in der Landwirtschaft eingesetzt.

Arbeitsbuch und Arbeitsbuchkartei

Mit dem Gesetz über die Einführung des Arbeitsbuches 1935 stellt das Arbeitsamt jedem Arbeiter und Selbständigen ein Arbeitsbuch aus. Darin werden die persönlichen und beruflichen Daten aufgezeichnet. In den Arbeitsbuchkarten der Arbeitsämter werden diese Aufzeichnungen festgehalten. Ab 1936 werden Daten für die militärische Mobilisierung ausgearbeitet. Letztendlich werden 1938 35 Millionen Arbeitsbücher ausgestellt. Die Daten erhalten auch Angaben über politische Gegner und rassisch Verfolgte.

Deutsche Volksliste (DVL)

Die Bevölkerung wird in Gruppen mit unterschiedlichen Rechten geteilt. Die Deutsche Volksliste besteht aus vier Gruppen, die nach ethnischer (rassischer) Abstammung und politischem Verhalten eingeteilt werden. Es werden vier Gruppen erstellt. In die Gruppe 1 kommen die politisch aktiven Deutschen, in die Gruppe 2 die politisch inaktiven Kulturdeutschen. Die Gruppe 3 umfasst Personen mit deutscher Abstammung und die Gruppe 4 betrifft Personen mit deutscher Abstammung, die aber als polentreu gelten. Die Bevölkerung, die in die Deutsch Volksliste eingetragen wird, erhält ein abgestuftes Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft und Parteimitgliedschaft. Die nicht in die Volksliste eingetragene Bevölkerung hat den Status eines recht- und staatenlosen „Schutzangehörigen des Deutschen Reiches“. Sie müssen mit gekürzten Lebensmittelrationen leben, der Zugang zur Gesundheitsversorgung und Bildung wird begrenzt.

Diese Selektionskriterien werden 1939 im besetzten und annektierten Polen (Warthegau, Oberschlesien, Danzig) eingeführt. Dies ermöglicht in späterer Folge Polen, völkerrechtswidrig als DVL-Deutsche in die Wehrmacht einzuziehen.

Deutsche Arbeitsfront (DAF)

Nach Zerschlagung der Gewerkschaften gründen 1933 die Nationalsozialisten eine zentrale Organisation, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichweise vertritt. Sie ist die größte Massenorganisation mit rund 25 Millionen Mitgliedern. Die Unterorganisation „Kraft durch Freude“ organisiert die Freizeitaktivitäten wie Urlaubsreisen der Arbeiter.

Fremdarbeiter

Dies ist die umgangssprachliche Bezeichnung im Nationalsozialismus für zivile ZwangsarbeiterInnen. Sie wird nach 1945 weiter verwendet und dient vor allem zur Abgrenzung zu den Gastarbeitern. Durch diesen Begriff wird die Zwangssituation der zivilen Arbeiter verschleiert.

Organisation Todt

Die Organisation Todt wird 1938 zum Ausbau des Westwalls gegründet. Ziel ist es, die privaten Bauunternehmer mit dienstverpflichteten Arbeitern zusammenzubringen. Bei Kriegsbeginn wird sie eine paramilitärische Bautruppe mit militärischer Disziplin. Ab 1940 arbeitet sie vor allem in den von Deutschland besetzten Gebieten. Sie errichtet Schutz- und Rüstungsobjekte (wie Atlantikwall), Infrastrukturbauten und Instandsetzungsarbeiten nach Luftangriffen. Als Arbeitskräfte werden vor allem ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge beschäftigt. Ende 1944 verfügt die Organisation über 1.360.000 Arbeitskräfte, wovon nur 1% Deutsche sind.

Ostarbeiter

Ab 1942 verwenden die Statistiker den Begriff „Ostarbeiter“ für Arbeitskräfte aus dem altrussischen Gebiet. Darunter fallen ethnische Russen, Weißrussen, Ukrainer, Polen und die Freistaaten Estland, Lettland. Personen mit deutscher Volkszugehörigkeit fallen nicht darunter. Sie tragen einen Aufnäher mit der Inschrift „OST“. 1942 wird ein Ostarbeitererlass veröffentlicht, der die Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte regelt: Sie dürfen den Arbeitsplatz nicht verlassen, sie dürfen kein Geld, Wertgegenstände, Feuerzeug oder Fahrrad besitzen, keine Fahrkarten kaufen. Sie erhalten geringere Lebensmittelzuteilung auf den Lebensmittelkarten und weniger Lohn. Der Vorarbeiter kann vom Züchtigungsrecht Gebrauch machen. Sie dürfen keinerlei Kontakt mit Deutschen haben und Geschlechtsverkehr wird mit Todesstrafe bestraft.

Polen-Erlass

Die Rechte der polnischen Arbeitskräfte werden mit dem Polen-Erlass 1940 geregelt. Sie dürfen den Aufenthaltsort nicht verlassen, sie dürfen kein Geld, Wertgegenstände, Feuerzeug, Fotoapparat und Fahrrad besitzen, sie haben eine Ausgangssperre ab Dämmerung und dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel benützen. Sie erhalten schlechtere Verpflegung und weniger Lohn. Sie dürfen keinerlei Kontakt mit Deutschen haben. Sie müssen einen Stoffaufnäher mit einem „P“ tragen.

Reichsmark

Die Reichsmark wird 1924 in Deutschland eingeführt. Das Kaufkraftäquivalent einer Reichsmark aus 1937 wird 2019 mit 4,10 EUR bewertet. Das Umtauschverhältnis nach dem Anschluss Österreichs von Schilling zu Reichsmark beträgt 1,5 S =1 RM

Sklavenarbeiter

In den Nürnberger Prozessen wird dieser Begriff für alle in das Deutsch Reich Verschleppten verwendet. In den 1990er Jahren bei den Entschädigungsvergütungen werden damit nur die KZ-Häftlinge bezeichnet, die extrem ausgebeutet werden. Der Tod der Arbeiter wird in Kauf genommen bzw. ist erwünscht.

Zwangsarbeit

Der Begriff Zwangsarbeit wird unterschiedlich verwendet. Auch die Form des Zwanges ist unterschiedlich. So werden der Zwang und die Arbeitsbedingungen nach den Hierarchien der Ethnie („Rasse“) politisch und sozial ausgeübt. An der oberen Hierarchie stehen die „germanischen Brüdervölker“ (Flamen, Dänen, Norweger, Niederländer), dann die Westeuropäer (Franzosen, Belgier und Italiener), gefolgt von Tschechen, Slowaken und Polen, die Ostarbeiter (Sowjetunion mit Bevorzugung der Bewohner des Baltikums). Die KZ-Häftlinge und die Juden sind auf der untersten Stufe der Hierarchie.

Kennzeichen für Schutzhäftlinge in den Konz.-Lagern

Form und Farbe der Kennzeichen

	Politisch	Berufs-Verbrecher	Emigrant	Bibel-forscher	Homo-sexuell	Asozial
Grund-farben	▼	▼	▼	▼	▼	▼
Abzeichen für Rückfällige	▬ ▼	▬ ▼	▬ ▼	▬ ▼	▬ ▼	▬ ▼
Häftlinge der Straf-kompanie	▼ ●	▼ ●	▼ ●	▼ ●	▼ ●	▼ ●
Abzeichen für Juden	✡	✡	✡	✡	✡	✡
Besondere Abzeichen	▽ Jüd. Rasse-schänder	✡ Rasse-schänderin	● Flucht-verdächtigt	2307 Häftlings-Nummer	Beispiel	
	P Pole	T Tschechе	▲ Wehrmacht Angehöriger	▭ Häftling Ia		

Quellenverzeichnis

Literatur

Apostolopoulos Nicolas, Pagenstecher Cord (Hrsg): Erinnern an Zwangsarbeit. Berlin 2013

Baumgartner Gerhard: „Zigeunerlager Lackenbach“ List der identifizierten Opfer 13.11.2010. Wien 2010

Boldorf Marcel : Die gelenkte Kriegswirtschaft im besetzten Frankreich (1940–1944)

Boeckl-Klamper Elisabeth: Menschenbilder.Fotografien aus dem nationalsozialistischen Kriegsgefangenenlager Kaisersteinbruch. Aus dem Jahrbuch 2016 des DÖW. Wien 2016

Bonnesoeur Frederic, Dinkelaker Philipp, ua. (Hrsg.): Besetzung, Vernichtung, Zwangsarbeit. Berlin 2017

Stratievski Dimitri: Vernichtung durch Arbeit oder unmenschliche Profiterzielung? in Besetzung, Vernichtung, Zwangsarbeit

Laumer Angelika: Getting Rural. Ein Plädoyer für kritische Forschung zu nationalsozialistischen Verbrechen im ländlichen Raum. in Besetzung, Vernichtung, Zwangsarbeit

Buchheim Christoph und Boldorf Marcel (Hrsg.): Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945. München 2012

Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds: Im Totaleinsatz - Zwangsarbeit der tschechischen Bevölkerung für das Dritte Reich. Katalog zur Ausstellung. Prag 2008

Dokumentations NS-Zwangsarbeit: Alltag Zwangsarbeit 1938-1945. Berlin Schöneweide 2016

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Österreicher und der Zweite Weltkrieg, Wien 1989

Eschenbach Insa, Hammermann Gabriele, Rahe Thomas (Hrsg.): Repatriierung in Europa 1945. Berlin 2016

Eminger Stefan: Ausländische Zwangsarbeit in Niederdonau. In Gedenken und Mahnen in Niederösterreich, DOEW, (Hrsg.) Wien 2011

Freund Florian: Kriegswirtschaft, Zwangsarbeit und Konzentrationslager. In Österreicher und der Zweite Weltkrieg, DOEW (Hrsg.), Wien 1989

Freund Florian und Perz Bertrand: Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945. Band 26, Wien 2004

Grünfelder Anna Maria: Arbeitseinsatz für die Neuordnung Europas - Zivil- und ZwangsarbeiterInnen aus Jugoslawien in der „Ostmark“ 1938/41–1945. Wien 2010

Hammerle Svea, Jasch Hans-Christian, Lehnstaedt Stephan (Hrsg.): 80 Jahre danach. Berlin 2019

Historikerkommission der Republik Österreich: Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Schlussbericht. Wien 2003

Hornung Ela, Langthaler Ernst, Schweitzer Sabine: Zwangsarbeit in der Landwirtschaft in Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland. Band 26/3 Zwangsarbeit auf dem Gebiet der Republik Österreich. Wien 2004

Karner Stefan - Ruggenthaler - Stelzl-Marx (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie. Graz 2004

Kramer Helmut: Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern. In Kramer Helmut, Uhl Karsten, Wagner Jens-Christian (Hrsg.) Zwangsarbeit im Nationalsozialismus und die Rolle der Justiz. Nordhausen 2007

Krempl Mathias: Die Arbeitsmarktverwaltung in der Ostmark. Diplomarbeit Wien 2011

Kinga Frojimovics, Éva Kovács, Eleonore Lappin-Eppel und Othmar Scheider: Das Lager für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Gerasdorf 1944. Wien 2016

KZ-Gedenstätte Neuengamme: Dänemark unter deutscher Besetzung.

Lappin-Eppel Eleonore: Ungarisch-Jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45, Wien 2010

Linne Karsten, Dierl Florian (Hrsg): Arbeitskräfte als Kriegsbeute: Der Fall Ost- und Südosteuropa. Berlin 2011

Baum Herwig: Für die Stadt Kiew wird eine „Fangaktion“ vorbereitet in Arbeitskräfte als Kriegsbeute.

Becker Steffen: Der Weg zum „Totaleinsatz“ in Arbeitskräfte als Kriegsbeute.

Janjetovic Zoran: Arbeiterrekrutierung unter deutscher Militärverwaltung in Serbien 1941-1944 in Arbeitskräfte als Kriegsbeute.

Maier Dieter: Vom Vermittlungsbüro zum „zivilen Wehrbezirkskommando“ in Arbeitskräfte als Kriegsbeute.

Kaczmarek Ryszrd: Die deutsch Arbeitsverwaltung in Oberschlesien in Arbeitskräfte als Kriegsbeute.

Schölzel Christian: Verbündete als Zwangsarbeiter in Arbeitskräfte als Kriegsbeute.

Mazower Mark: Inside Hitler‘s Greece. The Experience of Occupation 1941-44. Yale University Press 1995

Manoschek Walter: „Dann bin ich ja ein Mörder!“ Adolf Storms und das Massaker an Juden in Deutsch Schützen. Göttingen 2015

Marx Henry: Die Deutsche Arbeitspolitik im „Protektorat Böhmen und Mähren“. In Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus. Berlin 2018

Memorial International und Heinrich Böll Stiftung: Für immer gezeichnet. Die Geschichte der „Ostarbeiter“. Berlin 2019

Östereichische Historikerkommission: Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945. Band 26. Wien 2004

Österreichischer Versöhnungsfonds: Zwangsarbeit in Österreich 1938-1945. Wien 2006

Pohl Dieter, Sebta Tanj: Zwangsarbeit in Hitlers Europa. Berlin 2013

Adam Alfons: Im Wetstreit um die letzten Arbeitskräfte in Zwangsarbeit in Hitlers Europa.

Bohn Robert: Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen im Reichkommissariat Norwegen in Zwangsarbeit in Hitlers Europa.

Dubyk Marina: Arbeitseinsatz und Lebensbedingungen im Reichskommissariat Ukraine und im ukrainischen Gebiet unter Militärverwaltung (1941-1944) in Zwangsarbeit in Hitlers Europa.

Linne Karsten: Struktur und Praxis der deutschen Arbeitsverwaltung im besetzten Polen und Serbien 1939-1944 in Zwangsarbeit in Hitlers Europa.

Plath Tilman: „Schonung", Menschenjagden und Vernichtung in Zwangsarbeit in Hitlers Europa.

Sjarhej Novikau; Wirtschaftliche Ausbeutung und Zwangsarbeit in Weißrussland während der deutschen Besatzung von 1941-1944 in Zwangsarbeit in Hitlers Europa.

Ulrich Herbert: Zwangsarbeit im 20.Jahrhundert. in Zwangsarbeit in Hitlers Europa.

Scheck Manfred: Zwangsarbeit und Massensterben. Berlin 2014 Schleifer-Bohl

Schuhmannn Wolfgang, Nestler Ludwig (Hrsg.): Europa unter Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938-1945). Berlin 1988

Schuhmannn Wolfgang, Nestler Ludwig (Hrsg.): Europa unter Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich (1940-1944). Berlin 1990

Schuhmannn Wolfgang, Nestler Ludwig (Hrsg.): Europa unter Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden (1940-1945). Berlin 1990

Stelz-Marx Barbara: Zwischen Fiktion und Zeitzeugenschaft. Tübingen 2000

Stratievski Dimitri: Vernichtung durch Arbeit oder unmenschliche Profiterzielung? In Wagner Jens-Christian: Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern. Berlin 2017

Speckner Hubert: Kriegsgefangenenlager in der „Ostmark" 1939-1945. Dissertation Wien 1999

Thurner Erika: Kurzgeschichte des nationalsozialistischen Zigeunerlagers in Lackenbach. Eisenstadt 1984

voestalpine: Zeitgeschichteausstellung 1938-1945. Linz 2014

Archive

Bundesarchiv Deutschland (BArchG) Abteilung Militärarchiv in Freiburg/Breisgau (Wehrmacht)

(454.Sicherungsdivision Bestand RH 26-454, 221.Sicherungsdivision Bestand RH 26-454/28,... bei Gefangennahme. Einblick in die Lagerakten beim Oberkommando des Heeres Bestand RH 2, OKW Bestand RW 2, Wehrkreis XVII Wien, ... RH 49 Kriegsgefangeneneinrichtungen)

Bundesarchiv in Berlin und Koblenz mit Bildarchiv: Bestände des Reichsarbeitsministeriums R 3910, Reichswirtschaftsministerium R 3101, Organisation Todt R 50-I,... www.bild.bundesarchiv.de www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit

CAMO (Centralnyi Archiv Ministerstva Oboronyi..) in Moskau

ITS (International Tracing Service Bad Arolson) über Displaced Person https://www.its-arolsen.org/

https://www.zwangsarbeit-archiv.de/links/index.html

https://www.stiftung-evz.de/start.html

http://www.zwangsarbeiter-s-h.de/

https://www.ausstellung-zwangsarbeit.org

http://www.nachkriegsjustiz.at

http://www.versoehnungsfond.at

LG Wien Vg 4c Vr 202/47 gegen Heinrich Konth und Genossen (Draßburg)

LG Wien Vg 31 Vr 471/56 gegen Edmund Brauner (Eisenstadt)

LG Wien Vg 2c Vr 1353/45 gegen Walter Leitner (Ágvalva)

LG Wien Vg 1b Vr 1432/45 gegen Leopold Winterer (Sopronbánfalva)

LG Wien Vg 9b Vr 1651/49 gegen Johann Pöllhuber u.a. (Sopronbánfalva)

LG Wien Vg 11 Vr 3117/45 gegen Karl Unger (St.Margarethen)

LG Wien Vg 2b Vr 86/46 gegen Gustav Weis(Eisenstadt)

https://zeitgeschichte-online.de/film/augenblicke-aus-den-lagern

http://fotoarchiv.buchenwald.de/home

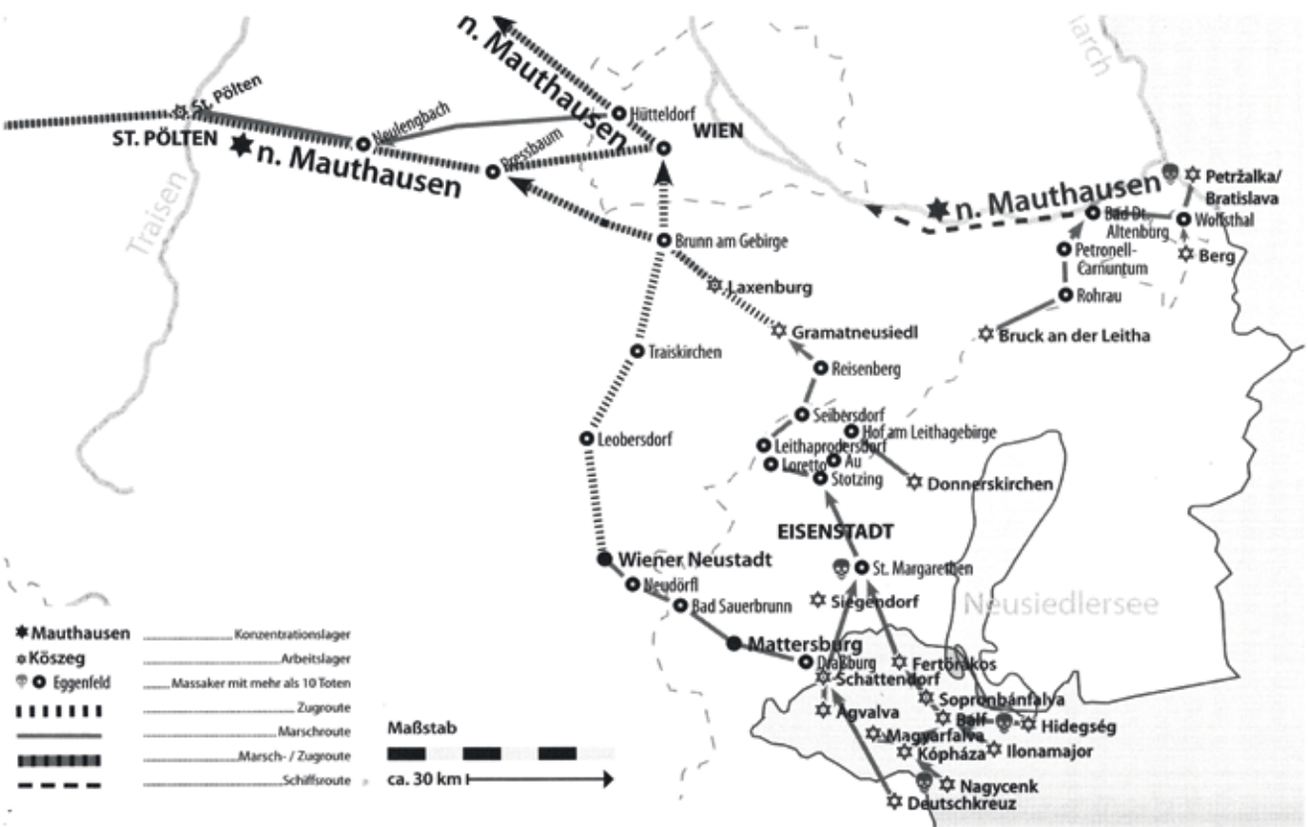
https://www.zwangsarbeit-archiv.de/links/index.html#Recherche-Tools

https://blodveger.info/ (norwegische Zwangsarbeit)

http://www.ausstellung-zwangsarbeit.org/prolog.html

http://www.moosburg.org/info/stalag/laglist.html

http://www.dpcamps.org/dpcampseurope.html



aus „Ungarisch-Jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 194/45 von Eleonore Lappin-Eppel Seite 386